



VII B,
660
(4)

Jahresbericht
der
Gewerbe-Aufsichtsbeamten
des Freistaates Braunschweig
für das Jahr 1927

2

Braunschweig 1928

VII B
660
(4)

UB Braunschweig

84

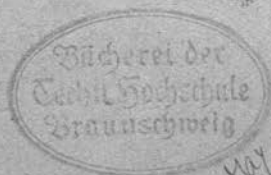


10264-256-0

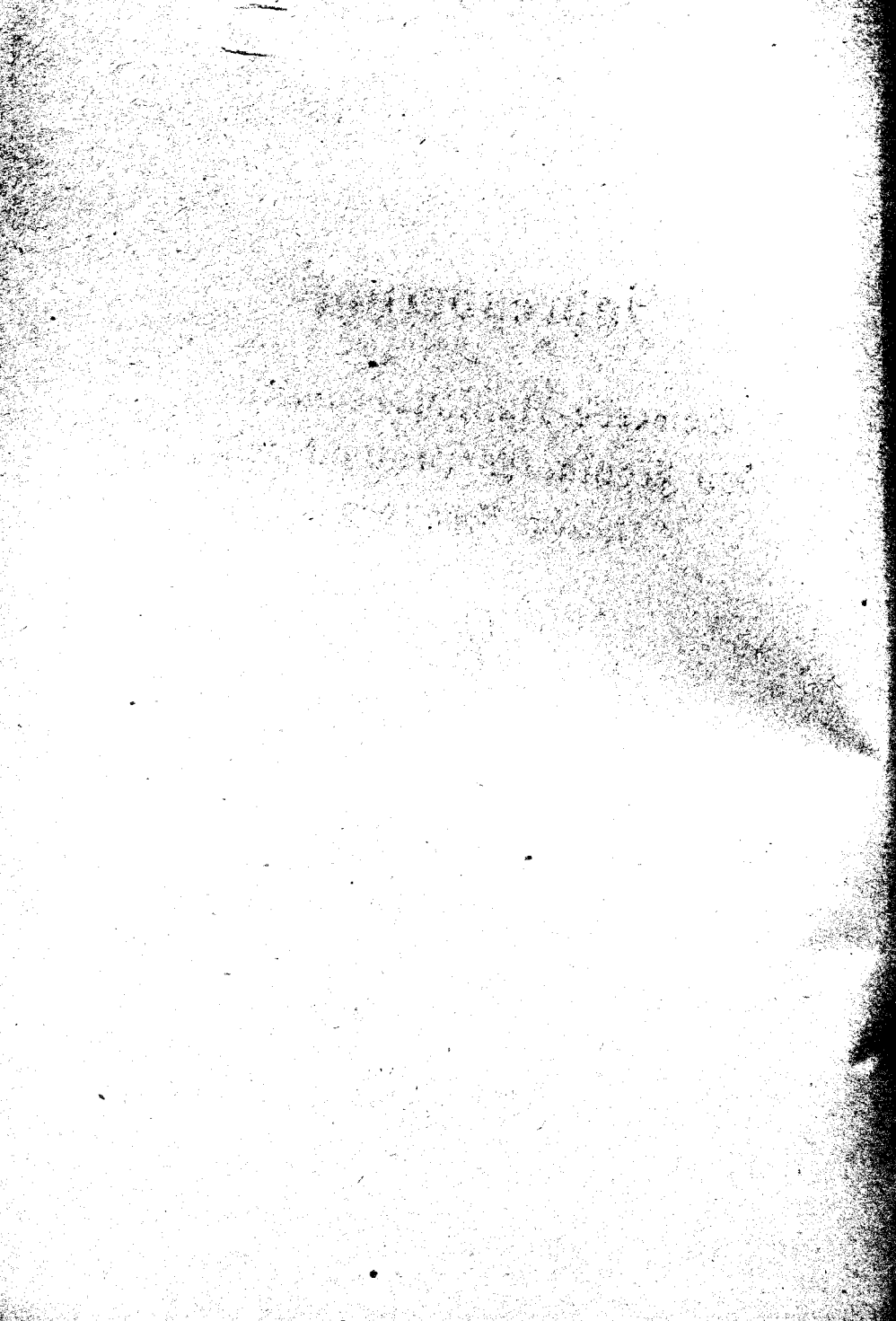
Jahresbericht
der
Gewerbe-Aufsichtsbeamten
des Freistaates Braunschweig
für das Jahr 1927

8

Ab. IV. 159.483.



Braunschweig 1928
Druck von H. Kiefe & Co.



Einleitung.

Am 1. Mai ist an Stelle eines ausgeschiedenen, auf Probe beschäftigten Gewerbeaufsehers ein anderer eingestellt. Im übrigen ist keine Änderung des Personalbestandes eingetreten.

Neue Aufgaben sind dem Gewerbeaufsichtsamte nicht zugewiesen.

Mit den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften ist eine größere Zahl von Fabriken als im Jahre 1926 gemeinschaftlich revidiert. Auch mit den Kreisärzten ist eine Anzahl von Betrieben zur Feststellung der Ursache gewerblicher Erkrankungen besichtigt worden.

Außer den in Tafel I angeführten Revisionen ist wie im vorigen Jahre eine nicht unbedeutliche Anzahl von gewerblichen Anlagen ohne fremde Hilfskräfte, wie Bäckereien, Schlachtereien, offene Verkaufsstellen und stillgelegte Betriebe besucht worden.

Unter Gruppe XVIII 2 und 3 sind in den Tafeln II A und II B in diesem Jahre nur die Betriebe gezählt, welche dauernd Arbeiter an festen Arbeitsplätzen beschäftigen. Diejenigen Baugeschäfte und Betriebe des Baunebengewerbes, welche lediglich an wechselnden Plätzen Bauarbeiten ausführen lassen und nach § 154 GO. nicht unter die ständige Aufsicht der Gewerbeaufsicht fallen, sind nicht aufgenommen. Insgesamt waren 25 Betriebe der Gruppe XVIII 2 vorhanden, in denen mehr als 50 Arbeitnehmer beschäftigt waren. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer, die in diesen Betrieben gearbeitet haben, betrug 1215 Arbeiter und 119 Angestellte. Betriebe der Gruppe XVIII 2 mit 5 bis 49 Arbeitnehmern sind 147 vorhanden. In ihnen sind insgesamt 2368 Arbeiter und 61 Angestellte beschäftigt gewesen. Betriebe der Gruppe XVIII 3 mit 5 bis 49 Arbeitnehmern sind 86 vorhanden mit insgesamt 774 Arbeitern und 24 Angestellten.

I. Arbeitnehmer im allgemeinen.

(Arbeiter und Angestellte)

A. Arbeitnehmer im allgemeinen.

Aus den dem Berichte beigefügten Tafeln ist zu ersehen, daß sich entsprechend der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage sowohl die Zahlen der vorhandenen Betriebe wie auch die der Arbeitnehmer ganz wesentlich erhöht haben. Die starke Zunahme der Zahl der kleinen in Tafel III aufgeführten Betriebe wird zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß in den kleinen Handwerksbetrieben die Verwendung motorischer Betriebskraft weiter zugenommen hat, und daß bisher allein arbeitende Inhaber solcher Betriebe Hilfskräfte eingestellt haben, zum Teil aber

auch darauf, daß von den Ortspolizeibehörden die zur Aufstellung der Tafeln erforderlichen Unterlagen vollständiger beim Amte eingegangen sind. Eine größere Anzahl revisionspflichtiger Betriebe ist den Beamten jedoch erst so spät bekannt geworden, daß ihre Revision im Berichtsjahre nicht mehr vorgenommen werden konnte.

Günstig war der Beschäftigungsgrad vor allem in der Metallindustrie, von deren größeren Betrieben sich eine Anzahl zur Einführung einer zweiten Schicht entschließen mußte, um ihre Aufträge rechtzeitig ausführen zu können. Auch die Textilfabriken sind zum Teil reichlich mit Aufträgen versehen gewesen. Eine von ihnen hat infolgedessen einen größeren Erweiterungsbauplan zur Ausführung gebracht. Eine wesentliche Belebung hat auch das Baugewerbe durch die tatkräftige Förderung des Wohnungsbaues durch Staat und Gemeinden und durch die von vielen gewerblichen Betrieben ausgeführten Um- und Erweiterungsbauten erfahren. Infolge der starken Beschäftigung der großen Fabriken und des Baugewerbes ist auch vielen kleineren Betrieben durch Vergebung von Unterlieferungen erhöhte Verdienstmöglichkeit gegeben worden.

Trotz der Besserung der Wirtschaftslage der meisten gewerblichen Anlagen hat jedoch auch eine Anzahl von ihnen ihren Betrieb einstellen müssen. U. a. kam eine Gummiwarenfabrik, in der Fahrrad- und Automobilbereifungen ausgebessert und Schläuche sowie Sohlen und Absätze hergestellt wurden, infolge Konkurses zum Erliegen. Aus dem gleichen Grunde haben eine Pappfabrik und eine größere Gerberei ihre Betriebe geschlossen. Zwei Zuckerraffinerien und eine Rechenmaschinenfabrik wurden durch Zusammenlegung mit anderen gleichartigen Betrieben stillgelegt.

Ueber die Arbeitnehmervertretungen und ihr Wirken ist nichts Wesentliches neu zu berichten. Mehrfach sind wieder die Inhaber und Leiter von Betrieben auf die ihnen nach § 23 des Betriebsrätegesetzes obliegende Verpflichtung zur Bestellung eines Wahlvorstandes hingewiesen. Wie gering zuweilen das Interesse der Arbeiter an der Durchführung des Betriebsrätegesetzes ist, geht z. B. daraus hervor, daß in einem Kalkwerke mit 48 Arbeitern der bereits im Mai gewählte Betriebsrat Ende September noch keinen Vorsitzenden gewählt hatte. Die in den Werkstätten einiger großer Kaufhäuser und in einigen anderen großen Nähstuben beschäftigten Arbeiterinnen haben die Wahl einer Betriebsvertretung abgelehnt. Die von den Arbeitgebern als Wahlvorstand bestellten Personen haben ihre Tätigkeit als solcher gar nicht aufgenommen. Wie groß die Scheu mancher Betriebsratsmitglieder ist, bei den Betriebsrevisionen mitzuwirken, zeigt folgender Vorfall:

In einer größeren Blechwarenfabrik hatte der Vorsitzende des Betriebsrates dem Gewerbeaufsichtsbeamten, welcher eine Revision vornehmen wollte, zunächst seine Teilnahme an dieser zugesagt. Er entfernte sich jedoch, um angeblich noch einige eilige Sachen zu erledigen. Trotzdem der Beamte ihn mehrmals auffordern ließ, an der Besichtigung

teilzunehmen, ist er nicht erschienen. Als der Beamte ihn nach Beendigung der Revision deswegen zur Rede stellte, gab er an, er habe es vorgezogen, nicht an der Befichtigung teilzunehmen.

Das Inkrafttreten des Arbeitszeitnotgesetzes hat den Anlaß dazu gegeben, daß in den meisten Gewerbezeigen die tariflichen Vereinbarungen über die Mehrarbeit und die Ueberstundenvergütung geändert wurden. So sind in der Metallindustrie, in der Textilindustrie, im Baugewerbe, im Buch- und Steindruckgewerbe sowie im Bankgewerbe neue Vereinbarungen getroffen worden. Der für das deutsche Holzgewerbe im Februar abgeschlossene Manteltarifvertrag ist im Juni durch ein Zusatzabkommen über Mehrarbeit und Ueberstundenvergütung ergänzt worden.

Für handwerksmäßige Betriebe bestanden bislang hier nur tarifliche Vereinbarungen der Schlosser- und der Klempner- und Installateurinnung. Im letzten Jahre sind auch die hiesige Schmiede- und die Stellmacherinnung zum Abschluß von Tarifverträgen mit den Gewerkschaften der Arbeiter übergegangen.

Für das Gastwirtsgewerbe sind in zwei größeren Harzkurorten, in denen sich die Arbeitnehmerorganisationen jahrelang vergeblich um den Abschluß von Tarifverträgen bemüht hatten, solche zustande gekommen. Im übrigen fehlen aber im ganzen Freistaate Braunschweig für das Gastwirtsgewerbe Tarifverträge, nachdem der für die Stadt Braunschweig bisher gültige Vertrag am 1. Oktober außer Kraft getreten und trotz mehrfacher Verhandlungen ein neuer noch nicht abgeschlossen ist. Dem Vernehmen nach sollen sich die Parteien nicht einig werden können, weil die Arbeitgeber einen Teil des Bedienungsgeldes zur Verteilung an das Küchen- und Hilfspersonal abgetrennt haben wollen, während die Kellner auf das volle Bedienungsgeld Anspruch erheben.

Den Angestelltenvertretungen ist es, abgesehen vom Bankgewerbe, bislang noch nicht gelungen, den Abschluß von Tarifverträgen zu erreichen. Sie haben jedoch einen Erfolg dadurch errungen, daß der im Jahre 1925 von der Schlichtungsstelle des Reichsarbeitsministeriums für die Angestellten der 22 Firmen des Vereins der Metallindustriellen gefällte und für verbindlich erklärte Schiedsspruch, dessen Verbindlichkeitserklärung von den Arbeitgebern bei den ordentlichen Gerichten angefochten war, nunmehr im Dezember endgültig durch Reichsgerichtsurteil als rechtskräftig anerkannt ist.

Mehrfach haben auch Arbeitgeber versucht, eine Vereinbarung über Mehrarbeit mit ihren Arbeitnehmern durch Abschluß sogenannter Werkstarife ohne Mitwirkung der Vertreter der Arbeitnehmerverbände zu erreichen. Oft ist es schwer zu entscheiden, ob solche Vereinbarungen anerkannt werden können. Die Inhaber von vier größeren Sägewerken im Harze legten z. B. einen Tarifvertrag vor, der von ihnen und von einigen Arbeitern aus jeden der Betriebe unterschrieben war, welche nach den Angaben der Arbeitgeber als die Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigung ihrer Belegschaften anzusehen und somit tariffähig sein sollten.

Auch ein größeres Werk der Eisenindustrie am Harze sandte die Abschrift eines Vertrages ein, der zwischen der Betriebsleitung und der Werkgemeinschaft der Arbeitnehmer abgeschlossen war. Die daraufhin vorgenommene Rücksprache mit dem Vertreter der Werkgemeinschaft, der seit Jahren auch Betriebsratsvorsitzender der Firma ist, ergab, daß eine Betriebsversammlung die Errichtung der Werkgemeinschaft beschlossen hatte, weil ein sehr großer Teil der Arbeiter nicht gewerkschaftlich organisiert war. Der Vorstand der Werkgemeinschaft besteht aus zwei organisierten und zwei nicht organisierten Arbeitern. In diesem Falle ist der Tarifvertrag nicht beanstandet. Dagegen ist der Tarifvertrag, welcher von einem größeren Sägewerke vorgelegt wurde, nicht anerkannt, weil der Betriebsratsvorsitzende angab, daß überhaupt keine besondere Vereinigung der Arbeitnehmer vorhanden sei.

In den meisten Zuckerfabriken haben sich die technischen Angestellten zu Werkvereinen zusammengeschlossen und mit den Fabrikleitern Vereinbarungen über die Mehrarbeit während der Campagne abgeschlossen. Als Ueberstundenvergütung ist hier fast stets eine Sondervergütung der Angestellten bis zu einem Monatsgehalt und die Gewährung freien Gefalles (Werkwohnung, Gartenland usw.) festgelegt. Einsprüche gegen diese Tarife sind nicht erhoben, weil zunächst der Erfolg des Vorgehens eines Gewerbeaufsichtsbeamten in einem benachbarten preussischen Bezirke abgewartet werden soll. Außerdem erscheint es zweifelhaft, ob die technischen Angestellten, die in bezug auf die Arbeitszeitvorschriften den Arbeitern gleichgestellt sind, nicht ohne weiteres unter die Vorschriften des für diese geltenden Tarifvertrages fallen, obgleich sie nicht zu der Arbeiterorganisation, welche den Tarifvertrag abgeschlossen hat, gehören.

Da in den meisten größeren Betrieben die Arbeitsverhältnisse durch Tarife geregelt sind, besteht sowohl bei den Arbeitgebern als auch bei den Arbeitnehmern und ihren Betriebsvertretungen in der Regel nur wenig Interesse für eine Arbeitsordnung. Daher ist es nicht verwunderlich, daß sowohl das völlige Fehlen einer Arbeitsordnung mehrfach zu beanstanden, wie auch ihr Aushängen im Betriebe und ihre Aushändigung an jeden Arbeiter oft unterlassen war. Bei der Prüfung neu eingereichter Arbeitsordnungen ist mehrmals aus dem Fehlen der Unterschrift des Betriebsrates zu ersehen gewesen, daß dieser bei der Aufstellung nicht mitgewirkt hatte. Die Arbeitgeber sind in diesen Fällen darauf hingewiesen, daß die Mitwirkung des Betriebsrates beim Erlaß einer Arbeitsordnung vorgeschrieben ist.

Bei Erlaß einer neuen Arbeitsordnung konnten sich Betriebsleitung und Betriebsvertretung eines Konsumvereines über die Ladenschlußzeit nicht einigen, so daß der Angestelltenrat seine Unterschrift verweigerte. Die Betriebsleitung mußte daher an den Schlichtungsausschuß verwiesen werden, der den Ladenschluß und das Ende der Arbeitszeit dem Antrage der Betriebsleitung entsprechend auf 19 Uhr festsetzte.

Arbeitsstreitigkeiten und selbst ArbeitsEinstellungen infolge von Lohndifferenzen sind im letzten Jahre in größerer Zahl eingetreten als

im vorhergehenden Jahre. Sie hielten sich aber immer noch in erträglichen Grenzen und waren meist nur von kurzer Dauer. In den Betrieben der Klempnerinnung der Stadt Braunschweig wurde die Arbeitseinstellung noch im letzten Augenblick dadurch verhindert, daß die Arbeitgeber die von den Arbeitern gestellten Forderungen bewilligten. In den kleineren Betrieben der Eisen- und Metallindustrie sind dagegen die Forderungen der Arbeiter erst nach einem fünftägigen Streik zugestanden worden. Auch den in den Großbetrieben der Metallindustrie von den Arbeitern gestellten Lohnforderungen ist durch Arbeitseinstellung von mehr als 2400 Arbeitern in drei großen Fabriken Nachdruck verliehen. Durch eine im Reichsarbeitsministerium getroffene Vereinbarung ist auch dieser Streik nach fünf Tagen beendet.

Im Frühjahr stellten die Belegschaften der Braunschweiger Ziegeleien Lohnforderungen, die von den Ziegeleibesitzern unter Hinweis auf die dann erforderliche Erhöhung der Verkaufspreise für die Steine abgewiesen wurden. Der dann vom Schlichtungsausschuß abgegebene Schiedsspruch wurde von den Arbeitern abgelehnt. Sie traten in den Streik, der jedoch schon nach wenigen Tagen abgebrochen wurde, nachdem die Arbeitgeber hinreichende Zugeständnisse gemacht hatten. Auch in der Zementwarenindustrie Braunschweigs ist es den Arbeitern durch einen zweiwöchigen Streik gelungen, eine Erhöhung ihres Stundenlohnes um 3 $\frac{1}{2}$ zu erreichen. In einem größeren Betriebe der chemischen Industrie trat die etwa 450 Mann starke Belegschaft Mitte Oktober in den Streik, weil ihre Lohnforderungen nicht erfüllt wurden. Erst Ende November fällt der Schlichtungsausschuß einen Spruch, durch den nur einer verhältnismäßig kleinen Arbeitergruppe eine geringe Lohnerhöhung zugestimmt und festgesetzt wurde, daß Maßregelungen oder sonstige Benachteiligungen der Streikenden unterbleiben und diese nach und nach wieder eingestellt werden sollten. Die Einstellungen konnten jedoch nur allmählich erfolgen, so daß das Werk Ende des Jahres erst wieder etwa 125 Arbeiter beschäftigte.

Durch die sich auf das ganze Reich erstreckenden Lohnstreitigkeiten in der Porzellanindustrie und in der Tabakindustrie sind auch die zu diesen Industriegruppen gehörigen Betriebe im Freistaate Braunschweig in Mitleidenschaft gezogen. Die Porzellanfabrik sperrte wie die übrigen Porzellanfabriken ihre Arbeiter aus, weil sie sich dem Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 6 bis 10 Prozent vorsah, nicht fügen wollte. Als der Schiedsspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden war, ist die Aussperrung nach siebentägiger Dauer aufgehoben. In der Tabakindustrie beantragten die Arbeiter in der zweiten Hälfte des Jahres eine Erhöhung der Löhne, obwohl diese nach dem Reichstarife noch bis zum 31. März 1928 gelten sollten. Als die Forderungen nicht bewilligt wurden, traten sie an einigen Orten außerhalb unseres Landes in den Streik. Der Arbeitgeberverband ordnete daraufhin die Aussperrung sämtlicher Arbeiter an, die in den Betrieben des Freistaates Braunschweig fünf Wochen, von Ende Oktober bis Anfang

Dezember, gedauert hat. Die Arbeit ist unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen, jedoch soll im März 1928 ein neuer Tarifvertrag in Kraft treten, der eine Lohnerhöhung bis zu 12 Prozent vorsieht.

Ueber die Zahl der Arbeitsuchenden im Bezirke des Kreisarbeitsnachweises Braunschweig in den einzelnen Monaten des Jahres gibt folgende Uebersicht Auskunft:

		Gewerbl. Arbeitsuchende		Arbeitsuchende kaufmännische, technische und Bureauangestellte	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich
Januar	1927	7602	2435	467	390
Februar	"	7689	2389	438	339
März	"	7421	2176	424	333
April	"	5813	2026	390	304
Mai	"	5275	1976	424	264
Juni	"	4550	1189	335	240
Juli	"	4437	1471	307	203
August	"	3992	1182	283	137
September	"	3457	1395	279	156
Oktober	"	3698	1741	298	162
November	"	4462	3282	355	150
Dezember	"	5406	4404	279	135

An der Arbeitslosigkeit waren am stärksten folgende Berufsgruppen beteiligt:

1. Ungelernte Arbeiter, 2. kaufmännische Angestellte, 3. Bekleidungs-gewerbe, 4. Gastwirts-gewerbe, 5. Holz- und Schnitzstoff-gewerbe, 6. Sattler- und Tapezierergewerbe, 7. Metall-gewerbe, 8. technische Angestellte.

Die Zahlen lassen einen schnellen, nahezu stetigen Rückgang der Arbeitsuchenden bis September erkennen, während sie vom Oktober an rasch wieder ansteigen. Das Anwachsen der Zahl der arbeitslosen männlichen Arbeiter ist vorwiegend auf die Beendigung der Arbeiten in den Saisonindustrien und das Nachlassen der Bautätigkeit infolge des Eintritts von Frostwetter zurückzuführen. Die erhebliche Steigerung der Zahl der arbeitslos gemeldeten Frauen vom Oktober bis zum Ende des Jahres findet nur teilweise in der Zunahme der Arbeitslosigkeit, zum guten Teile dagegen in den Auswirkung des am 1. Oktober 1927 in Kraft getretenen Arbeitslosenversicherungsgesetzes ihre Erklärung. Da durch das erwähnte Gesetz sämtlichen Frauen, die nachweislich eine 26-wöchige, ununterbrochene versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt haben, auch wenn in der Familie bereits Verdienner vorhanden sind, die Unterstützungsberechtigung zuerkannt worden ist, haben viele hinreichend lange in den Konservenfabriken und anderen Campagnebetrieben be-

schäftigt gewesene Arbeiterinnen, die vordem keinen Anspruch auf Unterstützung hatten, weil andere Familienmitglieder Arbeitseinkommen hatten, sich arbeitslos gemeldet, um Unterstützung zu beziehen.

Verstöße gegen die Vorschriften über die Lohnzahlung sind nicht sehr häufig festzustellen gewesen. In einigen Fällen ist den Arbeitern bei den Lohnzahlungen der vorgegebene Beleg über die Höhe des verdienten Lohnes und der einzelnen davon vorgenommenen Abzüge nicht ausgehändigt. Eine Holzwarenfabrik hatte an ihre Arbeiter eigene Erzeugnisse abgegeben und die Beträge dafür entgegen § 115 G.D. vom Lohne in Abzug gebracht. In einer Gipsfabrik wurde das Geld für vom Maschinenisten an seine Mitarbeiter geliefertes Bier vom Arbeitgeber bei der Lohnzahlung einbehalten. Bei der Durchsicht des Strafverzeichnisses einer Metallwarenfabrik ist festgestellt, daß für Beschädigung einer wichtigen Arbeitsmaschine einem Arbeiter eine Geldstrafe von 10 M vom Lohne abgezogen war, so daß die nach § 134 b Abs. 2 G.D. zulässige Höchstgrenze für Geldstrafen überschritten war. In allen Fällen sind die Arbeitgeber auf die geltenden Vorschriften hingewiesen.

Bestrebungen zur Verbesserung und Verbilligung der Arbeitserzeugnisse sind zwar in der braunschweigischen Industrie wie in der deutschen Industrie allgemein bereits seit längerer Zeit im Gange. In erhöhtem Maße und systematisch sind diese Bestrebungen, die eine Umstellung der Fabrikation zum Gegenstand haben, aber erst nach der Inflationszeit aufgenommen, als es für die Industriebetriebe galt, sich in dem schärfer einsetzenden Wettbewerbskampfe zu behaupten. Indessen ist der Vorgang der Rationalisierung der Arbeit noch lange nicht abgeschlossen und wird mit der Entwicklung der Industrie und der Technik und mit der Möglichkeit zur Ausnutzung technischer Neuerungen immer weiter voranschreiten. Eine größere Spezialisierung in der Herstellung bestimmter Erzeugnisse und eine Umstellung der Fabrikation auf eine geringere Anzahl von Warentypen hat vorwiegend in den eisen- und metallverarbeitenden Betrieben stattgefunden, die unter dem Drucke der einheimischen und ausländischen Konkurrenz in hohem Maße darauf bedacht sein müssen, bessere und billigere Ware herzustellen. So hat sich in der Blechwarenindustrie eine Umstellung in der Weise vollzogen, daß einige Fabriken hauptsächlich Dosen und Eimer für die Konservendenindustrie, andere vorwiegend Putzmittelflaschen, Schuhcremedosen sowie Trommeln für die Kaliindustrie, wieder andere Fabriken meistens Delantisten, Reklametafeln und Blechschachteln und zwar in bestimmten Größen, und ein Werk ausschließlich Milchdosen in zwei Größen herstellen. Ferner hat ein Mühlenbaukonzern, dem zwei große Maschinenfabriken in der Stadt Braunschweig angehören, eine Arbeitsteilung vorgenommen, derart, daß an Maschinen für das Müllereigewerbe in der einen Fabrik nur Speicher- und Transporteinrichtungen, in der anderen Fabrik nur Mahlorrichtungen und Wasserkraftsmaschinen gebaut werden.

Zur Einführung und Ausgestaltung zeitarbeitsparender Methoden

sind vor allem die Blechwarenfabriken übergegangen, die Waren in großer Zahl, bis zu mehreren Hunderttausenden von Stücken, herzustellen haben. In Anbetracht dessen, daß diese Waren im einzelnen nur von geringem Werte sind, fällt eine Verbilligung ihrer Herstellung sehr ins Gewicht.

Während früher die verschiedenen Arten von Arbeitsmaschinen in vielen Betrieben gruppenweise zusammenstanden, so daß das Arbeitsgut von einer Maschinengruppe zur anderen, und zwar meist durch Menschenkraft, befördert werden mußte, und während viele Arbeiten, wie z. B. das Löten der Längsnähte von Konservendosen, nur durch Handarbeit mit Hilfe gasgeheizter LötKolben ausgeführt wurde, sind jetzt zur Vermeidung von Zeitverlusten beim Transporte die Maschinen und Arbeitsplätze so gruppiert, daß das Arbeitsgut sie nacheinander dem Gange der Herstellung entsprechend auf dem kürzesten Wege durchläuft. Die Weiterbeförderung der Gegenstände von einem Arbeitsplatze zum anderen erfolgt teilweise dadurch, daß diese vom Arbeiter auf einer Seite aufgenommen und nach erfolgter Bearbeitung auf der anderen Seite abgelegt werden, teils durch Rutschen und durch besondere Transportvorrichtungen, welche den Formen des Fördergutes angepaßt sind. An die Stelle der Handarbeiten und des Handlötens sind in erheblichem Umfange maschinelle Arbeiten getreten. Statt der Pressen und Stanzen mit einem Werkzeug werden oft Maschinen mit mehreren Werkzeugen sowie selbsttätigem Vorschub und Auswerfen des Materials verwendet, und durch Anwendung kombinierter Werkzeuge ist vielfach die Zahl der zur Fertigung eines Stückes nötigen Arbeitsrichtungen wesentlich verringert worden.

In einem Blechwarenerwerke hat der Betriebsleiter das Bandstystem eingeführt, und zwar hat er zwei voneinander getrennte Transportbänder eingerichtet, an denen sich die gleichen Arbeitsvorgänge abspielen. An den beiden Bändern, deren Geschwindigkeit der Lötarbeit angepaßt ist, erfolgt die Fertigstellung von Deltanistern sowie von anderen Blechwaren. Die Geschwindigkeit ist so bemessen, daß die Lötinnen ihre Arbeit einwandfrei ausführen können. Diese Arbeiterinnen sind von jeglichen Nebenrichtungen, wie Ein- und Auspacken der Waren, Transport, Benetzen der Lötstellen mit Lötlösung und dergleichen befreit, so daß sie ihr Augenmerk nur noch auf die eigentliche Lötarbeit zu richten brauchen. Auf diese Weise ist es gelungen, die Produktion auf mehr als das Doppelte der früheren Warenmenge zu heben. Durch die Arbeit am Bande wird außerdem die Ware geschont und ein fehlerhaftes Arbeiten vermieden. Die Vorbereitung des Materials, wie Ausstanzen, Bördeln und dergleichen, geschieht, bevor die Gegenstände auf die Bänder gelangen, ebenfalls in Fließarbeit. An den beiden Bändern arbeiten etwa 60 Personen, während mit sonstigen Fließarbeiten jetzt nahezu zwei Drittel der Belegschaft des Werkes beschäftigt sind. Die am Bande beschäftigten Arbeiterinnen verdienen etwa 50 Prozent über den Tariflohn. Die Arbeiterinnen drängen sich daher geradezu zu dieser

Arbeit, so daß der Betriebsleiter, um Unzufriedenheit unter ihnen zu vermeiden, die Löhne der anderen Arbeiterinnen herausheben mußte.

In dem bereits erwähnten Milchdosenwerke erfolgt die Herstellung der Dosen fast völlig auf maschinellem Wege und ebenso geschieht der Abtransport durch mechanische Fördereinrichtungen. Die Spezialmaschinen, die zu außerordentlich hoher technischer Vollkommenheit durchgebildet sind, stammen aus Amerika. Die Handarbeit erstreckt sich bei der Fabrikation in der Hauptsache nur noch auf die Beobachtung des Ganges der Maschinen und die Beseitigung von kleinen Störungen und Fehlern. In diesem Werke werden etwa 200 Dosen in der Minute hergestellt.

In den Konservenfabriken ist man ebenfalls dazu übergegangen, den Betrieb durch Beschaffung von Dosenfüllmaschinen und Dauerblanchierapparaten sowie durch Mechanisierung der Transportarbeiten leistungsfähiger zu gestalten. Die Dosenfüllmaschinen, die sich vorläufig allerdings nur für rollendes Füllgut (Erbsen) eignen, machen die Beschäftigung der zahlreichen Arbeiterinnen, welche bisher die Dosen von Hand zu füllen hatten, überflüssig. Die Dauerblanchierapparate, die als dampfgeheizte Drehtrommeln ausgebildet sind, haben den Vorzug, daß das Gemüse in ununterbrochenem Strome durch sie hindurchläuft, während die bisher benutzten Blanchierfessel nur einen unterbrochenen Betrieb (Füllen, Kochen, Entleeren) zuließen, der viel Handarbeit und Lastenbewegung in wagerechter und senkrechter Richtung erforderte. Die übrigen Transportarbeiten sind durch Anlegung von Rutschen, Becherwerken, Bändern und dergleichen für Gemüse und Dosen vermindert.

Eine Flachspinnerei hat eine etwa vier Monate dauernde Betriebsstilllegung, die wegen schlechten Geschäftsganges erforderlich wurde, dazu benutzt, die Maschinen so umzustellen, daß jetzt das Spinngut von einer Maschine auf dem kürzesten Wege auf die folgende gelangt. Dadurch ist eine Verringerung der Belegschaft um etwa 20 Prozent bei gleicher Leistung möglich geworden.

Auch in einigen Ziegeleien und in einer Asphaltfabrik sind weitergehende Mechanisierungen des Transportes erfolgt. Anfänge von Fließarbeit sind ferner in einer Herdfabrik beobachtet; in dieser werden auf aneinanderhängenden Wagen, die nach Bedarf von Hand fortbewegt werden, die Kochherde von neben den Wagen stehenden Personen zusammengebaut. In ähnlicher Weise erfolgt auch der Zusammenbau der Motoren und der Wagenuntergestelle in einer Lastkraftwagenfabrik. Jedoch erfolgt hier die Fortbewegung der Wagen in so großen Zeiträumen, daß von einer eigentlichen Fließarbeit noch nicht gesprochen werden kann.

B. Arbeiter.

Die Beachtung der Arbeitszeitvorschriften hängt immer noch wesentlich von der Einstellung der Arbeiter selbst ab. In den Betrieben, in denen eine gut organisierte Arbeiterschaft vorhanden ist, sind unzu-

lässige Arbeitszeitüberschreitungen nur selten vorgekommen. Nicht selten sind aber auch im Berichtsjahre wieder Fälle bekannt geworden, in denen sich die Arbeiterschaft zur Leistung von Ueberstunden gebrängt hat, um möglichst hohen Verdienst zu erlangen, oder in denen ihr Abhängigkeitsverhältnis vom Arbeitgeber so groß war, daß sie sich seinen Forderungen nach Leistung von Ueberarbeit nicht zu entziehen vermochte. In einer großen Gießerei ist z. B. festgestellt, daß Former, Gießer und Ofenarbeiter in der Woche 18 bis 24, vereinzelt sogar bis zu 36 Ueberstunden geleistet haben. In diesem Werke liegen die Arbeitsverhältnisse allerdings recht eigenartig. Die einzelnen Kolonnen, die Former, Ofenleute, Gießer und Ausleerer beginnen ihre Arbeit von 4 Uhr an nacheinander so, daß sowohl am Tage wie in der Nacht ununterbrochen Arbeiter im Betriebe anwesend sind. Die Belegschaft setzt sich aus Einwohnern von 45 Ortschaften zusammen und hat daher zum Teil weite Wege mit der Bahn, dem Fahrrad oder zu Fuß zurückzulegen. Die Zahl der Arbeiter, die wegen Krankheit, wegen schlechter Witterung oder aus anderen Gründen nicht zur Arbeit erscheinen, ist sehr groß und wechselt täglich. Das Werk kann aber nicht auf die Leistung aller Fehlenden verzichten, weil sonst ein geordneter Betrieb kaum aufrecht erhalten werden könnte. In gewissem Umfange müssen daher für die Längerbeschäftigung der im Betriebe erschienenen Arbeiter die Voraussetzungen des §. 10 der Arbeitszeitverordnung als vorliegend anerkannt werden. Jedoch würden Ueberarbeitszeiten in dem geschilderten Ausmaße kaum möglich sein, wenn sich die Arbeiter, die sämtlich im Akkord arbeiten, nicht freiwillig dazu bereit fänden. Hat doch die Selbständigkeit, welche den Arbeitern hinsichtlich der Lage ihrer Arbeitszeit gelassen werden muß, und der Umstand, daß der Betrieb dauernd geöffnet ist, Former dazu veranlaßt, ihre Arbeit bereits um 2 Uhr zu beginnen und sie unter Einschaltung nur kurzer Pausen erst um 14 Uhr zu beenden, so daß sie Wochenlöhne von 75 und 80 M erzielt haben. Das Werk ist zur Aenderung dieser unzulässigen Verhältnisse aufgefordert.

In einer Gipsfabrik wurde festgestellt, daß die in der Nachmittags- schicht Beschäftigten Kocher auf ihr eigenes Verlangen hin häufig an den Vormittagen im Gipsbruche beschäftigt worden sind. Auch der Betriebsleiter einer kleinen Kreidefabrik, der seine Arbeiter ohne Erlaubnis täglich 10 Stunden beschäftigte, entschuldigte sich damit, daß diese bei dem Lohnsatz, den er zahle, in 8 Stunden nicht genug verdienten, um auskommen zu können, und sich daher andere Arbeit suchen würden, wenn sie nicht länger arbeiten dürften.

Die Feststellung, ob eine übermäßig lange Beschäftigung männlicher Arbeiter unzulässig gewesen ist, ist oft schwierig, wenn diese bei ihrem Bekanntwerden schon längere Zeit zurückliegt und der verantwortliche Betriebsleiter sich darauf beruft, daß die Voraussetzungen des §. 10 der Arbeitszeitverordnung vorgelegen haben. Da die Arbeiter, solange sie noch in dem Betriebe tätig sind, sich oft scheuen, durch ihre Aussagen ihre Arbeitgeber zu belasten, gelingt es nur selten, dem Be-

triebsleiter die Unrichtigkeit seiner Angaben nachzuweisen und mit Aussicht auf Erfolg Strafantrag gegen ihn zu stellen. Einfacher liegen die Verhältnisse, wenn die übermäßig lange Beschäftigung von männlichen Arbeitern noch während ihrer Dauer oder gar vorher im Amte bekannt wird, weil dann eine Prüfung, ob die Voraussetzungen des § 10 vorliegen, möglich ist. So ist z. B. bekannt geworden, daß auswärtige Monteure in einer Brauerei beim Aufstellen großer Gefäße täglich von 7 bis 24 Uhr mit insgesamt drei Stunden Pausen, also 14 Stunden arbeiteten. Die Untersuchung an Ort und Stelle ergab, daß die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer derartigen Arbeitszeit nicht gegeben waren. Die Verwarnung des Obermonteurs hatte den Erfolg, daß die Arbeitszeit auf das zulässige Maß eingeschränkt wurde. In einem anderen Falle beantragte der Montageleiter einer großen auswärtigen Elektrizitätsgesellschaft, seine Monteure bei der Errichtung einer größeren Akkumulatorenbatterie in einem städtischen Elektrizitätswerke täglich 15 Stunden beschäftigen zu dürfen, um dem Wunsche des Bauherrn auf möglichst schnelle Fertigstellung nachkommen zu können. Der Antrag ist abgelehnt worden mit dem Hinweis, daß es bei der tariflich zulässigen Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden sein Bewenden haben müsse. Bei der Besprechung mit dem Montageleiter tauchte die Frage auf, was bei derartig großen Firmen, die viele Montagearbeiten an wechselnden Orten auszuführen haben, als Betriebsabteilung im Sinne des § 3 der Arbeitszeitverordnung anzusehen ist. Würde das Zweigbureau, dem die Montagestellen unterstellt sind, als nur eine Betriebsabteilung angesehen, so würde das die Härte mit sich bringen, daß die Montagestellen, die sonst nicht miteinander zusammenhängen, sich gegenseitig in bezug auf die zulässigen 30 Ueberarbeitstage beeinflussen. Andererseits können, wenn die Montagestellen als selbständige Betriebsabteilungen angesehen werden, Monteure, die nacheinander auf mehreren Stellen arbeiten, die zugelassenen 30 Ueberarbeitstage weit überschreiten. Das Amt hat die Ansicht vertreten, daß zwar jede Montagestelle als Betriebsabteilung gelten kann, daß aber zugleich die Zahl der Tage, an denen der einzelne Arbeiter bis zu 10 Stunden beschäftigt werden darf, auf 30 im Jahre zu beschränken ist.

Eine Anzahl von Arbeitgebern ist wegen unzulässig langer Beschäftigung ihrer Arbeiter zur Anzeige gebracht und bestraft worden. Der Inhaber einer kleineren Maschinenfabrik in einer Kreisstadt wurde mit 100 *M* bestraft, weil er seine Gesellen und Lehrlinge wochenlang täglich 11½ Stunden und auch an mehreren Sonntagen beschäftigt hatte. Bei seiner Vernehmung durch den Beauftragten des Staatsanwalts hatte er erklärt, daß er auch in Zukunft seine Arbeiter bei dringlichen Aufträgen zu Ueberarbeiten heranziehen würde, da er aus finanziellen Gründen seine Leistungsfähigkeit durch Beschaffung neuer Maschinen nicht steigern könnte. Daß er diese Äußerung wahr gemacht hat, ist jedoch nicht bekannt geworden.

Ueber eine Fabrik, die Abdampfküoler herstellt, wurde Beschwerde

wegen ungewöhnlich langer Beschäftigung von Arbeitern geführt. Die daraufhin angestellten Ermittlungen ergaben, daß an einem Tage kurz vor Pfingsten drei Arbeiter von 7 Uhr des einen Tages bis 16 Uhr des folgenden Tages, mit Unterbrechung von nur $1\frac{1}{2}$ Stunden, also $31\frac{1}{2}$ Stunden, und bald darauf der Meister und zwei Mann von der gleichen Morgenstunde bis 14 Uhr des folgenden Tages mit nur 2 Stunden Pausen, also 29 Stunden, gearbeitet hatten. Im ersten Falle hatte die Firma einen Abdampfeutöler für eine große Papierfabrik im Rheinland herzustellen, der während des Stillstandes des Betriebes dieser Fabrik an den Feiertagen eingebaut werden sollte. Ein Einzelteil zu dem Eutöler war zu spät angeliefert. Die hiesige Firma hatte sich unter Vereinbarung einer hohen Konventionalstrafe zur rechtzeitigen Ablieferung verpflichtet. Im zweiten Falle mußte ein für eine Fabrik in Ostasien bestimmter Abdampfeutöler eilig fertiggestellt werden, damit er noch vor Abgang des Schiffes rechtzeitig im Hafen war. Da in beiden Fällen die Betriebsleitung ohne ihr Verschulden mit den Arbeiten in Rückstand gekommen war, ist in Rücksicht auf § 10 des Arbeitszeitnotgesetzes von einer Strafanzeige abgesehen worden. Jedoch ist mündlich und schriftlich mit Erfolg darauf hingewirkt, daß Arbeiter nicht derart lange ununterbrochen beschäftigt werden.

Bei der Untersuchung der übrigen im Amte eingegangenen Beschwerden über unzulässige Dauer der Arbeitszeit hat sich in den meisten Fällen ergeben, daß sie begründet waren, so daß die verantwortlichen Personen verwahrt oder bestraft sind. Mehrfach hat aber auch die Richtigkeit der Beschwerden trotz wiederholter Revisionen der in Frage kommenden Betriebe nicht festgestellt werden können. In einigen Fällen wurde ermittelt, daß die Angaben der Beschwerdeführer über die Dauer der Arbeitszeit zutreffend waren, daß aber trotzdem nicht gegen die Arbeitgeber vorgegangen werden konnte, weil die Arbeitszeiten nicht über das tariflich vereinbarte Maß hinausgingen, oder weil sie nach den Arbeitszeitvorschriften aus besonderen Gründen zugelassen waren. U. a. hatte der Betriebsrat einer Maschinenfabrik durch seine Gewerkschaft darüber Klage geführt, daß der Betriebsleiter einige Arbeiter von 16.50 Uhr eines Tages bis 8.20 Uhr des folgenden Tages mit einer halbstündigen Pause, also 15 Stunden, zur Arbeit herangezogen hatte. Die Ermittlungen ergaben, daß in der Fabrik ein Behälter bis Sonnabend zum Abtransport durch die Bahn fertiggestellt werden mußte. In der Erwägung, daß die Vorarbeiten sich bis Freitag nachmittag hinziehen würden, hatte der Betriebsleiter angeordnet, daß die beiden Arbeiter, welchen die Fertigstellung des Behälters oblag, ihre Tagesarbeit erst nach Abschluß der Vorarbeiten am Freitagnachmittag aufnehmen und nach Einhaltung einer längeren Nachtruhe am Sonnabendvormittag rechtzeitig die Arbeiten beenden sollten. Die Arbeiter stellten aber in der Nacht die Arbeit nicht ein, sondern arbeiteten, weil sie „einmal im Gange“ waren, und weil nach Beendigung dieser Arbeit ihre Wochenarbeit beendet war, bis zum Sonnabend morgen durch und gingen

dann nach Hause. Davon, daß sie die ganze Nacht über tätig waren, erfuhr der Betriebsleiter erst am nächsten Tage. Bei dieser Sachlage hätte der Betriebsleiter, selbst wenn er die Ableistung der Arbeitsstunden hintereinander angeordnet hätte, kaum zur Rechenschaft gezogen werden können, da an keinem der beiden Tage die tarifliche Arbeitszeit überschritten worden war, und Ruhepausen zwischen den einzelnen Schichten wohl für Arbeiterinnen und Jugendliche, nicht aber für erwachsene Arbeiter gesetzlich vorgeschrieben sind.

In einem anderen Falle war in einer Zeitung Klage darüber geführt, daß in einem großen Betriebe 20 Arbeiter angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen worden seien, die übrigen Arbeiter aber trotzdem noch immer 10 Stunden täglich beschäftigt würden. Die daraufhin vorgenommenen Ermittlungen ergaben, daß die 10stündige Arbeitszeit auf Grund eines gültigen Schiedsspruches zulässig war. Der Gewerkschaftsvertreter hat jedoch bald darauf nach einer geheimen Abstimmung der Belegschaft, in der neun Zehntel für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden gestimmt hatten, durch Verhandlungen mit der Betriebsleitung erreicht, daß die Arbeitszeit auf dieses Maß verkürzt wurde. In einem dritten Falle hatte sich ein Gewerkschaftsvertreter darüber beschwert, daß ein Großbetrieb noch Mehrarbeit verrichten ließ, obwohl der Tarifvertrag, nach welchem diese zulässig war, abgelaufen war. Auf eine Rückfrage bei dem Beschwerdeführer über den Umfang der Mehrarbeit ist keine Antwort eingegangen. Später wurde bekannt, daß der Gewerkschaftsvertreter bereits einen Tag, nachdem er die Beschwerde abgesandt hatte, mit der Betriebsleitung eine neue Vereinbarung über die Mehrarbeit getroffen hatte, nach der diese bis zu 10 Stunden wöchentlich betragen durfte, während sie vorher auf 6 Stunden in der Woche beschränkt gewesen war.

Die meisten größeren Betriebe haben auch nach dem Inkrafttreten des Arbeitszeitnotgesetzes infolge tariflicher Vereinbarungen die Möglichkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit auf über 48 Stunden in der Woche gehabt. In den Ziegeleien hat aus diesem Grunde die Arbeitszeit während der Sommermonate wie bisher 10 Stunden betragen. Obwohl nach der jetzt gültigen Fassung der Arbeitszeitvorschriften die Brenner nicht mehr wie bisher in zwei zwölfstündigen Schichten, sondern nur noch in drei Schichten arbeiten dürfen, ist infolge des Widerstandes, den sie einer Änderung ihrer altgewohnten Arbeitseinteilung selbst entgegenzusetzen, bislang erst in wenigen Ziegeleien die Verkürzung ihrer Schicht auf 8 Stunden erreicht worden.

Beim Reichsarbeitsminister war darüber Klage geführt, daß in den Fleischereibetrieben, vor allem auch in den Betrieben in der Stadt Braunschweig von den Gehilfen und Lehrlingen ganz außergewöhnlich lange Arbeitszeiten verlangt würden. Nach dem Bekanntwerden dieser Beschwerde ist eine größere Anzahl von Fleischereien und Wurstfabriken revidiert worden. Dabei sind mehrfach tägliche Arbeitszeiten von 10 bis 12, in einem Falle selbst bis 12½ Stunden festgestellt worden.

Die Inhaber der kleineren Betriebe sind zunächst verwahrt, und dem Obermeister der Schlachterinnung ist mitgeteilt, daß in Zukunft Mitglieder, welche den Arbeitszeitvorschriften zuwiderhandeln, Bestrafung zu gewärtigen haben. Die Inhaber von zwei größeren Wurstfabriken, bei denen wiederholt erhebliche Verstöße gegen die Arbeitszeitvorschriften festgestellt wurden, sind zur Anzeige gebracht. Der eine Unternehmer ist bestraft worden, das Strafverfahren gegen den zweiten Arbeitgeber, dessen Betriebsobmann ihn bei seiner polizeilichen Vernehmung zu entlasten versucht hat, ist noch nicht beendeter.

Den Konservenfabriken war ähnlich wie in den früheren Jahren wieder genehmigt, die Arbeiter zwischen 5 und 22 Uhr und die über 16 Jahre alten Arbeiterinnen zwischen 6 und 21 Uhr bis zu 12 Stunden am Tage zu beschäftigen. Während aber bisher diese Arbeitszeiten für 50 Tage in der Saison freigegeben waren, ist die Zahl dieser Tage im letzten Jahre auf 40 beschränkt worden. Diese 40 Tage sind von den meisten Betrieben voll ausgenutzt und von einigen sogar überschritten, obwohl infolge der überaus schlechten Spargelernte zunächst fast kein Bedürfnis zur Verlängerung der Arbeitszeit eintrat, manche Fabriken vielmehr nur 3 bis 4 Tage in der Woche arbeiten ließen. Dagegen reiften die Erbsen innerhalb sehr kurzer Zeit, und die Anlieferungen waren daher namentlich in einer Juliswoche so groß, daß einige Betriebsleiter sich dazu haben verleiten lassen, ihre Arbeiter und Arbeiterinnen auch noch über das erlaubte Maß hinaus zu beschäftigen. Auch die Bohnenernte war verhältnismäßig günstig, so daß auch während dieser von der genehmigten Arbeitszeitverlängerung ausgiebiger Gebrauch gemacht werden mußte. Soweit die festgestellten unzulässigen Ueberschreitungen der Arbeitszeit ein geringes Maß nicht überschritten haben, ist in Rücksicht auf die Abhängigkeit der Konservenindustrie von den Witterungs- und Ernteverhältnissen von einer Strafanzeige Abstand genommen. Jedoch sind einige Betriebsinhaber, die sowohl Arbeiter wie auch Arbeiterinnen weit über das zulässige Maß hinaus beschäftigt haben — es sind Arbeitszeiten von Frauen bis zu 14½ Stunden und bis 24 Uhr und von Kesselheizern bis zu 17¼ und selbst 21¼ Stunden festgestellt worden — zur Anzeige gebracht. Mehrere von ihnen sind bereits bestraft, gegen einige ist das Strafverfahren noch nicht beendet.

Von den im Freistaate Braunschweig liegenden Rohrzuckerfabriken arbeitete auf Grund eines Tarifvertrages eine größere Anzahl noch mit der gesamten Belegschaft in zweischichtigem Betriebe, eine nicht geringe Anzahl von ihnen ließ aber auch schon mit Ausnahme weniger Posten, wie Kesselhaus, Saturation und Zuckerboden, und die übrigen sogar an allen Arbeitsplätzen in drei Schichten arbeiten. Zu dieser Arbeitseinteilung sind sie im letzten Jahre wieder zurückgekehrt, weil sich die neunte und zehnte Stunde zu zahlenden tariflichen Lohnaufschlag von 25 Prozent bei der dreischichtigen Arbeitsweise trotz der Mehrbeträge an Sozialabgaben für die größere Belegschaft besser zu stehen glaubten.

Bei der Einführung des dreischichtigen Betriebes haben die Direktoren der Zuckersfabriken jedoch noch oft mit erheblichem Widerstande vor allem der von auswärts kommenden Kampagnearbeiter zu kämpfen, auf die sie in vielen Fällen infolge Mangels an anderen Arbeitern in der Nähe ihrer meist in kleineren Ortschaften liegenden Fabriken nicht verzichten können. So hatte der Leiter einer Zuckersfabrik bereits angeordnet, daß in drei Schichten gearbeitet werden sollte, als er von seinen auswärtigen Stammarbeitern einen Brief erhielt, mit der Mitteilung, daß sie sich nur unter der Bedingung wieder einfänden würden, wenn er in zwei Schichten arbeiten ließe. Zur Begründung dieser Forderung führte der Brieffschreiber im Namen seiner Arbeitsgenossen aus, daß diese den ganzen Sommer über in Ziegeleien gearbeitet und bis zu 66 *M* wöchentlich verdient hätten, und daß sie jetzt an Erwerbslosenunterstützung nur wenig geringere Bezüge erhielten, als der Lohn bei achtfündiger täglicher Beschäftigung in der Fabrik ausmachen würde. Wenn sie ferner in Erwägung zögen, daß von diesem Lohne noch die Ausgaben für ihren Lebensunterhalt abgehen würden, wäre es vorteilhafter und angenehmer für sie, wenn sie arbeitslos blieben, Erwerbslosenunterstützung in Empfang nähmen und sich am Wohnsitz ihrer Familien einen, wenn auch bescheidenen Nebenverdienst suchten. Die Aufnahme der achtfündigen Beschäftigung bedeute für sie ferner insofern eine wesentliche Verschlechterung, als sie nach Beendigung der kurzen Zuckerkampagne bis zur Wiedereröffnung der Kampagne in den Ziegeleien bei dem geringeren Verdienst in der Zuckersfabrik eine bedeutend geringere Erwerbslosenunterstützung erhalten würden, weil für die Höhe der Unterstützung der letztverdiente Lohn zu Grunde gelegt würde. Sie kämen daher nur, wenn ihnen eine 10stündige Beschäftigung zugesagt würde. Mit den Worten: „Geschäft ist Geschäft“ schloß der Brieffschreiber seine Ausführungen. Der Direktor willigte daraufhin in die Forderungen seiner Wanderarbeiter ein und ließ in zwei Schichten arbeiten. In einer anderen Zuckersfabrik arbeiteten lediglich die Arbeiter auf dem Zuckerboden in zwei Schichten, während für den übrigen Betrieb das Dreischichtensystem eingeführt war. Die Zuckerbodenkolonne bestand gleichfalls aus Wanderarbeitern. Sie hatten ihr Kommen ebenfalls davon abhängig gemacht, daß sie in zwei Schichten beschäftigt würden, was ihnen auch von der Direktion zugestanden worden war. Anders verhielt sich der Direktor einer dritten Fabrik. Dieser lehnte die gleiche Forderung seiner Wanderarbeiter ab, worauf sie sich trotzdem zur Arbeit meldeten. Vermutlich haben sich dann aber die Arbeiter dieser Fabrik, wie es bei anderen Fabriken festgestellt ist, dadurch einen Ausgleich für den ihnen erwachsenden Lohnausfall verschafft, daß sie in der nicht von der Fabrik in Anspruch genommenen Zeit sich bei den Landwirten der näheren Umgebung durch Rübenroden und andere Arbeiten einen Nebenverdienst verschafft haben.

In den meisten Gast- und Schankwirtschaftsbetrieben sind wieder in beträchtlichem Umfange unzulässig lange Arbeitszeiten sowohl des

männlichen als auch des weiblichen Personals festgestellt. In Rücksicht darauf, daß eine genaue Befolgung der Arbeitszeitvorschriften in diesen Betrieben oft schwierig ist, sind diejenigen, bei welchen infolge der ihnen im vorübergehenden Jahre zuteil gewordenen Verwarnung eine Besserung der Arbeitszeitverhältnisse eingetreten war, nochmals verwarnet worden. Diejenigen Betriebe aber, welche von ihrem Personale immer noch eine 14- bis 15stündige Arbeitszeit verlangt und diesem die vorgeschriebenen Ruhezeiten nicht gewährt hatten, sind zur Anzeige gebracht und auch fast ausnahmslos bestraft worden.

Daß Arbeiter zuweilen die Gewerbeaufsichtsbeamten bei der Feststellung unzulässiger Arbeitszeiten nicht nur nicht unterstützen, sondern ihnen sogar Widerstand entgegensetzen, zeigt folgender Vorfall. In einem großen Handelshause sollten die Bader nach einer Meldung von 8 bis 22 Uhr arbeiten. Außer den üblichen Vormittags-, Mittags- und Vesperpausen sollten sie um 19 Uhr noch eine kurze Pause machen, während der sie auf Kosten der Firma in einer benachbarten Gastwirtschaft ihr Abendessen verzehrten. Als der Beamte bei der Untersuchung der Angelegenheit einen Bader nach seiner Arbeitszeit fragte, erklärte der nicht befragte erste Bader, sie verbäten sich das Ausfragen, sie kämen sich vor, wie Verbrecher, die vernommen werden sollten, der Gewerbeaufsichtsbeamte sollte sich mit seinen Fragen an den Geschäftsinhaber wenden. Auch in alle anderen Fragen, welche der Beamte an die übrigen Bader stellte, mischte er sich in gleicher Weise ein, obwohl der Beamte sich das energisch verbat. Durch sein Verhalten erreichte er, daß alle Bader angaben, sie arbeiteten von 8 bis 18½ Uhr bei insgesamt 1½ Stunden Pausen. Der dann im Kontor befragte Vorgesetzte der Bader gab aber ohne weiteres zu, daß diese von 8 bis 20 Uhr arbeiteten bei insgesamt 2stündigen Pausen. Die Bezahlung des Abendessens sei durch Zahlung von 2 RM. abgelöst. Obwohl anzunehmen war, daß die Bader mehrfach auch noch länger als 10 Stunden am Tage gearbeitet hatten, konnte doch der Sachverhalt infolge ihres Verhaltens nicht ausreichend aufgeklärt werden.

Die Handwerksmeister auf dem Lande mußten noch immer in zahlreichen Fällen auf die Befolgung der Arbeitszeitvorschriften hingewiesen werden. Einer Anzahl von Schmieden und Stellmachern, die sich den Verhältnissen der Landwirtschaft anpassen müssen, ist auf ihren Antrag hin eine Verlängerung der Arbeitszeit genehmigt. Größeren Betrieben ist nur in wenigen Fällen für kurze Zeit die Erlaubnis zur Ueberarbeit erteilt worden.

Viele Inhaber von Bäckereien haben ihre Gehilfen weit länger als 48 Stunden in der Woche beschäftigt. Eine Anzahl von ihnen ist deswegen zur Anzeige gebracht und bestraft worden. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 16. Juli 1927 (R. G. Bl. I S. 183), durch welches die Möglichkeit zum Ausgleich der an einzelnen Tagen ausfallenden Arbeitszeit durch Mehrarbeit an anderen Tagen der gleichen oder der folgenden Woche gegeben ist, hat eine Ueberschreitung der zu-

lässigen Arbeitszeit nicht mehr nachgewiesen werden können. Verstöße gegen das Nachtarbeitsverbot sind auch im letzten Jahre wieder in erheblichem Umfange, solche gegen das Verbot der Sonntagsarbeit in geringerer Zahl in den Bäckereien festgestellt. In allen Fällen ist die Bestrafung der Inhaber veranlaßt.

Abgesehen von den Bäckereien sind Verstöße gegen die Vorschriften über die Sonntagsruhe gewerblicher Arbeiter nur in geringem Umfange bekannt geworden. In einer größeren Fabrik der Metallindustrie wurden bei einer Sonntagsrevision außer einer Anzahl von Malern, für welche die Erlaubnis zur Sonntagsarbeit erteilt war, eine Anzahl von Schlossern angetroffen. Die Betriebsleitung ist verwarnt worden. In einer Wurstfabrik wurden zwei Gehilfen an einem Sonntage bei der Zubereitung von Fleischwaren angetroffen. Die Angabe des Betriebsinhabers, daß er die Arbeit nicht angeordnet habe, wurde von den Arbeitern bestritten. Ersterer ist verwarnt worden. Die Inhaberin einer Waschanstalt, in der am Bußtage 4 Arbeiterinnen bei der Arbeit betroffen wurden, ist deswegen bestraft worden. Ebenso wurde ein Sägewerksbesitzer bestraft, der an einem Sonntage zwei an den Werktagen in einem benachbarten anderen Betriebe tätige Arbeiter mit Aufräumarbeiten in seinem schon längere Zeit stillliegenden Werke, welches demnächst verpachtet werden sollte, beschäftigt hatte.

Den Blechwarenfabriken ist an einigen Sonntagen erlaubt worden, Dosen für Gemüsekonserven anzufertigen, da diese von den Konservenfabriken dringend benötigt wurden. Auch einer Kerzenfabrik ist an einigen Sonntagen die Genehmigung zur Arbeit erteilt, weil sie durch Betriebsstörungen und verspätete Anlieferung der Rohware mit der Erledigung eiliger Aufträge in Verzug geraten war. Eine Wurstfabrik beantragte, ihren Betrieb am Bußtage aufrecht erhalten zu dürfen, um das Verderben des Fleisches der Schweine zu verhüten, welche ihnen von ihrem Aufkäufer angeblich in zu großer Zahl geschickt, aber doch schon geschlachtet waren. Da die Fabrik über eine hinreichend große Kühlanlage verfügt, ist der Antrag abgelehnt.

Eine Baufirma, welche eine von ihr aufgeführte Häusergruppe zur Beschleunigung des Austrocknens der Wände und zum schnelleren Abbinden des Mörtels durch unter Druck eingeblasene Verbrennungsgase geschlossener Kofsköfen beheizen ließ, bat um die Genehmigung, im Anschluß an die am Sonnabend beendete Austrocknung des einen Häuserblockes sofort mit dem Austrocknen des benachbarten Blockes beginnen und das Austrocknen am Sonntag fortsetzen zu dürfen. Die Prüfung der Sachlage an Ort und Stelle hatte das Ergebnis, daß die Fortsetzung des am Sonnabend begonnenen Trocknungsprozesses am Sonntag nach § 105 c G. O. zulässig ist.

Fälle von Zuwiderhandlungen gegen die Sonderbestimmungen für Arbeiterinnen sind außer in Konservenfabriken und Gastwirtschaften auch in anderen Betrieben mehrfach festgestellt. Die verantwortlichen Betriebsleiter mehrerer Blechwarenfabriken und einiger anderer Fabri-

ten sind zur Anzeige gebracht und bestraft, weil sie Arbeiterinnen länger als 10 Stunden und nach 8 Uhr abends beschäftigt haben. Auch gegen den Betriebsleiter einer Wollspinnerei ist Strafanzeige erstattet, weil er Arbeiterinnen in der Haspellei, Spulerei und Packerei sowohl in der Vormittags- als auch in der Nachmittags- schicht zusammen 13¼ Stunden und bis 22 Uhr zur Arbeit herangezogen hatte.

In einigen Betrieben, insbesondere in einer Anzahl größerer Damenschneidereien sind an Sonnabenden Arbeiterinnen nach 5 Uhr nachmittags bei der Arbeit betroffen. Die Arbeitgeber sind sämtlich auf die Vorschriften im § 137 G. O. hingewiesen und verwahrt worden.

In einem Blechwarenwerke trat infolge dringenden Abrufes einer großen Dosenlieferung durch einen Großabnehmer das Bedürfnis auf, mitten in einer Woche einen Teil der Arbeiterinnen an zwei Tagen in zwei Schichten arbeiten zu lassen. Da eine Fortführung der zweiten Schicht bis zum Wochenschluß bei der Größe des übrigen Auftragsbestandes der Betriebsleitung nicht angängig erschien, ließ der Betriebsleiter die in der zweiten Schicht beschäftigten Arbeiterinnen, die nach der Vorschrift in Ziff. V der Anordnung über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 erst nach einer Ruhezeit von 16 Stunden am folgenden Tage um 14 Uhr die Arbeit hätten aufnehmen dürfen, dann aber nur zwei Stunden bis zu dem allgemeinen Arbeitschluß um 16 Uhr hätten arbeiten können, am folgenden Tage bereits wieder um 7 Uhr erscheinen. Die Arbeiterinnen waren damit einverstanden gewesen, da sie sonst den Lohn für fast einen ganzen Arbeitstag eingebüßt hätten. Bei dieser Sachlage ist von einer Bestrafung des Betriebsleiters Abstand genommen.

In einer kleinen Braumbierbrauerei auf dem Lande ist die aus zwei Männern und einigen Frauen bestehende Arbeiterchaft in den ersten Tagen des August von 4 Uhr bis 18, 20 und selbst bis 22 Uhr beschäftigt worden. Da die Nachfrage nach dem als Hausstrunk benutzten Biere wegen der großen Hitze überaus stark war, hatte der Betriebsleiter sich nicht anders helfen zu können geglaubt. Weil er mit den Arbeitszeitvorschriften nur wenig vertraut war und die unzulässige Beschäftigung der Arbeiterinnen nur wenige Tage gedauert hatte, ist er lediglich verwahrt worden.

Die Betriebsleitung einer Schokoladenfabrik stellte den Antrag, an 14 Tagen während der Auswechselung einer alten Eintafelmaschine gegen eine neue 10 Arbeiterinnen in der Nachtschicht von 20 bis 6 Uhr beschäftigen zu dürfen, damit diese nicht entlassen zu werden brauchten. Aus grundsätzlichen Erwägungen hat der Herr Minister des Innern den Antrag in Uebereinstimmung mit dem vom Gewerbeaufsichtsamte erstatteten Gutachten abgelehnt.

Die am 1. Oktober 1926 in Kraft getretenen Aenderungen der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Wochenhilfe sind vielen versicherten Arbeiterinnen vor allem in der ersten Hälfte des Jahres noch nicht bekannt gewesen. Bei einigen Ortskrankenkassen, die ihre

Versicherten über die neuen Vorschriften in Unkenntnis gelassen hatten, war bis zum Juli noch in keinem Falle Anspruch auf Auszahlung des Wochengeldes vor der Niederkunft erhoben. Eine Krankenkasse hatte den Mann einer Wöchnerin bei der Erhebung des für vier Wochen vor der Niederkunft fälligen Wochengeldes nach der Geburt des Kindes angewiesen, den Rest des Wochengeldes nach weiteren sechs Wochen abzuholen. Die meisten Krankenkassen hatten jedoch die versicherten Personen über die neuen Bestimmungen unterrichtet und das Wochengeld nach Vorlegung eines ärztlichen Attestes und der Bescheinigung über die Niederlegung der Arbeit zunächst auf 4 Wochen und nach erfolgter Niederkunft für weitere 6 Wochen im voraus bezahlt. Zwei Betriebskrankenkassen hatten den im Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen, wenn sie die Arbeit einige Zeit vor der Niederkunft eingestellt hatten, ohne daß eine Erkrankung vorlag, für die Zeit bis zur Niederkunft Kranken-kassenbeiträge in Rechnung gestellt. Eine der beiden Kassen hatte die Arbeiterinnen in dieser Zeit als freiwillig Versicherte geführt. Eine andere Betriebskrankenkasse hatte einigen der bei ihr versicherten Arbeiterinnen im Gegenseite zu den vorerwähnten Kassen für 6 Wochen vor der Niederkunft das Wochengeld ausbezahlt. In einem dieser Fälle hatte der Arzt bereits am 23. Mai bescheinigt, daß die Niederkunft innerhalb sechs Wochen erfolgen würde. Das Kind kam jedoch erst am 11. August zur Welt.

Verstöße gegen die Vorschrift, daß Arbeiterinnen frühestens sechs Wochen nach ihrer Entbindung wieder eingestellt werden dürfen, sind nur selten festgestellt. Eine Zigarrenmacherin hatte drei Tage vor ihrer Niederkunft die Arbeit eingestellt und sie bereits acht Tage nach dieser wieder aufgenommen, nachdem das Kind gestorben war. Als sie auf die geltenden Vorschriften hingewiesen wurde, gab sie an, daß sie die Arbeit in der Zigarrenfabrik ohne Anstrengung hätte leisten können, daß sie sich aber geweigert hätte, die schwere Arbeit des Garbenbindens auszuführen, als sie der Landwirt, der ihrem Manne Land abgegeben hatte, dazu aufgefordert hätte. In einem anderen Falle hatte eine Arbeiterin bis zum letzten Tage vor der Niederkunft gearbeitet und bereits nach fünf Wochen die Arbeit wieder aufgenommen. Eine Heimarbeiterin hatte längere Zeit vor ihrer Niederkunft, während der auch ihr Ehemann arbeitslos gewesen war, versäumt, ihre Krankenversicherung als freiwilliges Mitglied aufrecht zu erhalten. Sie hatte dann später wieder Arbeit erhalten und bis zur letzten Woche vor der Niederkunft gearbeitet. Da ihr einige Versicherungswochen fehlten, um Anspruch auf die Wochenhilfe der Krankenkasse erheben zu können, hat sie nur die Sätze der Reichswochenhilfe erhalten. In Rücksicht auf ihre drückende wirtschaftliche Not hat sie bereits zwei Wochen nach ihrer Entbindung die Nährarbeiten für ihren Arbeitgeber wieder aufgenommen. Sie konnte bei einer acht- bis neunstündigen Arbeitszeit täglich 2,50 RM. verdienen; um die Prämie von 10 Prozent Lohnaufschlag, welche von ihrem Arbeitgeber bei einem Wochenverdienst von über 15 RM. bezahlt

wurde, zu erhalten, hatte sie fast immer länger als 8 Stunden am Tage gearbeitet. Dabei hatte sie zwei kleine Kinder und den Säugling, der drei Mal täglich von ihr gestillt wurde, zu versorgen.

Einige Arbeitgeber, welche an Heimarbeiterinnen zu früh nach der Niederkunft Arbeit ausgegeben hatten, sind auf die Vorschriften des Gesetzes vom 16. Juli 1927 hingewiesen.

Zahl. 1.

Ueber die Beschäftigung verheirateter, darunter auch verwitweter und geschiedener Arbeitnehmerinnen (Arbeiterinnen und Angestellte) in Gewerbe und Handel gibt die als Anlage 1 auf Seite 52 und 53 beigefügte Aufstellung, die das Ergebnis von Ermittlungen in einer Anzahl größerer Betriebe darstellt, Aufschluß.

Aus der Aufstellung ist ersichtlich, daß in fast allen Gewerbebezügen die Zahl der ledigen Arbeitnehmerinnen diejenige der verheirateten oder verheiratet gewesenen beträchtlich übertrifft. Nur in der Konservenindustrie sind sowohl ständig als auch während der Kampagne weit mehr verheiratete Arbeitnehmerinnen als Ledige beschäftigt. In zwei Konservenfabriken mit insgesamt 90 Arbeiterinnen war überhaupt keine Ledige vorhanden. Vor allem überwiegt die Zahl der Verheirateten die Zahl der Ledigen in den Fabriken, welche in der Stadt Braunschweig liegen. Ein anderes Verhältnis ergibt sich dagegen in den Konservenfabriken, welche auf dem Lande liegen. In sieben solchen Betrieben waren von 415 Arbeiterinnen in der Kampagne 337 ledig. In einer achten Fabrik waren von 256 während der Kampagne beschäftigten Arbeiterinnen 151 ledig. In diesem Betriebe waren allein 55 ledige Wanderarbeiterinnen aus Oberschlesien, der Mark Brandenburg, der Neumark und dem Eichsfelde beschäftigt. Auch in den anderen Konservenfabriken, in denen die Zahl der Ledigen überwiegt, ist das hauptsächlich auf die Beschäftigung auswärtiger Wanderarbeiterinnen zurückzuführen, da die Betriebsleiter nicht in der Lage sind, ihren Bedarf an Arbeitskräften aus der näheren Umgebung allein zu decken. Außer den Konservenfabriken werden nur noch in 3 Textilfabriken und in den beiden Zuckerraffinerien mehr verheiratete und verheiratet gewesene Arbeiterinnen als Ledige beschäftigt. Die Betriebsleiter mehrerer Konservenfabriken haben angegeben, daß von ihnen verheiratete Arbeiterinnen vorgezogen würden, da sie zuverlässiger, ausdauernder und geeigneter für die Verarbeitung von Gemüse seien als die Ledigen. Auch der Leiter der Porzellanfabrik hat sich in ähnlichem Sinne geäußert. Im allgemeinen werden jedoch verheiratete Frauen gegenüber unverheirateten in den Betrieben nicht für bestimmte Arbeiten bevorzugt. Jedoch werden junge Arbeiterinnen zu Arbeiten, die von besonders geübten oder gewissenhaften Arbeiterinnen ausgeführt werden müssen, in der Regel nicht angestellt. Ob die Arbeiterinnen verheiratet sind oder nicht, ist jedoch bei der Auswahl nicht entscheidend. Für die Einstellung einer Arbeitnehmerin zu ihrer Erwerbstätigkeit und für ihre ganze Lebensführung dürfte auch weniger der Umstand maßgebend sein, ob sie verheiratet ist oder nicht, sondern viel eher ihre mehr oder weniger große

Belastung mit häuslichen Arbeiten neben ihrer Erwerbstätigkeit. Eine verheiratete Frau, deren Mann in Arbeit steht, deren Haushalt aber von der Mutter oder Schwiegermutter verwaltet wird, kann z. B. viel günstiger gestellt sein als eine Unverheiratete, die den frauenlosen Haushalt ihres Vaters in Ordnung zu halten und dabei vielleicht noch jüngere Geschwister zu betreuen hat.

Verheiratete weibliche Angestellte werden in verhältnismäßig noch geringerem Umfange beschäftigt als verheiratete Arbeiterinnen. Das wird darauf zurückzuführen sein, daß die Angestellten sich nach ihrer Verheiratung wohl meist in besseren wirtschaftlichen Verhältnissen befinden, als das bei vielen verheirateten Arbeitern der Fall ist. Eine Vermehrung der weiblichen Angestellten in Saisonbetrieben während bestimmter Jahreszeiten ist nur in verschwindend geringem Umfange festgestellt. Von ihrer Darstellung in der Zusammenstellung ist daher Abstand genommen.

Die Mehrzahl der in den Konservenfabriken während der Kampagne beschäftigten verheirateten Arbeiterinnen pflegt in der übrigen Zeit des Jahres keine andere berufliche Tätigkeit auszuüben. Die Frauen, deren Männer in fester Stellung berufstätig sind, pflegen die Arbeit in den Konservenfabriken während der Sommermonate dazu zu benutzen, die Lebenshaltung ihrer Familie zu verbessern und Geld für besondere Anschaffungen zu bekommen, sowie auch wohl einen Notgroschen zurückzulegen. Die in den anderen Gewerbebezügen mit verstärkter Tätigkeit während bestimmter Zeiten des Jahres beschäftigten Arbeiterinnen dürften dagegen auch in den übrigen Zeiten des Jahres bestrebt sein, eine berufliche Tätigkeit auszuüben.

Daß in größerem Umfange auf die Beforgung des Hauswesens durch besondere Regelung der Arbeitszeit für die verheirateten Arbeitnehmerinnen in den Betrieben Rücksicht genommen wird, ist nur ganz vereinzelt festgestellt. Die Einschlebung längerer Mittagspausen für einzelne Frauen, die ein Hauswesen zu versorgen haben, läßt sich in Rücksicht auf die Aufrechterhaltung eines geregelten Arbeitsganges bei dem ineinandergreifen der einzelnen Arbeitsverrichtungen nur in seltenen Fällen ermöglichen. In den meisten gewerblichen Betrieben fällt auch das Ende der Arbeitszeit bereits in die frühen Nachmittagsstunden und vor allem hat sich an den Sonnabenden meist ein so früher Arbeits-schluß eingebürgert, daß die Arbeiterinnen im allgemeinen die zur Erledigung ihrer laufenden Hausarbeiten nötige Zeit zu haben scheinen.

Die Frage, ob die Zahl der Erkrankungen der verheirateten oder verheiratet gegesenen Arbeitnehmerinnen größer als die der Unverheirateten ist, ist von den meisten Arbeitgebern verneint worden. Nur das Vorhandensein kleiner Kinder scheint manchmal eine gewisse Bedeutung für das Fernbleiben der Arbeiterinnen von der Arbeit zu haben. Wenigstens ist in einem Betriebe festgestellt, daß junge Mütter häufig wegen Erkrankung ihrer Kinder gefehlt haben.

Besondere Einrichtungen zur Erleichterung der Arbeit der verheirateten Arbeiterinnen durch Kinderhorte und Stillstuben sind nirgends festgestellt. Ruhezimmer für vorübergehendes Unwohlsein sind in einigen Betrieben vorhanden. Fürsorge durch eine Fabrikpflegerin wird nur in einem größeren Betriebe der Textilindustrie betrieben.

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften über Arbeitszeit und Pausen der Jugendlichen sind vorwiegend in Handwerksbetrieben der auf dem Lande belegenen Ortschaften festgestellt. Auf die Abstellung der unzulässigen Beschäftigung ist in allen bekannt gewordenen Fällen hingewirkt. Ein Bäckermeister in einem Flecken beschäftigte seinen zu Ostern neu eingestellten Lehrling neben seiner Arbeit in der Bäckerei oft mit dem Ausfahren von Brot bis zum späten Abend. Mehrfach ist der Lehrling, wenn er müde war, mit Schlägen zur Arbeit getrieben worden. Da der Meister trotz erfolgter Verwarnung den Lehrling weiter außerordentlich lange beschäftigte, ist Strafanzeige gegen ihn erstattet mit dem Erfolge, daß er zu 40 RM. Geldstrafe verurteilt wurde. Auch einige andere Bäckermeister sind wegen Beschäftigung von Lehrlingen während der Ruhezeiten und an Sonntagen bestraft worden.

In einer Kaffeerösterei ist eine größere Anzahl Jugendlicher längere Zeit mit dem Füllen und Verpacken von Kaffeetüten mehr als 10 Stunden am Tage und nach 20 Uhr beschäftigt worden. Außer einer eineinhalbstündigen Mittagspause waren ihnen nur zwei viertelstündige Pausen am Vor- und Nachmittag gewährt worden. Der Prokurist der Firma ist auf die erfolgte Anzeige hin zu einer Geldstrafe von 10 RM. verurteilt.

In einer Fabrik für elektrische Installationsartikel wurden einer jugendlichen Arbeiterin die vorgeschriebenen Pausen vorenthalten. Außerdem war diese und eine Anzahl erwachsener Arbeiterinnen Sonntags, letztere außerdem auch unzulässig lange an Werktagen beschäftigt worden. Gegen den verantwortlichen Betriebsleiter ist Strafantrag gestellt. Ferner ist der Inhaber einer Honigfuchsenfabrik zur Anzeige gebracht, weil er seinen jugendlichen Lehrling nicht nur Sonntags, sondern auch mehrere Wochen hindurch werktags bis zu 13 Stunden bei nur einer einstündigen Pause beschäftigt hatte.

Einige Damenschneiderinnen sind verwahrt, weil sie ihre noch nicht 14 Jahre alten Lehrlinge länger als 6 Stunden am Tage beschäftigt hatten.

Unzulässige Nachtarbeit Jugendlicher hat in einer Pappfabrik und in einem Sägewerke stattgefunden. Der Leiter des letzteren, der bereits im vorhergehenden Jahre wegen des gleichen Vergehens bestraft war, ist zu einer Geldstrafe von 20 RM. verurteilt. In einer Ziegelei ist je eine jugendliche Arbeiterin in der um 5 Uhr beginnenden Frühschicht und in der um 23 Uhr endenden Spätschicht beschäftigt worden. Der Inhaber ist verwahrt.

Verstöße gegen die Vorschriften des Kinderschutzgesetzes sind wieder in nicht unerheblicher Zahl festgestellt. Vor allem war wieder eine

größere Zahl von noch nicht 12 Jahre alten Kindern mit dem Austragen von Zeitungen beschäftigt. Ein 13 Jahre altes Mädchen wurde von einem Beamten in der Eisenbahn bei der Beförderung von Zeitungen betroffen. Es fuhr an Werktagen täglich um 17½ Uhr von ihrem Wohnorte mit der Kleinbahn nach dem 7 Kilometer entfernten Bahnhofe der Reichsbahn, nahm dort die Zeitungen, welche dorthin durch einen besonderen Boten gebracht wurden, in Empfang, kehrte mit dem nächsten Zuge nach seinem Wohnorte zurück und verteilte dann noch die etwa 40 Stück der Zeitung. Diese Arbeit, welche das Kind bereits seit mehr als zwei Jahren verrichtet hatte, war angeblich um 20 Uhr beendet. Das Mädchen erhielt für diese Tätigkeit monatlich 22 RM., ihr Verdienst belief sich somit nach Abzug von 5 RM. für die Monatskarte der Kleinbahn auf 17 RM. In einer Druckerei eines Harzortes unterstützten zwei schulpflichtige Kinder ihren Vater nicht nur beim Austragen von Zeitungen, sondern sie legten auch in der Druckerei Beilagen in die Zeitungen. Sowohl dem Druckereibesitzer als auch dem Vater der Kinder sind deswegen ernste Vorhaltungen gemacht.

In einigen Fällen hat auch dagegen eingeschritten werden müssen, daß Kinder ihren Müttern vor dem Vormittagsunterricht beim Austragen von Weißbrötchen behilflich waren.

In einer kleinen Stadt hat ein Gastwirt ein dreizehnjähriges Mädchen täglich im Haushalte und in der Landwirtschaft beschäftigt. Bei Festlichkeiten mußte das Kind in der Gastwirtschaft bis in den späten Abend hinein Geschirr abwaschen. Dafür erhielt es vom Mittag ab freie Verpflegung und zu Weihnachten ein Paar Schuhe, aber keinen Pfennig Geld.

Auch in einigen kleinen Motorwerkstätten ist unzulässige Beschäftigung von Kindern beanstandet worden.

Die gewerblich beschäftigten Kinder gehörten meist sehr bedürftigen, insbesondere kinderreichen Familien an. Oft waren sie vaterlos oder der Vater war arbeitslos oder in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt.

Die bestehenden Vorschriften über die Höchstzahl von Lehrlingen in Handwerksbetrieben sind noch verschiedentlich, insbesondere in den Bäckereien und Schlachtereien nicht beachtet worden. In einigen Werkstätten wurden auch Lehrlinge beschäftigt, ohne daß die Inhaber zur Ausbildung von solchen berechtigt waren. In den Damenschneidereien hat die Zahl der Lehrlinge erheblich nachgelassen. Einige Inhaber solcher Werkstätten haben die Absicht geäußert, die Ausbildung von Lehrlingen weiter einzuschränken oder ganz einzustellen, weil sie nicht mehr genug geeignete Arbeit hätten.

Die Löhne der für die Kleider- und Wäschekonfektion beschäftigten Heimarbeiterinnen, welche bisher schon im Vergleiche zu den Löhnen anderer Heimarbeiterinnen als gering bezeichnet werden mußten, sind zum Teil bei der Herausgabe neuer Modelle noch weiter gedrückt worden, so daß es selbst bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit nur noch den geschäftesten Arbeiterinnen möglich sein dürfte, sich von ihrem Ver-

dienste für die Heimarbeit allein zu erhalten Als Grund für die niedrigen Löhne wird angegeben, daß viele Arbeiterinnen, die Näharbeiten nur als einen Nebenverdienst betrachten, sowie daß viele ungeübte und unerfahrene Arbeiterinnen, welche die Näharbeiten bald wieder aufzugeben pflegen, sich dazu drängen, für jeden Lohn Arbeit zu erhalten. Bei den Besuchen von Schürzen- und Wäschenäherinnen im Südharze ist festgestellt, daß ihre Arbeitgeber ihnen von ihren geringen Löhnen die vollen Beiträge für die Invalidenversicherung abgezogen haben, obgleich diese von ihnen allein hätten getragen werden müssen, da die Arbeiterinnen sich in der niedrigsten Lohnklasse befanden.

An den Hausarbeiten für die Konservenfabriken haben sich in den letzten Jahren neben den sonst ausschließlich damit beschäftigten weiblichen Personen auch manche erwerbslose Männer beteiligt. Verschiedentlich haben solche nicht nur ihren Frauen bei der Arbeit geholfen, sondern haben sich auch selbständig Heimarbeit von den Fabriken überweisen lassen. Der bereits im vorjährigen Berichte erwähnte Uebelstand, daß den Heimarbeiterinnen in den Konservenfabriken für den Transport der mit Gemüse gefüllten schweren Säcke keine männlichen Hilfskräfte zur Verfügung standen, ist noch immer in einer Anzahl von Betrieben beobachtet. In einer Fabrik mußten sich die Heimarbeiterinnen sogar das Gemüse aus dem Keller holen und bei der Ablieferung von der Wage noch bis zu der ziemlich entfernt liegenden Küche befördern. In einigen Konservenfabriken waren Arbeiter beauftragt, den Heimarbeiterinnen bei der Beförderung der Säcke nach ihren Handwagen zu helfen, sie erfüllten aber diesen Auftrag nicht immer, sondern begnügten sich meist damit, den Frauen das Gemüse in die Säcke zu füllen. Die Arbeitgeber sind darauf hingewiesen, daß der Transport der Gemüsesäcke innerhalb der Betriebsräume nicht als zu der Heimarbeit gehörig angesehen werden kann.

Die Inhaber der außerhalb der Stadt Braunschweig gelegenen Konservenfabriken haben es oft an der vorgeschriebenen Beaufsichtigung der Arbeitsräume ihrer Heimarbeiter fehlen lassen. Es war daher nicht verwunderlich, daß bei den vom Gewerbeaufsichtsamte vorgenommenen Besichtigungen eine Anzahl von Räumen in einem derartigen Zustande angetroffen wurde, daß den Fabrikinhabern die weitere Ausgabe von Heimarbeit an ihre Bewohner untersagt werden mußte. In einem Falle ist auch einem Konservenfabrikanten in der Stadt Braunschweig die Weiterbeschäftigung des Inhabers eines Raumes verboten, der die Vorschriften des Staatsministeriums über die Hausarbeit in der Konservenindustrie nicht beachtet hatte.

In der Zigarrenindustrie sind eine Anzahl neuer Heimarbeiterwerkstätten in Betrieb genommen, die nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Raummaße besitzen. Der schon bejahrte Inhaber eines solchen Raumes, der als Hausgewerbetreibender eine Wickelmacherin beschäftigen wollte, gab an, er werde diese heiraten, als er auf die Unzulänglichkeit der Be-

schäftigung fremder Personen in seinem Arbeitsraume hingewiesen wurde.

Die Löhne der Zigarrenheimarbeiter waren teilweise, namentlich bei der Herstellung billiger Zigarrensorten so niedrig, daß die Arbeiter selbst bei einer zehn- bis zwölfstündigen Arbeitszeit oft wenig mehr verdienten, als ihnen vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, vom 16. Juli 1927 — R. G. Bl. I S. 187 — unter Anrechnung der Familienbeihilfe an Erwerbslosenunterstützung gezahlt wurde.

C. Angestellte.

Verstöße gegen die für Angestellte geltenden Arbeitszeitvorschriften sind in beträchtlicher Zahl festgestellt, obwohl die Angestellten bei Fragen nach ihrer Arbeitszeit meist noch zurückhaltender als die Arbeiter sind. In einem Falle hatten die kaufmännischen Angestellten eines gewerblichen Betriebes auf Befragen des Beamten unter genauer Angabe des Beginns und Endes der Arbeitszeit und der Pausen erklärt, ihre Arbeitszeit betrüge genau acht Stunden. Der schon bejahrte Inhaber des Betriebes, der vermutlich die Unterredung mit den Angestellten in seinem Privatkontor, das neben dem Bureauaum liegt, gehört hatte, ließ jedoch dem Beamten durch einen ihm nachgesandten Meister sagen, die Angaben der Angestellten seien nicht richtig gewesen. Diese wohnen fast sämtlich in benachbarten Ortschaften und arbeiteten daher dauernd 9 Stunden zwischen der Ankunft des Morgens- und der Abfahrt des Abendzuges. In einem anderen Falle wurde ein Beamter telephonisch um Auskunft über die für Angestellte zulässige Arbeitszeit gebeten, wobei sich ergab, daß in dem Betriebe des Anrufers unzulässig lange gearbeitet wurde. Trotz Zusicherung größter Verschwiegenheit war aber der unbekannte Anrufer nicht einmal dazu zu bewegen, den Betrieb namhaft zu machen.

In gewerblichen Betrieben, namentlich in solchen, in denen nur eine geringe Zahl von Bureaukräften vorhanden ist, wird von diesen zuweilen die Erledigung der Tageseingänge verlangt ohne Rücksicht auf die dafür benötigte Zeit. Wurden in solchen Fällen nach Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit noch Angestellte in den Büreaus angetroffen, so erklärten die Betriebsleiter meist, daß nur ausnahmsweise an diesem Tage länger gearbeitet würde, daß das aber sonst nicht vorkomme. Die Angestellten haben dieser Angabe in keinem Falle widersprochen.

In den vielen offenen Verkaufsstellen ist die Zeit der Ladenöffnung gegenüber den Vorjahren um eine halbe Stunde vorgeschoben, so daß sie während 10½ Stunden am Tage für den Verkauf geöffnet sind. Um die achtstündige Arbeitszeit nicht zu überschreiten, werden jetzt neben einer längeren Mittagspause den Angestellten angeblich auch regelmäßig längere Frühstück- und Vesperpausen gewährt. Es erscheint aber wenig glaubhaft, daß diese Pausen in vollem Umfange innegehalten werden; vor allem dürfte das in den kleineren Geschäften nicht der Fall

sein. Genaue Feststellungen scheitern meist an der geschilderten Zurückhaltung der Angestellten gegenüber den Beamten. Aus dem gleichen Grunde ist es auch schwierig, zu ermitteln, ob Arbeiten, die des öfteren von Angestellten noch nach Schluß der Verkaufsstellen auszuführen sind, nach § 4 der Arbeitszeitverordnung zulässig sind.

Ueber unzulässig langes Offenhalten der Verkaufsläden nach 19 Uhr in kleineren Städten und Ortschaften ist mehrfach Beschwerde geführt, und eine nicht geringe Zahl von Geschäftsinhabern ist daraufhin zur Anzeige gebracht und bestraft worden. In einigen Fällen haben jedoch die Geschäftsinhaber durch Vorbringen von Entschuldigungsgründen, denen die Richter glauben schenken, ihre Freisprechung erreicht.

In den großen Bankgeschäften sind Verstöße gegen die Arbeitszeitvorschriften seltener geworden. In diesen Betrieben dürfen jetzt ohne Genehmigung der Direktoren weder die Abteilungsleiter Ueberstunden anordnen, noch die Angestellten solche leisten. Die Notwendigkeit zur Mehrarbeit muß in jedem Falle von den Abteilungsleitern oder den Angestellten ausführlich begründet werden. Zur Vornahme der Abschlußarbeiten am Anfang und in der Mitte des Jahres sind von den Direktoren im Einverständnis mit den Angestellten ein bis zwei Ueberstunden an einer Reihe von Tagen angeordnet. Nach den Mehrarbeitsverzeichnissen, welche im Gegensatz zu den meisten anderen Betrieben ordnungsmäßig geführt wurden, ist die Zahl der zugelassenen 30 Mehrarbeitstage nicht überschritten. Der Inhaber eines kleinen Bankgeschäftes hat an zwei Tagen zwei weibliche Angestellte $10\frac{1}{2}$ Stunden beschäftigt. Er ist verwahrt worden.

Wegen unzulässigen Offenhaltens kleiner Verkaufsstellen ohne Angestellte an Sonntagen in kleineren Ortschaften ist eine Anzahl Geschäftsinhaber angezeigt und bestraft worden. Unzulässige Beschäftigung von Angestellten an Sonn- und Festtagen ist dagegen nur in wenigen Fällen bekannt geworden. Der neue Inhaber eines Konfektionsgeschäftes hat eine Inventur vorgenommen und an zwei Sonntagen zwei Verkäuferinnen mit dem Auszeichnen von Waren beschäftigt. Er ist deswegen bestraft worden. Dem ebenfalls erst von außerhalb zugezogenen Filialleiter einer großen Schuhfabrik waren die Listen der für den Inventurausverkauf festgesetzten Warenpreise erst kurz vor Jahres-schluß übersandt mit der Anweisung, mit Beginn des neuen Jahres sofort den Ausverkauf zu eröffnen. Bis zum 31. Dezember sollten noch die Weihnachtspreise gelten, während am 2. Januar die neuen Preise in Kraft treten sollten. Infolge des verspäteten Eingangs der Preislisten war bis zum Beginn des Ausverkaufs nicht mehr genügend Zeit zum Auszeichnen der Waren vorhanden, zumal die Verkaufsstelle über einen großen Bestand an Schuhwaren verfügte. Da der Filialleiter Bedenken trug, die Angestellten am Silbestertage länger als 10 Stunden zu beschäftigen, und ihnen auch das Arbeiten am Vormittage des Neujahrstages nicht zumuten wollte, ließ er am Nachmittage dieses Tages durch sechs Angestellte das Auszeichnen von Waren unter seiner An-

leitung vornehmen. Dabei wurden die Arbeiten in dem nicht verhängten Schaufenster von einem Gewerbeaufsichtsbeamten bemerkt. Der Filialleiter gab dem Beamten an, er habe sich unter den obwaltenden Verhältnissen für berechtigt gehalten, die Verkäuferinnen am Neujahrstage zu beschäftigen. In einer anderen größeren Stadt hätte er alljährlich am Neujahrstage die gleichen Arbeiten von Angestellten ausführen lassen, ohne daß behördlicherseits gegen ihn eingeschritten worden wäre. Der Leiter der Filiale ist auf die Unzulässigkeit derartiger Arbeiten an einem Sonn- oder Festtage hingewiesen. Außerdem ist ihm empfohlen, der Zentrale des Handelshauses nahezu legen, daß ihm die Listen der Ausverkaufspreise rechtzeitig zugestellt werden, da er bei künftiger Beschäftigung der Angestellten an Sonn- oder Festtagen mit einer Strafanzeige zu rechnen haben würde.

Eine Hinausschiebung der Ladenschlußzeit über 19 Uhr hinaus ist von den Geschäftsinhabern mehrerer kleiner Ortschaften für die Sommermonate bei den Ortspolizeibehörden beantragt. Die Anträge waren damit begründet, daß die in der Landwirtschaft tätigen Personen ihre Einkäufe erst in den Abendstunden nach ihrer Rückkehr vom Felde vornehmen könnten. Den Ortspolizeibehörden ist stets mitgeteilt, daß Ausnahmen, welche über die im § 9 Abs. 2 der Verordnung über die Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 vorgesehene Möglichkeit hinausgehen, nicht zulässig seien. Die Polizeibehörde einer Kreisstadt hat den Bäckereien gestattet, ihre Läden an den Sonnabenden von Anfang Juni bis Ende September bis 20 Uhr offenzuhalten. In einer anderen kleinen Stadt ist das Offenhalten aller Verkaufsläden bis 20 Uhr an den Sonnabenden in den Monaten Juni bis August, sowie an den Tagen vor Ostern, Pfingsten, Johannismarkt und Neujahr und vom 21. bis 23. Dezember erlaubt worden. In zwei Gemeinden, die vom preussischen Regierungsbezirk Hildesheim umschlossen sind, ist neben dem bereits gestatteten Verkauf von Bäckerei- und Fleischwaren auch der Verkauf von frischem Gemüse, Obst und von Fischen an Sonntagen für einige Stunden erlaubt, da die gleiche Erlaubnis bereits für die benachbarten preussischen Ortschaften bestand.

Ein Einfluß des Gesetzes über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli 1927 — RGBl. I S. 184 — auf die Beschäftigung weiblicher Angestellter hat sich bis jetzt noch nicht bemerkbar gemacht. Nach den angestellten Ermittlungen pflegen die Angestellten schon in den ersten Monaten der Schwangerschaft, sobald ihr Zustand erkennbar wird, ihre Beschäftigung aufzugeben. In einem Falle ist bekannt geworden, daß eine Verkäuferin bis zum Tage ihrer Niederkunft mit Erfolg versucht hat, ihren Zustand zu verbergen. Sie hatte vermutlich gefürchtet, ihre Stellung beim Bekanntwerden ihrer Schwangerschaft zu verlieren. Sie hat auch bereits nach drei Wochen, ihre Stellung wieder antreten zu dürfen, hatte damit allerdings keinen Erfolg, da dem Geschäftsführer die neuen gesetzlichen Vorschriften bereits bekannt waren.

Eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Lehrlingen ist nur vereinzelt festgestellt. Der Abschluß schriftlicher Lehrverträge scheint sich für kaufmännische Lehrlinge mehr und mehr einzuführen.

Um die berufliche Fortbildung erwerbsloser kaufmännischer Angestellter zu fördern, ist vom Kreisarbeitsnachweis für die Stadt Braunschweig mit Unterstützung der Handelskammer ein Fortbildungskursus eingerichtet, in welchem Unterricht im Maschinens Schreiben, in der Rechtschreibung, der Korrespondenz, der Kurrentschrift und der Buchhaltung erteilt wurde. Von den 215 Angestellten, welche an dem Kursus teilgenommen haben, hatten nur 125 eine dreijährige kaufmännische Lehrzeit durchgemacht, während die übrigen 90 nur eine Ausbildung durch private Handelsschulen oder durch Selbststudium erhalten hatten.

II. Schutz der Arbeitnehmer vor Gefahren.

A. Betriebsunfälle.

Die Zahl der beim Gewerbeaufsichtsamt gemeldeten Unfälle hat sich im Jahre 1927 auf 4799 erhöht. 27 Unfälle hatten den Tod zur Folge und 201 ereigneten sich auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle. Die Erhöhung der Unfallzahl wird neben der Steigerung des Beschäftigungsgrades auch darauf zurückzuführen sein, daß aus vielen, namentlich aus den großen Betrieben, seit einiger Zeit jede kleinste Verletzung, ganz ohne Rücksicht darauf, ob sie eine Einstellung der Arbeit zur Folge gehabt hat oder nicht, zur Anzeige gebracht wird. Die Zunahme der Unfälle erstreckt sich auf die Betriebe fast aller Gewerbebezüge, nur in den Buchdruckereien, den Zuckerraffinerien, in den Betrieben der Feinmechanik und in den Einzelhandelsbetrieben hat ihre Zahl in geringem Umfange abgenommen. Die stärkste Zunahme der Unfälle hat in den Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie und im Baugewerbe stattgefunden.

Drei tödliche Unfälle ereigneten sich beim Transport und durch das Umkippen schwerer Gegenstände, zwei beim Verschieben von Eisenbahnwagen und je einer beim Verschieben eines Lastkraftwagens, durch Einsturz eines Baugerüsts, durch Absturz vom Dache, durch Sturz von einer niedrigen Treppe und durch Sturz mit dem Fahrrad. Zwei Todesfälle traten infolge Blutvergiftung nach verhältnismäßig leichten Unfällen ein.

Ein Arbeiter wurde beim Schmieren einer Zahnstange an einem aufklappbaren Lastkraftwagen für Beförderung von Kohlen von dem Wagenkasten erdrückt, als dieser infolge Bruches des zum Hochwinden benutzten Zahnrades herabstürzte.

In einem Steinbruch erhielt ein beim Abräumen beschäftigter Arbeiter durch einen größeren Stein, der sich unerwartet aus dem Erdreich löste, einen Stoß, so daß er die 20 Meter hohe Bruchwand hinabstürzte und infolge Schädelbruchs verstarb. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß die Schichten unter einem Winkel von fast 30 Grad

einfallen und daß der Arbeiter nicht angeseilt war. Die Vorschrift des Anseilens wird von den Arbeitern oft außer acht gelassen. Bei der drei Tage nach dem Unfall vorgenommenen Unfalluntersuchung betrat auch der Vorarbeiter des Bruches die Unfallstelle, ohne die Aufforderung des Beamten zur Benutzung des vorhandenen Sicherheitsseiles zu beachten.

In der Longrube einer Ziegelei unterhöhlte ein 20 Jahre alter Arbeiter entgegen dem ausdrücklichen Verbote des Vorarbeiters eine ungefähr 1,5 Meter hohe Wand. Er setzte seine unzulässige Arbeitsweise auch noch fort, nachdem ein neben ihm arbeitender älterer Arbeiter ihn verwarnet und sich an eine weniger gefährliche Stelle begeben hatte. Der jüngere Arbeiter hatte sich dem älteren gegenüber, obwohl er erst zwei Tage in der Longrube tätig war, mit seinen Erfahrungen, die er beim Unterhöhlen in einem Kalkbruche gewonnen haben wollte, gebrüstet. Die unterhöhlte Lontwand ist dann nach einiger Zeit so unerwartet für den Arbeiter eingestürzt, daß er von einem schweren Tonbrocken getroffen und sofort getötet ist. Auch in einer Sand- und Kiesgrube mit 8 Meter hoher Wand ist ein Arbeiter durch plötzlich herabbrechende Massen verschüttet und erstickt. Hier ergab die Untersuchung, daß der Inhaber der Grube die mehrfach an ihn ergangenen Aufforderungen, den Abraum ordnungsmäßig zu beseitigen und beim Abbau einen genügend großen Böschungswinkel einzuhalten, nicht beachtet hatte. Bei dem darauffhin eingeleiteten Strafverfahren ist er wegen fahrlässiger Tötung zu 10 Tagen Gefängnis bzw. zu 200 *M* Geldstrafe verurteilt.

In einem Steinbruch trafen beim Sprengen einige Steinstücke den Schießmeister, der die Schüsse von dem Platze hinter einer in den Bruch hineinragenden Felswand mittels Glühzündapparates entzündet hatte, an den Kopf, so daß er am rechten Unterkiefer leicht und am Schädel schwer verletzt wurde. Er lag mehrere Wochen an Gehirnerschütterung danieder, kam aber mit dem Leben davon. Die Entfernung seines Standortes von den Sprengstellen hatte etwa 45 Meter betragen.

In einer Bleihütte zersprang eine Schlackenscheibe von etwa 60 Zentimeter Durchmesser und 10 bis 15 Zentimeter Stärke beim Fortziehen auf dem Boden mittels eisernen Hafens. Dadurch kam der Arbeiter, welcher den Hafen hielt, zu Fall, und die aus dem Inneren der Schlackenscheibe ausfließende glühende Masse setzte seine Kleidung in Brand. Er lief, am ganzen Körper brennend, aus der Hütte ins Freie, wo andere Arbeiter sofort das Feuer erstickten. Die Verbrennungen des Verletzten waren jedoch so stark, daß er am folgenden Tage starb.

Beim Verladen von Schwefelkiesabbränden in einer chemischen Fabrik von der Halde in den Eisenbahnwagen mit Hilfe eines Dampfdrehkranes riß das Auslegerseil. Ein Ende des Auslegers erschlug einen auf dem Platze beschäftigten Arbeiter. Das Auslegerseil war erst vier Monate in Gebrauch gewesen; es war auf seiner Oberfläche mit Rost bedeckt und wies an mehreren Stellen, namentlich in der Nähe der Zerreißstelle Drahtbrüche auf. Angeblich hatte der Kranführer das Seil einige Tage vor dem Unfall beim Schmieren der Seilkollenlager,

die am Ausleger befestigt waren, auf das Vorhandensein schadhafter Stellen untersucht. Obwohl er solche festgestellt hatte, war ihm der Zustand des Seiles nicht so bedenklich erschienen, daß er dessen Auswechslung für nötig gehalten hätte. Das vorher benutzte Seil soll nahezu sieben Monate im Gebrauch gewesen und ebenso wie die früheren Seile in noch gebrauchsfähigem Zustande ausgewechselt sein. Das zuletzt benutzte Seil hat höchstwahrscheinlich aus minderwertigem Material bestanden, wofür weniger die Betriebsleitung der chemischen Fabrik als die Lieferantin des Seiles verantwortlich zu machen sein dürften. Da auf diese von hier nicht eingewirkt werden kann, ist der chemischen Fabrik aufgegeben, die Seile des Kranes jede Woche mindestens zweimal auf ihren Zustand zu untersuchen und sie auszuwechseln, sobald mehr als 5 Prozent der Drähte auf einer Länge des achtfachen Seildurchmessers gebrochen sind.

Auf dem Hofe einer Dampfkesselfabrik verunglückte ein achtzehnjähriger Lehrling beim Verschieben einer Lore, die mit einem großen Rohre beladen war. Der Lehrling hatte auf Geheiß eines älteren Arbeiters die Kette, mittels welcher der zum Verschieben benutzte Dampfkran die Last hinter sich herzog, gelöst. Der Kran hätte sich daher beim Weiterfahren in der gleichen Richtung von der Lore entfernen müssen. Da jedoch kurz vorher seine Puffer sich hinter einen Winkelring des Rohres geklemmt hatten, mußte der Kran die Lore auch nach dem Lösen der Zugkette noch mitnehmen. Als nun der Kran anfuhr, befand sich der Lehrling, der das Festklammern der Puffer nicht bemerkt hatte, noch zwischen den beiden Fahrzeugen. Durch den beim Aufahren erhaltenen Stoß bewegte sich die Lore schneller als der Kran und der Lehrling wurde zwischen diesem und dem Winkelring des Rohres gequetscht. Der ältere Arbeiter hatte ohne Zweifel dem Kranführer die Anweisung zum Aufahren bereits gegeben, als der Lehrling sich noch zwischen Kran und Lore aufhielt, weil er annahm, daß die Lore beim Aufahren des Kranes stehen bleiben würde. Den Kranführer traf keine Schuld, weil er von seinem Stande aus die Stelle, wo der Lehrling stand, nicht sehen konnte.

Auf der Schmalspurbahn, die zur Verbindung mit dem 3 Kilometer entfernten Reichsbahnhofe von einem Steinbruchsbetriebe im Harz erbaut war, konnte infolge feuchten Wetters und großen Gefälles der Maschinist einen mit großer Geschwindigkeit zu Tal fahrenden Zug nicht genügend bremsen. Nachdem bereits die hinteren Wagen entgleist, ihre Kuppelungen gerissen und die auf diesen mitfahrenden Bremsen und der jugendliche Begleiter des Lokomotivführers, ohne besonderen Schaden zu nehmen, abgesprungen waren, sprang auch die Lokomotive mit den übrigen Wagen in einer Kurve aus dem Gleise, stürzte die Böschung hinab und erdrückte dabei den Lokomotivführer. Eine Verminderung des Gefälles der Bahn und eine Verlegung der Kurve sind daraufhin veranlaßt.

Einem Klempnermeister war von einem Eisenbahnbeamten der

Auftrag erteilt, eine auf dem Bahntransport undicht gewordene Kanne mit Lack zu löten. Der Meister ließ diese Arbeit von einem siebzehnjährigen Lehrling ausführen, der bereits häufiger undicht gewordene Lackkannen instand gesetzt hatte. Beim Löten der Kanne explodierte diese und der umhergeschleuderte brennende Lack brachte dem Lehrling so starke Brandwunden bei, daß er am nächsten Tage starb. Der Lack war von einer Berliner Firma versandt worden. Die Kanne war nicht mit der Aufschrift „Feuergefährlich“ versehen, obwohl sich unter den Lösungsmitteln sehr leicht entzündliche Stoffe, wie z. B. Aether, befunden hatten. Auch in einer Blechwarenfabrik erlitt ein Arbeiter am Unterleib und an der rechten Hand beim Löten eines gebrauchten Kraftwagenbetriebsstoffbehälters Verletzungen dadurch, daß dieser zerknallte. Der Betriebsinhaber und die Arbeiter sind eingehend über die Gefährlichkeit derartiger Behälter und über ihre Behandlung bei Löt- und Schweißarbeiten aufgeklärt.

In zwei Blechwarenfabriken ereigneten sich Explosionen von sogenannten Lacktrockenöfen. In einem Falle hatte der Arbeiter, welcher die Ofen bediente, zu lange Zeit bis zum Anzünden der Gasfeuerung verstreichen lassen. Da der Heizraum vom Trockenraum des Ofens nicht völlig getrennt war, hatte sich in diesem ein explosibles Gasluftgemisch bilden können, das zur Entzündung kam, als der Arbeiter sich dem Brenner mit der Zündflamme näherte. Die Wände der Trockenkammer wurden aufgerissen und mehrere Fensterscheiben zertrümmert. Der Arbeiter wurde durch eine Stichflamme im Gesicht verbrannt. Die Betriebsleitung ist angewiesen, die mit der Bedienung der Lacktrockenöfen beauftragten Arbeiter genau zu unterweisen. Bei dem zweiten Falle waren auf der Innenseite lackierte Blechtrommeln, die oben offen waren, in mehreren Reihen im Ofen so übereinandergestellt, daß die Böden der oberen Trommeln die Öffnungen der darunter stehenden mehr oder weniger verdeckten. Bald nachdem die Türen des Ofens geschlossen und der Exhaustor zum Absaugen der Lackdünste in Gang gesetzt war, trat die Explosion ein, wobei die Tür aus den Angeln gerissen und eine Arbeiterin durch den Luftdruck zu Boden geworfen wurde, jedoch keine Verletzungen davontrug. Da der Heizraum bei diesem Ofen vom Trockenraum lückenlos getrennt ist, läßt sich die Explosion nur so erklären, daß die Lackdämpfe infolge der geschilderten Aufstellung der Trommeln aus diesen nicht entweichen konnten, sich mit der vorhandenen Luft vermischten und dann durch die Heizung bis zur Selbstentzündung erhitzt wurden.

Durch elektrischen Strom wurden in einer Färberei zwei Arbeiter getötet. Sie waren beauftragt, eine elektrisch betriebene fahrbare Pumpe auf dem Hofe in Betrieb zu setzen und bedienten sich dazu eines vor etwa 3 Monaten neu beschafften außen mit Stahl armierten Kabels, das bereits öfter benutzt war. Ein Meister, der in einem benachbarten Fabrikraume beschäftigt war, begab sich infolge eines sonderbaren Geräusches auf den Hof und fand hier die beiden Arbeiter bewegungslos

auf der Erde liegen. Den sofort herbeigeholten Mitgliedern der Sanitätskolonne des Werkes gelang es trotz sofort aufgenommenen und mehr als drei Stunden fortgesetzter Wiederbelebungsversuche nicht, die beiden Arbeiter ins Leben zurückzurufen. Auch die von dem herbeigerufenen Ärzte vorgenommenen Einspritzungen hatten keinen Erfolg. Die Untersuchung hat ergeben, daß in dem am Ende des Kabels befindlichen Stecker einige Drahtlitzen mit dessen Metallgehäuse in Berührung gekommen waren. Dadurch hatte die mit dem Gehäuse in Verbindung stehende Stahlarmerung Schluß mit dem Drehstrom von 290/500 Volt erhalten. Ein Erdschluß hatte sowohl an der Steckdose wie an der Armierung des Kabels gefehlt. Gegen den in Preußen wohnenden Hersteller der Steckdose und des Steckers ist ein Strafverfahren eingeleitet, über dessen Ausgang bislang nichts bekannt geworden ist.

Ein weiterer tödlicher Unfall ereignete sich in einem Umspannwerke. Hier wurde ein Arbeiter, der in dem Werke nichts zu tun hatte, hinter dem Schutzgitter, welches vor den spannungsführenden Teilen angebracht ist, tot aufgefunden. Er muß unter dem Schutzgitter hindurchgebrochen und dann vom Strome getötet sein.

Im Hochspannungsraume eines Elektrizitätswerkes war in die Fernleitung von 10 000 Volt Spannung ein Amperemeter eingeschaltet, das sich hinter dem Drahtgitter der Zelle für die Sammelleitungen befand. Durch einen Stromstoß wurde das Instrument, das bis zu 20 Ampere anzeigte, überlastet, so daß der Zeiger stehen blieb. Der Maschinist klopfte, um die Störung zu beseitigen, mit den Fingern gegen das Gehäuse des Instruments, ohne zu bedenken, daß dieses unter Hochspannung stand. Bei der Berührung des Instruments erhielt er einen elektrischen Schlag und fiel betäubt zu Boden. Außerdem erlitt er Brandwunden an beiden Händen. Er hätte sich beim Klopfen gegen das Instrument einer Schaltstange bedienen müssen.

Arbeitsräume und Betriebsgebäude befanden sich mehrfach in für die Arbeiter gefährlichem Zustande. In einer älteren Papierfabrik waren zahlreiche Dachsparren des Papiermaschinenraumes durch Holzfäule abgestürzt, weil ihre Tragfähigkeit durch Fäulnis in Frage gestellt war. Auch in einer Ziegelei und in einigen anderen gewerblichen Anlagen erschien die Standfestigkeit von Trocken- und Lagerschuppen als gefährdet. Die Baupolizeibehörden sind deswegen benachrichtigt. Die Vorschriften zur Verhütung von Feuergefahren waren oft, vor allem in Tischlereien, Stellmachereien und sonstigen Anlagen, in denen leicht brennbare Stoffe verarbeitet werden, nicht beachtet. Häufig ist festgestellt, daß der Abstand der metallenen Rauchrohre der Feuerstätten vom Holzwert zu gering war und daß die Defen selbst zu nahe an brennbaren Gebäudeteilen standen. Es kann daraus geschlossen werden, daß Feuerstellen oft ohne die vorgeschriebene baupolizeiliche Genehmigung neu angelegt oder verändert werden. Als ein Beamter eine kleine Böttcherei betrat, in der gerade niemand anwesend war, erfolgten in dem großen Ofen kurz nacheinander drei Explosionen, durch die brennende

Späne aus dem Ofen auf den neben diesem liegenden Haufen von Holzspänen flogen. In allen Fällen sind die Inhaber auf die ihrem Eigentume drohenden Gefahren hingewiesen.

In Steinbrüchen und Gruben gab der Abbau immer noch häufig zu Beanstandungen Anlaß. In vielen Fällen wurde zu steil abgebaut, oder der Abraum war nicht in richtiger Weise beseitigt. In einem Steinbruch befanden sich die Bruchwände in einem so außerordentlich gefährdrohenden Zustande, daß gegen den Besitzer eine Verfügung nach § 120 d. G. D. erlassen und ihm Schließung des Betriebes angedroht werden mußte, wenn der Abbau fernerhin in so überaus unvorschriftsmäßiger Weise erfolgen sollte. Der Besitzer des Bruches war von seiner Berufsgenossenschaft bereits wegen des unzulässigen Abbaues in Strafe genommen worden. Die Besitzer eines anderen Steinbruches und zweier Sandgruben, welche bereits früher Auflagen nach § 120 d. der G. D. erhalten hatten, sind zur Anzeige gebracht, weil ihre Anlagen trotzdem wieder in völlig unzulässigem Zustande gefunden wurden.

In einer nicht unerheblichen Zahl von Fällen sind bei der Lagerung und Verausgabung sowie bei der Verwendung von Sprengstoffen unzulässige Zustände und Gesetzeswidrigkeiten vorgefunden. Im Sprengstofflager einer Ziegelei stand auf dem Boden Wasser, das bei einem starken Regen eingedrungen war. Im Lager einer anderen Ziegelei, in der längere Zeit nicht gesprengt war, war die Tür zur Nische für die Sprengkapseln eingestosset. Mehrfach wurden zum Transport der Sprengstoffe nach der Verwendungsstelle ungeeignete Behälter benutzt oder Sprengstoffe im Arbeiteraufenthaltsraum aufbewahrt. In einem Steinbruch wurde eine Sprengpatrone und ein Paket Schwarzpulver in einem Kasten neben eisernen Feldbahnlaschen und Schrauben vorgefunden. Das Fehlen einer Kapselzange ist wiederholt beanstandet. In einem Betriebe, dessen Meister bei der Prüfung zur Ausstellung eines Sprengstofferlaubnischeines Probeprengungen ausführen sollte, war nur ein eiserner Ladestock vorhanden. In einer Ziegelei war mehr Sprengstoff vorhanden, als zugelassen war. Angeblich hatte der Inhaber bei zwei Lieferanten Sprengstoff bestellt, der wider Erwarten fast gleichzeitig eingetroffen sein sollte. In einem Steinbruch war das Buch über die Verausgabung des Sprengstoffes nicht richtig geführt, weil die beiden Schießmeister infolge von Zwistigkeiten nicht Hand in Hand gearbeitet hatten. Beiden Meistern ist deswegen mit Entziehung der Sprengstofferlaubnischeine gedroht. Ein anderer Schießmeister hatte zwei Arbeiter mit der Vornahme von Sprengungen beauftragt, ohne sie dabei hinreichend zu beaufsichtigen. Ihm ist daraufhin der Sprengstofferlaubnischein entzogen.

Zahlreiche Beanstandungen mußten bei den Revisionen immer noch wegen des ungenügenden Zustandes der Arbeitsmaschinen gemacht werden. Vor allem ließen die Schutzvorrichtungen an den Holzbearbeitungsmaschinen noch oft zu wünschen übrig. Wiederholt sind

auch neue Maschinen ohne die erforderlichen Schutzvorrichtungen geliefert worden.

In vielen kleineren Betrieben war der Zustand der elektrischen Einrichtungen überaus mangelhaft. Oft kennen die Inhaber und die Arbeiter die mit der Benutzung des elektrischen Stromes verbundenen Gefahren nicht und sind selbst für Belehrungen darüber unempfindlich. In einem kleinen Sägewerk befanden sich unter 13 Sicherungen nicht weniger als 12 geflickte. In feuchten Betriebsräumen fehlten mehrfach die Erdungen an den metallenen Gehäusen der Anlasser, Schalter und Motoren. Auch die Abdeckungen der Schalter und Anlasser fehlten nicht selten ganz oder teilweise. In einer kleinen Schlachtetei war an einem Messerschalter der fehlende Griff durch einen Bindfaden ersetzt, der an den blanken Metallteilen der Messer befestigt war und zum Ausschalten dienen sollte. Am Tage der Revision war der Bindfaden naß. Beim Einschalten wurden die Messer mit einem Holzstück in die spannungsführenden Federklemmen hineingedrückt. Der Inhaber behauptete, diese Einrichtung sei von einem „Monteur“ angebracht, weil die Beschaffung eines ordnungsmäßigen Griffes nicht möglich gewesen sei.

In einer Ziegelei und in einem Metallhüttenwerk befanden sich die Aufzugsanlagen in völlig unzulässigem Zustande. Die Türverschlüsse fehlten oder waren außer Tätigkeit gesetzt. Die Instandsetzung der Anlagen und ihre vorschriftsmäßige Benutzung ist gefordert worden.

Die Dampfkesselanlagen gaben ebenfalls zuweilen noch Anlaß zu Beanstandungen. In einer Gipsfabrik war während des Winters von der als zweite Speisevorrichtung dienenden Dampfpumpe die Wasserzuleitung entfernt, um sie vor dem Einfrieren zu schützen. In einem kleinen Sägewerk, in dem nur zeitweise gearbeitet wird, fand ein Beamter auf dem Roste des Lokomobilekessels ein starkes Feuer, und, obwohl der untere Probierhahn geöffnet war, trat aus ihm weder Wasser noch Dampf aus. Der Besitzer gab an, daß das Wasser vor dem herrschenden Frostwetter nicht abgelassen sei, nun solle der Kessel durch das Feuer aufgetaut werden. Auch eine unzulässige Überlastung der Sicherheitsventile ist wiederholt festgestellt. Im Kesselhause einer Stearinferzenfabrik wurde ein Arbeiter auf dem Mauerwerke eines im Betriebe befindlichen Dampfkessels schlafend angetroffen.

An Dampfzeugern, welche nicht unter die für Dampfkessel geltenden Vorschriften fallen, mußte mehrfach die Verkürzung der zu hohen Sicherheitsstandrohre gefordert werden. Auch mit Wasser gefüllte, geschlossene und geheizte Gefäße, die als Wärmeplatten in Tischlereien, als Brüdenerzeuger in Bäckereien oder als Vulkanisierapparate in Werkstätten zur Ausbesserung von Automobilbereifungen dienten, wurden wieder verschiedentlich angetroffen. Das Anbringen der erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen an ihnen ist stets veranlaßt. In einer Bäckerei zerplatzte wieder ein in den Backofen eingebauter Brüdenapparat. Der Steinbelag des Ofenherdes wurde im Umfange von etwa einem Quadratmeter hochgeschleudert und teilweise aus der Ofentür herausgeworfen.

Der am Ofen beschäftigte Bäcker wurde nur deshalb nicht verletzt, weil er kurz vor dem Herfalle seinen Arbeitsplatz vor dem Ofen verlassen hatte.

Bei den Betriebsrevisionen sind eine Anzahl von Äthylenentwicklern angetroffen, die nicht, wie vorgeschrieben ist, bei der Polizeibehörde angemeldet waren. Vereinzelt mußte die Weiterbenutzung solcher Apparate untersagt werden, weil diese von ihren Besitzern selbst gebaut waren oder kein Firmenschild hatten, so daß ihre Herkunft nicht bekannt war.

An einem nach dem Einfallsystem arbeitenden Äthylenapparat zog sich ein Arbeiter eine Verbrennung beim Ausspritzen, welches zum Reinigen vorgenommen wurde, zu. Nachdem der Arbeiter schon einige Zeit Wasser in den Entwickler hineingespritzt hatte, ist ihm plötzlich aus der Reinigungsöffnung, die sich in der Mitte der Seitenwand des Apparates befand, eine Flamme entgegengeschlagen. Der Grund der Entzündung des Äthylengases, welches sich vermutlich durch Nachvergasung gebildet hatte, ist nicht festzustellen gewesen. Ein anderer Unfall ereignete sich an einem alten Apparat, der nach dem Schubkastensystem gebaut war. Das benutzte Karbid war zu fein gewesen und daher im unteren Teile nicht völlig vergast. Beim Herausziehen der Schublade hat es sich dann vermutlich von selbst entzündet und dem Arbeiter Brandwunden zugefügt.

Infolge der zunehmenden Zahl von Kraftfahrzeugen hat sich auch die Zahl der Mineralöllager im letzten Jahre weiter vergrößert. Zu begrüßen ist, daß die sichere Lagerung der Kraftwagenbetriebsstoffe in unterirdischen Tankanlagen die oberirdische Lagerung der feuergefährlichen Stoffe immer mehr verdrängt. Immerhin sind doch noch verschiedentlich unborschriftsmäßige Lagerstätten vorgefunden. Auf einem Fabrikgrundstück waren unmittelbar neben einem Gebäude sechs mit Benzin gefüllte Fässer im Freien gelagert. Als Umkehrung für diese war lediglich ein niedriger Damm aus Asche um die Fässer geschüttet, der noch dazu an mehreren Stellen unterbrochen war. Infolge der daraufhink erfolgten Beanstandung hat der Inhaber die Lagerung von Benzin auf seinem Grundstücke aufgegeben. Ein Schmiedemeister, der die Vorschriften über die Lagerung von Mineralölen trotz vorheriger Belehrung nicht beachtet hatte, ist auf die erstattete Anzeige hin mit einer Geldstrafe von 40 M bestraft.

B. Gesundheitschädliche Einflüsse.

An entschädigungspflichtigen Erkrankungen ist im letzten Jahre von den Versicherungsämtern lediglich eine Anzahl von Bleierkrankungen dem Gewerbeaufsichtsamt gemeldet worden. Einige dieser Erkrankungen betrafen Arbeiter in Bleihütten. Die Mehrzahl der erkrankten Arbeiter war in einem Metallwerke tätig, dessen Betrieb ebenfalls unter die Vorschriften der Bekanntmachung über die Einrichtung und den Betrieb von Bleihütten fällt. Da die Betriebsleitung dieses Werkes daran

zweifelte, daß alle Arbeiter, die nach den Angaben der Krankenkassen-ärzte an Bleikrankheit litten, wirklich bleikrank waren, veranlaßte sie eine genaue Untersuchung der sich krank fühlenden Arbeiter im Landeskrankenhaus. Nach Angabe der Betriebsleitung ist daraufhin die Zahl der Krankmeldungen an Bleikrankheit auf die Hälfte gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Die erkrankten Arbeiter waren teils auf der Gicht des Bleischmelzofens und am Abstiche dieses Ofens, teils mit dem Transport des staubförmigen Rohmaterials beschäftigt. Dem Werke ist die bessere Abdichtung des Gichtverschlusses am Ofen und die Verbesserung des Rauchabzuges über der Abstichrinne vorgeschrieben. Ferner sind auf Anordnung des Amtes den Arbeitern persönliche Schutzmittel zur Verfügung gestellt und die Wasch- und Badeeinrichtungen vergrößert worden.

Von einer Krankenkasse wurde Mitteilung über den auffallend hohen Krankenstand von 12 bis 15 Prozent der Belegschaft in einer großen Gießerei gemacht. Die daraufhin zusammen mit dem Kreisarzt angestellten Ermittlungen ergaben, daß an einem Tage gegen Ende des Berichtsjahres 114 Arbeiter des Betriebes krank gemeldet waren. Als Krankheit war angegeben Darmkatarrh bei 6, Erkrankung der Atmungsorgane bei 39, Muskelzerrung bei 3, Muskelrheuma bei 12, Unfälle bei 26 und sonstige Erkrankungen bei 28 Arbeitern. Diese hohe Krankenziffer dürfte sowohl auf die Betriebsverhältnisse des Werkes wie auf seine örtliche Lage zurückzuführen sein. Das Werk ist gezwungen, um der Konkurrenz gegenüber lebensfähig zu bleiben, eine hohe Leistung und ein lebhaftes Arbeitstempo von den Arbeitern zu verlangen. Ferner sind in dem Werke, wie in allen Gießereien, die Arbeiter auch wegen des Umganges mit dem heißen Eisen in hohem Grade der Gefahr, sich Erkältungen oder Verbrennungen zuzuziehen, ausgesetzt. Eine besondere Reizung der Atmungsorgane wird vermutlich auch durch den Dunst, der beim Abgießen der Formen durch das Verbrennen des ölhaltigen Kernbindemittels entsteht, und durch den Staub in der Gußputzerei veranlaßt. Ein anderes geeignetes Kernbindemittel, bei dessen Verbrennung weniger belästigender Dunst entsteht, hat sich bislang nicht ermitteln lassen. Die Verbesserung der Staubabsaugung in der Putzerei ist dem Werke vorgeschrieben. Der wesentlichste Teil der Erkrankungen aber wird darauf zurückzuführen sein, daß das Werk sich aus kleinen Anfängen zu einem Unternehmen mit einer Belegschaftsstärke von etwa 700 Arbeitern entwickelt hat, und nun aus seiner unmittelbaren Umgebung geeignete Arbeiter nicht in genügender Menge erhalten kann. Es ist daher gezwungen, auch auf weiter entfernt wohnende Arbeiter zurückzugreifen, so daß diese zum großen Teil täglich sehr weite Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zwischen ihrem Wohnorte und ihrer Arbeitsstelle zurückzulegen haben. Bei schlechtem Wetter sind sie dabei natürlich hoher Erkältungsgefahr ausgesetzt.

In einem größeren chemischen Werke erkrankte eine Anzahl Arbeiter infolge folgender Vorgänge: In einen großen, bis auf die Einfüllöffnung

abgedeckten Bottich wurde, wie es schon lange üblich war, zu einer salzsauren Chlorzinklösung eine kleine Menge von Zinkstaub eingebracht. Plötzlich verlor ein an dem Bottich beschäftigter Arbeiter das Bewußtsein. Ins Freie gebracht, erholte er sich schnell wieder, so daß er weiterarbeiten wollte. Er wurde jedoch nach Hause geschickt und es zeigten sich bald so schwere Krankheitsercheinungen, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er bereits am übernächsten Tage verstorben ist. Inzwischen hatten noch ein Meister und sechs weitere Arbeiter, die in dem gleichen Arbeitsraume anwesend gewesen waren, in das Krankenhaus eingeliefert werden müssen, da sich bei ihnen einen Tag nach der Erkrankung des ersten Arbeiters die gleichen Erscheinungen wie bei diesem (Erbrechen, Durchfall, Blaufärbung) gezeigt hatten. Sie sind aber durch das Eingreifen namhafter Ärzte, die von einer Universität herbeigerufen wurden, sämtlich gerettet. Die Veranlassung zu dem Unfall hat die Verwendung arsenhaltigen Zinkstaubes gegeben, so daß sich Arsenwasserstoff gebildet hatte, der infolge Fehlens einer Abzugsvorrichtung in den Arbeitsraum gelangt war. Weshalb arsenhaltiger Zinkstaub zur Verwendung kommen können, ist nicht aufzuklären gewesen. Abzugsvorrichtungen über den Bottichen, die bisher nicht für erforderlich gehalten wurden, sind nach dem Unfall angeordnet worden.

Beim Ausbrennen von Generatoren in einer Glashütte zog sich der Direktor der Hütte eine Kohlenoxydvergiftung zu. Er hatte sich längere Zeit in dem Generatorenraume aufgehalten, diesen bereits aber verlassen und den Prokuristen aufgesucht, als er in dessen Wohnung bewußtlos wurde. Nachdem er sich wieder erholt hatte, hat er noch längere Zeit Ohrensausen, Uebelkeit, Druck in der Magengegend und Schwäche der unteren Gliedmaßen empfunden. Die im gleichen Raume beschäftigten Arbeiter haben keinerlei Schädigungen erlitten. Der Fall gab Veranlassung, der Hütte zum Schutze gegen Einwirkung von Kohlenoxyd die Beschaffung von Gasmasken vorzuschreiben, welche den Arbeitern zur Vornahme von Arbeiten an den Generatoren, bei denen sie der Gefahr von Vergiftungen ausgesetzt sind, zur Verfügung zu stellen sind.

In einer Kraftwagenhalle wurde einer der beiden Arbeiter, welche die Riesenluftreifen eines Fahrzeuges mittels der vom Fahrzeugmotor angetriebenen Luftpumpe aufpumpen wollten, durch die Auspuffgase des Motors betäubt, so daß er sich im Fallen eine Kopfverletzung zuzog. Der andere Arbeiter, der auch bereits die Einwirkungen der Auspuffgase verspürte, konnte sich noch rechtzeitig ins Freie begeben und Hilsmannschaften herbeirufen, von welchen der erste Arbeiter durch Wiederbelebungsversuche gerettet wurde. Der Betriebsleiter ist darauf hingewiesen, daß Motoren innerhalb der Kraftwagenhallen nur in Betrieb gehalten werden dürfen, soweit es zum Ein- und Ausfahren des Wagens unbedingt erforderlich ist.

Der gesundheitschädliche Einfluß, den das in den letzten Jahren neu aufgekommene Rudern von Zigarren auf die Zigarrenarbeiter aus-

übt, ist aus folgendem Falle ersichtlich. Ein Arbeiter, der bereits 35 Jahre lang Zigarren sortiert hatte, ohne dadurch irgendwelche Gesundheitsschäden zu erleiden, wurde während der letzten Zeit mit dem Sortieren von wöchentlich 25 000 bis 30 000 gepuderter Zigarren beschäftigt. Bei dieser Arbeit legte sich nach seinen Angaben der Puderstaub stets in sichtbarer brauner Schicht auf Gesicht und Hände. Nachdem er eineinhalb Jahre diese Tätigkeit ausgeübt hatte, zeigte sich Blut in seinem Auswurf. Da sich außerdem der beim Sortieren auftretende Puderstaub unter die Fingernägel zu schieben pflegte, wurden diese von der Fingerhaut getrennt und lösten sich schließlich ganz von den Fingern. Nach Aufgabe der Beschäftigung hat sich allmählich das Blut im Auswurf des Arbeiters wieder verloren und es sind gesunde Fingernägel nachgewachsen.

Auf möglichst blendungsfreie Beleuchtung der Arbeitsräume und der Arbeitsplätze ist unter Zugrundelegung der von der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft herausgegebenen Grundsätze in vielen Betrieben hingewirkt. Wenn dabei auch zuweilen gegen die völlige Verständnislosigkeit nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer hat angegangen werden müssen, und wenn auch den Forderungen nach Änderungen der Beleuchtungskörper vielfach unter Hinweis auf die wirtschaftliche Lage und bringendere andere Ausgaben Widerstand entgegengesetzt ist, so sind doch auch schon in nicht geringem Umfange erfreuliche Erfolge erzielt worden. Es muß anerkannt werden, daß auch eine Anzahl der Betriebsleiter volles Verständnis für die ihnen gegebenen Anregungen gezeigt und ihre Beleuchtungseinrichtungen ohne Weiterungen verbessert hat. Die auf S. 41 dargestellten photographischen Aufnahmen des Arbeitsraumes in einer Damenkonfektionswerkstätte, welche vor und nach der Auswechslung der flachen Reflektoren an den einzelnen Brennstellen durch glockenförmige Reflektoren, sogenannte Tiefstrahler, gemacht sind, lassen erkennen, wie mit geringen Mitteln eine wesentliche Verbesserung der vorher stark blendenden Beleuchtung erreicht werden kann.

Bei der Besichtigung eines Ringofens klagten die Arbeiter über außergewöhnlich hohe Temperaturen im Ringofen. Diese waren darauf zurückzuführen, daß von einer Wärmewirtschaftsstelle Versuche zur Erhöhung der Ofenleistung gemacht wurden. Bei einer späteren Besichtigung des Werkes wurden an den Auskarrstellen noch glühende Kohlen immer noch zu hoch waren. Dem Werkdirektor und dem Versuchingenieur ist aufgegeben, für Abstellung dieses Uebelstandes zu sorgen. Auch im neuerrichteten Gasgenerator- und im Sauggasmotorenraum einer Ziegelei wurden sehr ungünstige Luftverhältnisse angetroffen. Ihre Verbesserung, die Beschaffung von Gasmasken und die Bereithaltung eines Sauerstoffwiederbelebungsapparates sind verlangt worden.



Aufnahme bei der früheren Beleuchtung durch Lampen mit flachen Reflektoren.



Aufnahme bei der jetzigen Beleuchtung durch Lampen mit glockenförmigen Reflektoren.

Einer kleinen Konservenfabrik ist die Beschaffung einer Entnebelungsanlage vorgeschrieben, weil sich infolge der geringen Raumhöhe namentlich in der kälteren Jahreszeit durch das Kochen und Sterilisieren der Gemüse ein so dichter Nebel bildete, daß Haare und Kleidung der Arbeiterinnen völlig durchnäßt wurden.

In der Gaswäsche eines Hochofenwerkes wurde der Wärter durch Personen, die zufällig den Raum betraten, betäubt aufgefunden und gerettet. Wahrscheinlich war durch Unaufmerksamkeit des Wärters aus den Leitungen Hochofengas in den Raum gelangt. Die Werkleitung hat daraufhin mehrere Betriebsräume in offener Verbindung miteinander neben die Gaswäsche gelegt, so daß in den Räumen stets zwei Wärter anwesend sind, die sich gegenseitig beobachten und im Falle der Gefahr unterstützen können.

Ueber eine auffallende Erscheinung klagten die Arbeiter einer Maschinenfabrik in der großen Halle, in der elektrisch geschweißt wird. Bei dieser Arbeit entstehen dort eigenartige fadenförmige Gebilde von sehr lockerem Gefüge, die durch die Schweißhitze zunächst hochgetrieben werden und dann in dem ganzen Raume verteilt wegen ihres geringen spezifischen Gewichtes langsam niederfallen. Sie sind bis zu einigen Zentimetern lang und so leicht, daß sie in der Luft kaum zu greifen sind. Ein Arbeiter klagte über Reizung der Schleimhäute in den Atemwegen. Ein Absaugen der Schweißdünste wird nicht möglich sein, da oft sehr lange Röhre an großen Gefäßen geschweißt werden, so daß die Absaughauben mit den Rohrleitungen beweglich und damit sehr unhandlich eingerichtet werden müßten. Daher sind Versuche angeregt, durch Aenderung in der Zusammensetzung der Schweißstähle oder in den Stromverhältnissen, die Entstehung der Gebilde zu vermeiden.

Ueber Unfall- und Gesundheitsgefahren bei Ausführung der Spritzverfahren ist folgendes ermittelt: Das Spritzverfahren zum Ueberziehen von Gegenständen mit Farbe und Lack ist in 23 Betrieben in Anwendung, welche zu den verschiedensten Gewerben gehören. Farben und Lacke, sowie Emaille werden u. a. auf Porzellan, Gußeisen, Bleche und Metallteile aller Art sowie auf Holz durch Spritzpistolen aufgetragen. Die Art der zerstäubten Stoffe und der Lösungsmittel war meist nicht genau festzustellen, da diese in der Regel unter den verschiedensten Namen, aus denen ihre Zusammensetzung nicht hervorgeht, von den verschiedensten Firmen geliefert werden, welche die Bestandteile und die Mischungsverhältnisse ihrer Fabrikate als Betriebsgeheimnis behandeln. Soweit Angaben in den einzelnen Betrieben über die aufgespritzten Stoffe gemacht werden konnten, wurden als Bestandteile Erdfarben, Kopal, Harze, Emaille, Cellonlack und dergleichen sowie als Lösungsmittel und Verdünnungsmittel Sangajol, Terpentinöl oder Terpentinölersatz, Leinöl, Spiritus und Wasser angegeben. In einem Falle schien das Lösungsmittel auch aus Schwebbenzin zu bestehen. In einer Lastkraftwagenfabrik, in der seit Beginn des Jahres die fertigen Fahrzeuge, nachdem sie von Hand grundiert und mit einem Deckanstrich versehen sind,

mit Lackfarbe bespritzt werden, ist in letzterer eine geringe Menge von Blei, die weniger als 1 Prozent beträgt, enthalten. Bleierkrankungen sind in diesem Betriebe bislang nicht vorgekommen. Dagegen klagte in einer Blechwarenfabrik, in der im Spritzverfahren Weißblechbehälter mit einer Lackfarbe überzogen wurden, der mit dem Spritzen seit sechs Monaten beschäftigte 23jährige Arbeiter über schwere Stuhlverstopfung. Bei der daraufhin veranlassten ärztlichen Untersuchung des Arbeiters hat sich ergeben, daß er an schwerer Bleivergiftung erkrankt war, und daß somit auch in der Lackfarbe Blei enthalten gewesen sein mußte. In einer Herdfabrik enthält die auf Eisenblechteile aufgetragene Emaille angeblich kein Blei, während in der auf die gußeisernen Ofenteile aufgespritzten Emaille ohne Zweifel nicht unbeträchtliche Mengen von Blei vorhanden sind. Jedoch sind hier Bleierkrankungen noch nicht mit Bestimmtheit festgestellt. Ein 21 Jahre alter Arbeiter, der an Stuhlverstopfung litt, gab an, in einer Universitätsklinik mit negativem Erfolg auf Bleikrankheit untersucht zu sein. Bei einem anderen Arbeiter, der im Spritzraum ein Jahr lang an den Emaillieröfen beschäftigt gewesen war, hatte der Arzt gelegentlich einer etwa drei Wochen dauernden Erkrankung Bleiverdacht ausgesprochen und die Versetzung des Verdächtigen in eine andere Abteilung veranlaßt. Aus einem Betriebe, in dem Blechgegenstände mit sogenanntem Eisblumenlack überzogen werden, wurde Klage darüber geführt, daß der Spritzer unter starker Verschmutzung und Reizung der Nase und des Kehlkopfes zu leiden habe. Die Untersuchung ergab, daß der Exhaustor zum Absaugen des Dunstes unsachgemäß angebracht war und mangelhaft wirkte. Nach erfolgter Aenderung der Anlage sind keine Klagen wieder bekannt geworden. In einer Pianofortefabrik gaben die mit dem Aufspritzen von Cellonlack auf die Flügel- und Pianoteile beschäftigten Arbeiter an, daß sie bei Aufnahme der Arbeiten an Kopfschmerzen gelitten oder oft einen eingenommenen Kopf gehabt hätten. Auch über Augenbindehautentzündungen und eine gewisse Veeinträchtigung des Sehvermögens wurde geklagt. Sie erklärten aber, daß allmählich eine Gewöhnung eintrete und dann keine Belästigungen mehr empfunden würden. In einer optischen Fabrik, in der schwarzer, mit Terpentinersatz gelöster Lack in besonderen Spritzkästen auf Kamerateile aufgetragen wird, waren an einem Arbeitsstande im Sonnenlichte deutlich die nicht abgesogenen Farbtropfchen in der Luft schwebend zu sehen. Die an dem Stande beschäftigte Arbeiterin gab an, zuweilen wohl einmal ein trockenes Gefühl im Halse, sonst aber keine Beschwerden zu haben. Ernsthche Erkrankungen, welche auf die Anwendung des Spritzverfahrens zurückzuführen sind, sind mit Ausnahme der geschilderten Fälle von Bleierkrankungen nicht festzustellen gewesen. Selbst in der optischen Fabrik, in der bereits Arbeiter seit 17 Jahren ununterbrochen mit dem Aufspritzen von schwarzem Lack auf kleinere Messing- und Aluminiumteile beschäftigt werden, sind diese angeblich nur an Grippe, Gallenblasenentzündung und Furunkulose erkrankt gewesen. In einer Pianoforte-

fabrik ist vor etwa eineinhalb Jahren in der Spritzabteilung Feuer dadurch entstanden, daß angeblich ein Arbeiter ein brennendes Streichholz auf den Boden geworfen hat, wo dieses trockene Lackteile in Brand gesetzt haben soll. Durch den zur Absaugung der Lackdünste vorhandenen Erhaustor, dessen Leitung mit einem zweiten Spritzraum im darunter liegenden Stockwerk in Verbindung stand, ist das Feuer dann sehr bald in das nächste Stockwerk gelangt, so daß es größeren Umfang annehmen konnte und einen Teil der Fabrik völlig vernichtete. Die Untersuchung des damals benutzten Lacks und der Lösungsmittel hat ergeben, daß diese Azeton, Acetylacetat, Petroläther und Benzin enthalten haben und überaus leicht entflammbar waren. In der Fabrik sind die Spritzstände jetzt in feuersicher abgeschlossenen Räumen untergebracht. Weitere Brand- oder Explosionsfälle durch die beim Spritzverfahren verwendeten Stoffe sind nicht bekannt geworden. Handfeuerlöcher sind überall in den Räumen oder in ihrer Nähe vorhanden.

Eine besondere Vorbereitung des Untergrundes der zum Auftragen der Spritzfarben bestimmten Flächen erfolgt nur in einem Teile der Fabriken. In der Herdfabrik werden die Gußstücke, wie es auch schon bei dem Auftragen der Emaille von Hand üblich war, mit dem Sandstrahlgebläse gereinigt. Die Bleche werden mit verdünnter Salzsäure gebeizt. Ueber dem Beizkessel ist ein wirksamer Abzug zur Abführung der entstehenden Dämpfe vorhanden. Nach dem Beizen werden die Bleche in eine Nephalkalilauge getaucht und dann getrocknet. In der optischen Fabrik werden Messingteile mit Blaubeize behandelt. In anderen Werken werden die Metallteile vor dem Bespritzen lediglich mit Petroleum, Trichloräthylen, mit sogenanntem Benzanul und anderen Mitteln, in einem Emailliertwerk auch durch Erwärmung auf 700 Grad entfettet. Alte Farbüberzüge werden nur gelegentlich von Metallgegenständen durch Abstoßen in sogenannter Radikallösung, durch Abwaschen mit Seifensteinlösung oder ähnliche Mittel, von Holzflächen auch durch Abwaschen mit verdünntem Salmiakgeist oder mit Kalt- und Sodawasser entfernt. Die Spritzmassen werden meist gebrauchsfertig oder doch so bezogen, daß sie vor dem Auftragen lediglich verdünnt zu werden brauchen. In einigen Fabriken werden sie vor dem Verbrauch auf 20 bis 50 Grad, in einem Falle auch auf 70 Grad erwärmt, während in anderen Betrieben eine Erwärmung nicht vorgenommen wird. Soweit das Spritzverfahren nicht nur versuchsweise oder nur in seltenen Fällen zur Anwendung kommt, erfolgt das Aufspritzen der Farbstoffe auf kleinere Teile regelmäßig in besonderen Spritzkästen, die stets mit Absaugung versehen sind, auf große Flächen und Körper, wie in den Pianofortefabriken und der Lastkraftwagenfabrik in besonderen abgetrennten Räumen, in denen ebenfalls die Farben in der Richtung nach Fabrik und in einem Emailliertwerk tragen die Arbeiter bei den Spritzarbeiten Atemschützer, in ersterer auch den ganzen Körper bedeckende Arbeitsanzüge. In einer Blechwarenfabrik trägt der am Spritzstande

beschäftigte Arbeiter zum Schutze gegen Lackspritzer eine Gesichtsmaske mit Atemeinlaß. Das Trocknen der aufgetragenen Farben erfolgt bei den großen Gegenständen offen im Arbeitsraum, bei den kleineren Gegenständen, die mit Lack überzogen sind, meist in den bekannten Lackieröfen oder bei Holzteilen in Trockenkammern. Besondere Gesundheitsschädigungen sind auch bei der Vorbereitung des Untergrundes und beim Trocknen der Farben nicht beobachtet. Ueber die beim Entfetten von Metallteilen mit Trichloräthylen auftretenden, der Wirkung der Benzoldämpfe ähnlichen Belästigungen, ist bereits in früheren Jahren berichtet worden. Eine Wiedergewinnung der vom Erhaustor abgesogenen Farbteile erfolgt in keinem Betriebe. Anlagen, in denen Metallüberzüge mittels Spritzverfahrens hergestellt werden, sind im hiesigen Bezirk nicht vorhanden.

Die Wasch- und Badeeinrichtungen sowie die Garderobenräume und die Abortanlagen waren noch in vielen Betrieben unzulänglich, so daß ihre Vergrößerung oder Verbesserung gefordert werden mußte. Auch die ungünstige Lage oder der mangelhafte Zustand von Aufenthaltsräumen hat verschiedentlich Anlaß zu Beanstandungen gegeben. In einem großen Werke der Eisenindustrie wird jedem Arbeiter in der Woche eine halbe Stunde während der Arbeitszeit zum Baden freigestellt, ohne daß diese Zeit bei der Lohnberechnung in Abzug gebracht wird. In einer chemischen Fabrik hat ebenfalls die Vergünstigung bestanden, daß die Arbeiter während der Arbeitszeit baden durften. Diese ist jedoch jetzt aufgehoben, weil einige Arbeiter sich übermäßig lange Zeit zum Baden genommen haben und selbst beim Kartenspielen im Bade betroffen sind.

Eine Zuckerraffinerie, in der bislang die Arbeiter bei der Bedienung der Kristallisationspfanne ungewöhnlich hohen Temperaturen ausgesetzt waren, so daß sie nur mit einer Hose bekleidet waren, hat eine wesentliche Verbesserung geschaffen. Die Kristallisationspfannen sind jetzt in einzelne Kammern verlegt, die erst nach Beendigung des Kristallisationsprozesses und nach genügender Abkühlung zum Entleeren der Pfannen betreten werden. Die Beobachtung der Kristallbildung kann von der Außenseite der Kammern aus erfolgen.

III. Wirtschaftliche und sittliche Zustände.

Infolge der Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage im Laufe des letzten Jahres sind in fast allen Gewerbebezügen die Löhne der Arbeiter erhöht. U. a. sind die Stundenlöhne der in der Metallindustrie der Stadt Braunschweig beschäftigten Facharbeiter von 63,5 ₡ bei Beginn des Jahres bis Ende Oktober auf 78 ₡ , die Löhne der Arbeiterinnen in der gleichen Zeit von 30,5 auf 51 ₡ gestiegen. Die Löhne der Holzarbeiter in der Stadt Braunschweig betrugen bei Beginn des Jahres für Facharbeiter 91, für Hilfsarbeiter 82, für Hilfsarbeiterinnen 48 ₡ , sie sind bis zum 1. Oktober auf 98, 88 und 54 ₡ gestiegen.

Ueber die Beschäftigung deutscher Binnenwanderer und ausländischer Arbeiter in Gewerbe und Handel sind auf Veranlassung des Herrn Reichsarbeitsministers Ermittlungen angestellt. Die Erhebungen erstreckten sich auf Wanderarbeiter, die für eine begrenzte Zeitspanne, für eine Campagne oder eine Saison, außerhalb ihres ständigen Wohnortes gewerbliche Arbeit verrichten, wobei sie für die Dauer des Arbeitsverhältnisses am Betriebsorte oder in dessen Umgebung wohnen, und auf Pendelarbeiter, die außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt sind, aber im allgemeinen regelmäßig wenigstens am Wochenende ihre Familie aufzusuchen pflegen.

Ueber die Zahl der Wanderarbeiter, ihr Geschlecht und Alter sowie über die Gewerbebezüge, in denen sie beschäftigt zu werden pflegen, gibt folgende Zusammenstellung Auskunft:

Zahl und Art der Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiter			Zahl der Wanderarbeiter			
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	jugendl.	zus.
1 Steinbruch . . .	184	—	184	19	—	—	19
19 Ziegeleien . . .	865	38	903	244	8	2	254
8 Konservenfabr. .	86	877	963	5	349	9	363
21 Rohzuckerfabr. .	3038	174	3212	1051	83	—	1134
1 Zuckerraffinerie .	221	27	248	1	—	—	1
1 Baugeschäft . . .	255	—	255	103	—	9	112

Eine große Zahl anderer Betriebe hat die Frage, ob Wanderarbeiter beschäftigt würden, verneint. Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß männliche Wanderarbeiter vor allem in Ziegeleien und Zuckerraffinerien, weibliche Wanderarbeiter überwiegend in Konservenfabriken beschäftigt werden. Die in dem Steinbruche beschäftigten fremden Arbeiter stammten sämtlich aus Schlesien und blieben sowohl im Sommer wie im Winter an ihrer Arbeitsstelle. Die in den Ziegeleien beschäftigten Wanderarbeiter haben als Heimat überwiegend das Eichsfeld, etwa zu einem Drittel Lippe-Dehmold und in geringerer Zahl Schlesien, Thüringen und Westfalen, angegeben. Die Heimatsorte der in den Zuckerraffinerien beschäftigten Wanderarbeiter lagen ebenfalls überwiegend im Eichsfelde und in Thüringen, zu einem beträchtlichen Teile auch im Regierungsbezirke Kassel und in Schlesien, in geringerem Umfange in Westpreußen (Straduhner), in der Provinz Brandenburg, in einzelnen Fällen in Bayern, im Kreise Hameln und am Südrhede. Die Arbeiter der Konservenfabriken stammten größtenteils aus Schlesien, Westfalen, dem Eichsfelde und Thüringen sowie aus Hessen, zu

einem geringeren Teile auch aus Pommern und in wenigen Fällen vom Südharze und aus Mittelfranken. Die bei dem Baugeschäfte tätigen Wanderarbeiter waren im Eichsfelde und im Harze zu Hause. Meist werden die Wanderarbeiter als angelernte und ungelernete Arbeiter beschäftigt. Die Ziegeleiarbeiter sind oft als Brenner oder Ofenleute tätig, die bei dem Baugeschäfte eingestellten Wanderarbeiter waren sämtlich gelernte Maurer. In den Ziegeleien, den Zuckerrfabriken und Konservenfabriken werden die Wanderarbeiter ausschließlich während der Dauer der Kampagne beschäftigt. Ein Teil der im Sommer in den Ziegeleien tätigen Arbeiter geht im Herbst auch in die Zuckerrfabriken. Die Bauarbeiter werden während der Bauaison, d. h. solange das Wetter die Ausföhrung von Bauarbeiten zuläßt, beschäftigt. Die Wanderarbeiter sind bis auf die Bauarbeiter und die in einer Ziegelei bei der Stadt Braunschweig beschäftigten Leute, die in Privatquartieren wohnen, sämtlich in den Werken gehörenden Kasernen untergebracht. Ihre Verpflegung erfolgt vielfach durch wertseitig gelieferte Speisen oder durch Kantinen und Küchen, die von den Betriebsleitungen unterstützt werden. In den Ziegeleien ist teilweise auch noch die Verpflegung in sogenannter Kommunion üblich. Die Entlohnung erfolgt jetzt wohl überwiegend im Stunden- oder Akkordlohn. Nur in einigen Zuckerrfabriken ist für Arbeiten auf dem Zuckerboden noch eine Art von Gruppenakkordlohn üblich.

Pendelarbeiter sind in weit geringerer Zahl als Wanderarbeiter ermittelt, wie aus folgender Zusammenstellung hervorgeht:

Zahl und Art der Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiter			Zahl der Pendelarbeiter				
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	jugendl.	zus.	
2 Steinbrüche . . .	150	—	150	36	—	—	36	
2 Ralkwerke	459	—	459	158	—	—	158	
2 Ziegeleien	119	2	121	6	—	—	6	
1 Gipsdielenfabrik .	3	—	3	3	—	—	3	
1 Fahrradfabrik . .	198	11	209	5	—	—	5	
1 Zementwarenfabr.	39	—	39	3	—	—	3	
1 Ristenfabrik . . .	103	1	104	43	—	—	43	
1 Konservenfabrik .	10	108	118	—	2	—	2	
5 Zuckerrfabriken . .	658	36	694	44	—	—	44	
3 Baugeschäfte . . .	787	—	787	220	—	2	222	

Meist wohnen die Pendelarbeiter in Orten, welche in der Nachbarschaft ihrer Arbeitsstelle liegen, aber entweder infolge fehlender Bahnverbindung nur nach mehrstündigem Fußweg oder erst nach mehrstündiger Bahnfahrt erreicht werden können. Unter ihnen sind sowohl Facharbeiter wie auch ungelernte Arbeiter vorhanden. Die Pendelarbeiter waren ebenso wie die Wanderarbeiter in überwiegender Zahl in werkeigenen Kavernen oder sonstigen Räumen untergebracht. Nur in der Fahrradfabrik und in den Baugeschäften haben die Arbeiter selbst für Wohngelegenheit sorgen müssen. Die Dauer der Beschäftigung ist bis auf diejenige der in den Kampagnebetrieben beschäftigten Arbeiter meist unbeschränkt. Die Entlohnung der Pendelarbeiter unterscheidet sich nicht von der des ortsanfässigen Teiles der Belegschaften.

Die Zahl der ermittelten ausländischen Arbeiter geht aus folgender Aufstellung hervor:

Zahl und Art der Betriebe	Zahl der beschäftigten Arbeiter			Zahl der ausländischen Arbeiter				Befreiungschein	Legitimationskarte
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	jungenbl.	zus.		
3 Steinbrüche	698	—	698	135	—	—	135	19	116
3 Ziegeleien	233		233	6	1	—	7	5	2
1 Porzellanfabrik . . .	212	135	347	7	13	—	20	6	14
2 Eisengießereien	899	22	921	5	—	—	5	1	4
1 Maschinenfabrik . . .	412	—	412	1	—	—	1	1	—
2 Textilfabriken . .	356	1094	1450	26	114	4	144	118	26
1 Pappenfabrik . . .	48	11	59	1	—	—	1	—	1
1 Holzwarenfabrik	23	—	23	1	—	—	1	?	?
2 Baugeschäfte . . .	684	—	684	2	—	—	2	1	1
Zusammen 16 Betriebe				184	128	4	316		

Von den Ausländern hatten drei in der Porzellanfabrik sowie die in der Holzwarenfabrik und in den Baugeschäften beschäftigten Arbeiter ein Handwerk erlernt. Die übrigen Ausländer waren sämtlich als an-

gelernte oder ungelernte Arbeiter tätig. In den Steinbrüchen stammten die meisten Ausländer aus Polen, je 2 aus Galizien und aus Rußland, je einer aus der Ukraine, der Tschechoslowakei, Montenegro und Marokko. Die Ziegeleiarbeiter waren ebenfalls in der Mehrzahl aus Polen, je einer aus der Ukraine und aus Rußland gebürtig. In der Porzellanfabrik waren 17 Polen, 2 Finnländer und ein Schweizer beschäftigt. Von den Textilarbeitern waren 30 in Polen, 101 in der Tschechoslowakei und 4 in Oesterreich beheimatet. Die Heimatsorte der übrigen Ausländer lagen in Polen, in Rußland und in der Ukraine, in der Pappenfabrik und in der Holzwarenfabrik war je ein ehemaliger französischer Kriegsgefangener beschäftigt; einer von diesen hatte sich hier mit einer deutschen Frau verheiratet und der andere hatte die gleiche Absicht. Die Dauer der Beschäftigung der ausländischen Arbeiter war in keinem Betriebe auf bestimmte Zeit beschränkt. Als Unterkunft dienten in den Steinbrüchen werkseigene Kasernen, in den übrigen Betrieben hatten die Ausländer fast sämtlich selbst für ihre Unterkunft zu sorgen. Ihre Entlohnung war von derjenigen der einheimischen Arbeiter nicht verschieden.

Ausländische Angestellte sind nicht ermittelt worden.

Ende des Jahres 1926 hat die im Bezirke befindliche Porzellanfabrik in einem Neubau für ihre nicht ortsansässigen Arbeiterinnen ein Mädchenheim errichtet, in dem 22 Personen untergebracht werden können. Jedes Schlafzimmer enthält zwei bis drei Betten nebst den sonst nötigen Einrichtungsgegenständen, ein Zimmer ist mit vier Betten ausgestattet, da es von vier Schwestern bewohnt wird. Im Erdgeschoße befinden sich ein großes Wohnzimmer und ein ebensolches Esszimmer. Die Gemeindefrau wohnt ebenfalls in dem Heime und nimmt an den gemeinsamen Mahlzeiten teil. Zur Beforgung der Hausarbeiten sind eine Köchin und ein Hausmädchen vorhanden. Die Bewohner erhalten volle Verpflegung und bezahlen für diese und die Unterkunft wöchentlich 8 RM. Die Ausgaben für das Heim haben die Einnahmen im ersten Vierteljahr bereits um 700 RM. übertroffen, die von der Fabrik gedeckt sind.

In einer Ziegelei kamen die Frauen von zwei Arbeitern während mehrerer Wochen zu ihren Männern zu Besuch, die eine von ihnen mit einem Säugling. Die Ehepaare blieben mit einem dritten unverheirateten Arbeiter zusammen in einem Raume wohnen, obwohl der Betriebsleiter den Ehepaaren einwandfreie besondere Räume zur Verfügung gestellt hatte.

Einwandfreie Verbandzeugkästen sind im allgemeinen nur in großen und mittleren Betrieben vorhanden. In vielen kleinen Betrieben fehlt es dagegen oft noch an den nötigsten Vorräten. Viele Inhaber kleiner Betriebe und auch viele Arbeiter haben oft noch recht rückständige Ansichten über Wundbehandlung. Der Inhaber einer ländlichen Schmiede zeigte einen Kasten vor, in dem sich neben anderen Gegenständen auch ein großes Glasgefäß mit einer großen Zahl von Sublimat-

pastillen befand, die er angeblich als Soldat beim Rückzuge aus Polen im Jahre 1918 gerettet hatte. Ein Sanitäter eines größeren Werkes erklärte einem Beamten, daß er ohne das von den Ärzten nicht mehr gewünschte Auswaschen der Wunden nicht auskommen könnte, da die meisten Arbeiter darin noch die Vorbedingung einer ordnungsmäßigen Wundbehandlung sähen, und daß er das Vertrauen der Arbeiter verlieren würde, wenn er dieser Ansicht nicht Rechnung trüge. Es ist daher wünschenswert, daß möglichst viele Arbeiter an ärztlichen Kursen über die erste Hilfe bei Unglücksfällen teilnehmen und Samaritervereinen beitreten, um die Kenntnis der neuzeitlichen Wundbehandlung in möglichst weite Kreise zu tragen.

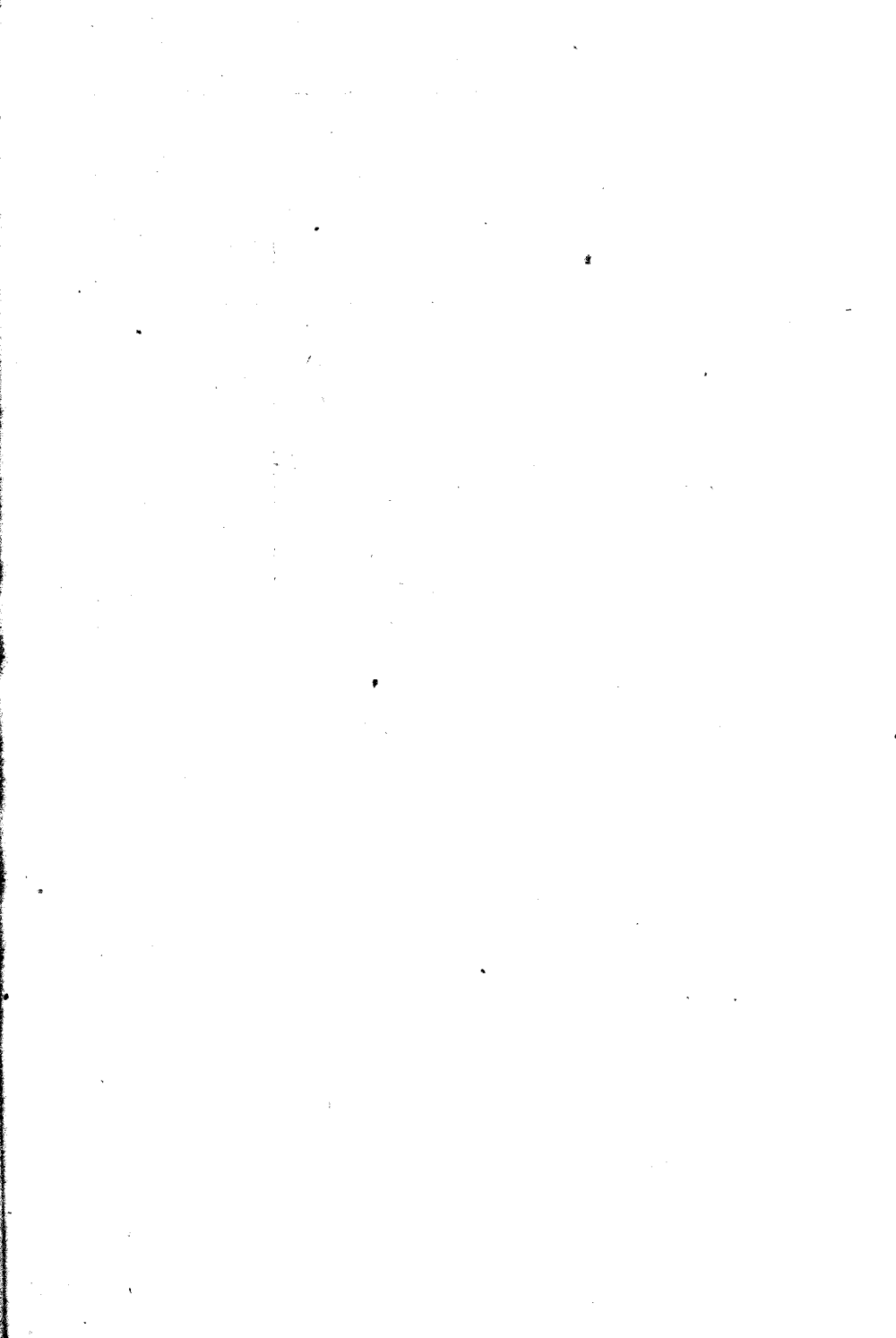
In der Zuckerindustrie ist mit Hilfe der Zuckerberufsgenossenschaft eine Pensionskasse für die Fabrikangestellten errichtet. Die meisten der hiesigen Zuckerfabriken zahlen bereits Beiträge für ihre Betriebsleiter und andere Angestellte. Der Pensionsanspruch erlischt jedoch, wenn ein Angestellter vor dem Erreichen der Altersgrenze durch Kündigung seine Stelle verliert.

Braunschweig, den 29. Februar 1928.

Gewerbeaufsichtsamt.

Gerloff,

Landesgewerbeberat.



Zahl und Art der Betriebe, auf die sich die Ermittlungen erstreckt haben	Zahl der			
	insgesamt		verheiratet	
	ständig	während der Saison	ständig	während der Saison
2 Ziegeleien	21	—	—	—
1 Porzellanfabrik	135	—	27	—
2 Glashütten	118	—	22	—
1 Metallwarenfabrik	20	60	5	5
2 Blechwarenfabriken ohne Saison	524	—	161	—
8 „ mit Saisonarbeit	1113	1541	333	559
1 Maschinenfabrik	45	—	9	—
5 andere Betriebe der Metallindustrie	346	—	74	—
1 Sprengstofffabrik	35	—	16	—
1 Stearinkerzenfabrik	98	165	32	68
1 Wollspinnerei	365	—	189	—
1 Baumwollweberei und Färberei	152	—	3	—
2 Betriebe der Bastfaserindustrie	1085	—	461	—
1 Gummimantelfabrik	33	56	4	14
1 Papierwarenfabrik	33	—	9	—
1 Kartonagenfabrik	34	—	4	—
7 Pappenfabriken	52	—	6	—
2 Tütenfabriken	161	—	40	—
4 Druckereien	217	—	27	—
3 Holzwarenfabriken	42	—	13	—
1 Holzwarenfabrik mit Saison	7	13	2	4
1 Korkenfabrik	41	—	6	—
2 Zuckerraffinerien	22	106	4	27
4 Schokoladen- u. Zuckerwarenfabriken	201	265	44	58
1 Wurstwarenfabrik	16	—	2	—
43 Konservenfabriken	381	4680	199	2839
1 Brauerei	20	27	7	10
1 Sauerbrunnenfabrik	6	20	—	6
2 Zigarrenfabriken	45	—	18	—
4 Wäſſchfabriken	355	—	48	—
1 Großhandelsbetrieb	11	—	2	—
1 Briefmarkenhandlung	—	—	—	—
1 Kaffeerösterei u. Kaffeeversandgeschäft	32	—	8	—
1 Kaufhaus	—	—	—	—
3 sonstige Kleinhandelsbetriebe	171	—	22	—
2 Bankgeschäfte	—	—	—	—

Arbeiterinnen						Zahl der Angestellten — ständig —				
verwitwet		geschieden		ledig		insgesamt	verheiratet	verwitwet	geschieden	ledig
stän- dig	wäh- rend der Saison	stän- dig	wäh- rend der Saison	stän- dig	wäh- rend der Saison					
—	—	—	—	21	—	2	—	—	—	2
1	—	4	—	103	—	4	—	—	—	4
8	—	—	—	88	—	10	1	—	—	9
2	2	3	3	10	50	3	1	—	—	2
23	—	17	—	323	—	68	3	—	1	64
93	110	41	47	646	825					
13	—	4	—	19	—	84	—	6	1	77
35	—	5	—	232	—	142	6	5	1	130
2	—	—	—	17	—	1	—	—	—	1
10	14	1	3	55	80	5	—	—	—	5
38	—	19	—	119	—	8	—	—	—	8
12	—	2	—	135	—	10	2	—	—	8
114	—	27	—	483	—	4	—	—	—	4
2	2	2	2	25	38	5	—	—	—	5
—	—	1	—	23	—	2	—	—	—	2
—	—	—	—	30	—	2	—	—	—	2
6	—	3	—	37	—	3	—	—	—	3
1	—	5	—	115	—	6	—	—	—	6
9	—	5	—	176	—	46	3	2	—	41
4	—	1	—	24	—	3	—	—	—	3
—	—	1	1	4	8	3	—	—	—	3
2	—	1	—	32	—	2	—	—	—	2
10	23	1	10	7	46	6	—	1	—	5
10	10	4	4	143	193	35	5	1	1	28
1	—	2	—	11	—	5	—	—	—	5
77	489	4	36	101	1316	97	7	2	3	85
4	5	2	2	7	10	9	—	—	1	8
—	—	—	—	6	14	1	—	—	—	1
3	—	—	—	24	—	1	—	—	—	1
6	—	5	—	296	—	68	2	3	—	63
—	—	—	—	9	—	45	—	4	—	41
—	—	—	—	—	—	23	6	1	—	16
3	—	4	—	17	—	14	3	—	—	11
—	—	—	—	—	—	45	2	—	3	40
4	—	8	—	137	—	300	38	6	7	249
—	—	—	—	—	—	13	—	—	—	13

Besichtigung gewerblicher Anlagen

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Gesamtzahl der Be- sichtigungen	Darunter Besichtigungen	
			in der Nacht	an Sonn- und Festtagen
1	2	3	4	5
I	Gärtnerei und Tierzucht (mit Aus- nahme der Landwirtschaft) . . .	6	—	—
II	Hochseefischerei . . .	—	—	—
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei . . .	7	3	—
IV	Industrie der Steine und Erden . .	323	3	1
V	Eisen- und Metallgewinnung . . .	39	3	—
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren . . .	615	8	—
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahrzeug- bau . . .	232	1	4
VIII	Elektrotechnische Industrie, Fein- mechanik und Optik . . .	47	1	—
IX	Chemische Industrie . . .	60	3	1
X	Textilindustrie . . .	41	—	—
XI	Papierindustrie u. Vielfältigungs- gewerbe . . .	118	2	1
XII	Leder- u. Linoleumindustrie . . .	12	1	—
XIII	Kautschukindustrie und Asbestindustrie . .	14	1	—
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe . . .	777	6	6
XV	Musikinstrumenten- und Spielwaren- industrie . . .	6	—	—
XVI	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe . .	2348	171	125
XVII	Bekleidungs- und Textilgewerbe . . .	514	1	4
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Bauneben- gewerbe) . . .	187	1	1
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsge- winnung und -versorgung . . .	40	—	1
XX	Handelsgewerbe . . .	553	14	6
XXI	Versicherungswesen . . .	2	—	—
XXII	Verkehrswesen . . .	13	—	—
XXIII	Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe . .	146	—	—
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schau- stellungsgewerbe, einschl. Filmauf- nahmen . . .	3	—	—
XXV	Gewerblicher Unterricht . . .	—	—	—
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Ge- werbe . . .	11	1	1
	Sonstiges . . .	12	—	—
Zusammen:		6126	220	151

Tafel I.

und Unfalluntersuchungen.

Zahl der einmal zweimal drei- oder besichtigten Anlagen			Unfall- unter- suchungen	Bemerkungen
6	7	8	9	10
6	—	—	—	
—	—	—	—	
2	1	1	—	
216	41	8	6	
20	2	4	34	
475	43	15	43	
131	33	10	69	
36	3	1	12	
34	6	4	16	
16	7	3	8	
98	10	—	9	
12	—	—	—	
7	2	1	—	
709	31	2	17	
6	—	—	7	
1569	234	90	27	
420	36	6	—	
152	16	1	3	
33	2	1	4	
476	26	6	3	
2	—	—	—	
7	3	—	—	
60	43	—	—	
3	—	—	—	
—	—	—	—	
11	—	—	—	
10	1	—	—	
4511	540	153	258	

Zahl der Arbeitnehmer in den großen Betrieben (mit 50

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugek. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
I	Gärtnererei und Tierzucht										
	1. Gärtnerei (mit Ausnahme der Landwirtschaft)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Nichtlandwirtschaftliche Tierzucht (einschl. Bienen- zucht)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II	Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei										
	1. Gewinnung v. Steinkohlen, Steinkohlenbriketts u. Koks	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Gewinnung v. Braunkohlen u. Braunkohlenbriketts	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3. Gewinnung von Erzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4. Salzbergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	5. Salinenwesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6. Gewinnung von Erdöl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7. Gewinnung und Verarbeit- ung von Bernstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8. Torfgräberei und Torf- aufbereitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9. Gewinnung von Graphit, Asphalt u. bitum. Gesteinen	2	—	412	1	—	1	—	—	414	—
IV	Industrie der Steine u. Erden										
	1/2. Gewinnung u. grobe Bear- beitung v. natürl. Gesteinen (einschl. Ausmineralien)	9	1	1220	11	—	1	—	—	1232	75
	3. Feine Steinbearbeitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4. Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	5. Kalk-, Gips-, Zugs- und Zementindustrie	11	5	874	12	—	—	—	—	886	332
	6. Betonwaren- und Beton- werksteinindustrie	1	—	60	—	—	—	—	—	60	—
	7. Ziegelindustrie und Her- stellung sonstiger künstlicher Mauersteine	11	3	751	11	—	73	2	—	837	194
	8/9. Grobkeramische Industrie (soweit nicht unter 7)	1	1	59	2	—	2	—	—	63	63
	10. Feinkeramische Industrie	2	—	276	11	—	192	16	—	495	—
	11. Glasindustrie (ausg. Her- stellung von Instrumenten und Spielwaren aus Glas)	6	1	493	28	—	37	5	—	563	52

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

und mehr Arbeitnehmern). Besichtigungen dieser Betriebe.

Tafel II A.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					Arbeitnehmer insgesamt
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben *					männlich	weiblich	männlich	weiblich		
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
16	1	—	—	—	—	17	—	431	—	4	2	413	1	17	—	431	
32	—	—	3	—	—	35	1	1267	76	11	9	1231	1	32	3	1267	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
51	—	—	8	—	—	59	34	945	366	15	11	886	—	51	8	945	
2	—	—	—	—	—	2	—	62	—	1	1	60	—	2	—	62	
35	1	—	6	—	—	42	10	879	204	17	11	762	75	36	6	879	
5	1	—	—	—	—	6	6	69	69	1	1	61	2	6	—	69	
37	—	—	4	1	—	42	—	537	—	2	2	287	208	37	5	537	
23	—	—	1	1	—	25	2	588	54	7	6	521	42	23	2	588	

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulanfängere unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulanfängere unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
V	Eisen- und Metallgewinnung										
	1. Großeisenindustrie	1	—	176	—	—	2	—	—	178	—
	2. Metallhütten und Metall- halbzeugwerke (einschließ- lich Metallgießereien)	5	—	1751	27	—	18	—	—	1796	—
	3. Eisen-, Stahl- u. Temper- gießereien (soweit nicht unter V, 1)	5	1	1339	30	—	14	—	—	1383	85
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren										
	1/2. Herstellung von Eisen- und Stahlwaren	13	2	1217	37	—	1928	13	—	3195	101
	3. Herstellung von Metall- waren (ausgen. Eisen- und Stahlwaren)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4. Schmiederei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	5. Schlosserei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6. Klempnerei, Gas- u. Wasser- installationsgewerbe . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau										
	1/2. Maschinenbau (auch mit Gießerei)	20	3	5432	296	—	151	1	—	5880	215
	3. Kessel- und Apparatebau (auch mit Gießerei)	4	1	1535	28	—	35	4	—	1602	41
	4. Eisenbau (Eisenkonstru- tion)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	5. Schiffbau (einschl. Schiffs- kesselbau) und Abwrackbe- triebe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6. Bau von Land- und Luft- fahrzeugen	6	2	2677	96	—	93	13	—	2879	140
	7. Eisenbahnwagenbau . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VIII	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik										
	1. Elektrotechnische Industrie	2	1	142	1	—	33	4	—	180	99
	2. Feinmechanische u. optische Industrie	3	—	357	14	—	307	2	—	680	—
IX	Chemische Industrie										
	1/2. Chemische Großindustrie, soweit nicht besonders ge- nannt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen*	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betriebe*
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	3. Stickstoff- und Karbidindu- strie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4/6. Destillation von Stein- kohlenteer, Braunkohlen- teer, Oelschiefer, Holz, Torf und Mineralöl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7. Teerfarbenindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8/9. Herstellung von Farben und Farbwaren (ausgen. Teerfarben)	4	—	727	4	—	23	—	—	754	—
	10. Kunstdüngerindustrie (so- weit nicht unter 3) einschl. Kadaververarbeitung und Fäkalienverwertung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	11. Industrie der Spreng- und Zündstoffe, Feuerwerks- körper und Zündwaren	1	—	28	—	—	48	—	—	76	—
	12/16. Industrie chemisch-techni- scher Artikel, der äthe- rischen Öle u. Klebstoffe, Herstellung v. kosmetischen Präparaten, chemisch-phar- mazentische und photo- chemische Industrie	2	—	101	—	—	17	—	—	118	—
	17/18. Leim- und Gelatine- industrie, Harz-, Kitt-, Fir- nis- und Lackindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	19/21. Seifenindustrie, Stea- rin-, Wachs- und Kerzen- industrie	3	1	94	2	—	221	—	—	317	42
	22. Herstellung von Zellhorn-, Galalith und ähnlichen Stoffen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	23. Dachpappenindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	24. Industrie der verdichteten Gase	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	25. Stiefelstrumpfindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
X	Textilindustrie										
	1. Herstellung von Kunstseide	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Seidenindustrie (einschließ- lich Verarbeitung von reiner Kunstseide)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3. Wollindustrie	1	—	101	4	—	519	2	—	626	—
	4. Baumwollindustrie	2	—	386	20	—	1033	61	1	1451	—
	5. Wastfaserindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen									
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	im Bereich der neu hinzugef. Betriebe*	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					Arbeiter	Angeestellte	Arbeitnehmer insgesamt
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	sonstige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	sonstige unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben*					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich		
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
79	4	—	2	—	—	85	—	839	—	7	4	731	23	83	2	839			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	—	—	1	—	—	5	—	81	—	1	1	28	48	4	1	81			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
36	—	—	4	—	—	40	—	158	—	4	2	101	17	36	4	158			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
42	2	—	10	—	—	54	18	371	60	3	3	96	221	44	10	371			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
36	—	—	8	—	—	44	—	670	—	4	1	105	521	38	8	670			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
56	—	—	4	—	—	60	—	1511	—	4	2	356	1095	56	4	1511			

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	6. Teppich- und Möbelfab- rikation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7. Posamentenherstellung, Bandweberei, -wirkeri und -flechterei, Gummihweberei, -strickeri und -wirkeri	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8. Wirkeri und Strickeri	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9. Gardinenherstellung, Spitzen- und Tüllweberei, Häutelei und Stickeri	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	10. Textilveredelung und -aus- rüstung	1	—	380	—	—	182	—	—	562	—
	11. Herstellung von Seilen, Netzen, Bindfaden u. Tex- tilriemen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	12. Rohhaarverarbeitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	13. Filzherstellung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14. Wachs- und Ledertuch- industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	15. Lumpenreiß- und -sortier- anstalten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	16. Andere Zweige der Textil- industrie (Papier Textilien, Typha u. dergl.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XI	Papierindustrie und Viel- fältigungsgewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1. Papiererzeugung	6	1	393	11	—	39	—	—	443	50
	2. Papierveredelung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3. Papierverarbeitung	4	3	79	3	—	347	2	—	431	171
	4. Tapetenindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	5/6. Vielfältigungsgewerbe, auch soweit mit Verlag verbunden	8	1	711	28	—	338	1	—	1078	44
	7. Photographisches Gewerbe (ausschl. Filmaufnahme)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII	Leder- und Kollodiumindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1. Herstellung von Leder	1	—	116	3	—	12	—	—	131	—
	2/3. Herstellung von Ledertreib- riemen u. technischen Leder- artikeln, sowie Sattler- waren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4/5. Herstellung von Kunst- leder, Kollodium und Kollod- ium	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jahre	hinzutretende unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahre	hinzutretende unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzuge- tretenen Betrieben
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XIII	Kautschukindustrie und Asbest- industrie										
	1. Herstellung von Kautschuk-, Guttapercha- und Balata- waren	1	—	74	—	—	51	—	—	125	—
	2. Herstellung v. Asbestwaren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe										
	1. Säge- und Furnierwerke einschl. Holztränkanstalten	8	4	514	17	—	14	2	—	547	234
	2. Herstellung v. Holzbauten, Bautellen u. Möbeln (einschl. schlechtlich Modellstschlerei)	4	3	225	2	—	62	1	—	290	222
	3/4. Herstellung von Holzwaren (einschl. Verpackungsmittel aus Holz)	5	—	954	47	—	31	—	—	1032	—
	5. Stellmacherei und Holz- wagenbau (einschl. Kar- rosserie- u. Kinderwagen- bau)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6/7. Herstellung von Turn- und Sportgeräten (auch Sport- und Ruderbooten) und von Stöcken, Schirmen und Peitschen	1	—	102	2	—	1	—	—	105	—
	8. Herstellung v. Blei- u. Farb- stiften (auch Federhaltern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9/10. Herstellung v. Kämmen u. Haarschmuck von Bernstein-, Elfenbein-, Meerscham-, Horn-, Bein-, Perlmutter- waren und Waren aus ähnlichen Stoffen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	11. Herstellung von Geflechsen aus Holz, Stroh, Bast, Rohr, Weiden u. Binjen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	12. Vorstenverarbeitung und Herstellung von Bürsten, Besen und Pinseln (auch Bürstendölzern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	13. Veredelung von Holz- und Schnitzwaren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14/15. Korfschneidererei und Her- stellung von Holz- und Korfmehl	1	—	17	2	—	50	22	—	91	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		über- haupt	in den in Berichtsjahr neu hin- zugef. Betrieben*	Zahl der Beschäftig- ungen	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben*					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich		25
14	—	—	5	—	—	19	—	144	—	1	1	74	51	14	5	144	
36	1	—	9	—	—	46	18	593	252	10	7	489	15	32	6	542	
17	—	—	9	1	—	27	16	317	233	5	4	227	63	17	10	317	
55	—	—	6	—	—	61	—	1093	—	6	5	1001	31	55	6	1093	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
15	—	—	15	—	—	30	—	135	—	1	1	104	1	15	15	135	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
9	—	—	2	—	—	11	—	102	—	1	1	19	72	9	2	102	

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter in Betrieben, die neu hinzugekommen	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. in Betrieben, die neu hin- zugek. Betrieben
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XV	Musikinstrumenten und Spiel- warenindustrie										
	1. Herstellung von Musik- instrumenten	2	—	792	13	—	51	—	—	856	—
	2. Herstellung v. Spielwaren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVI	Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe										
	1. Mühlenindustrie	1	—	98	3	—	—	—	—	101	—
	2/3. Bäckerei und Backwaren- industrie sowie Teigwaren- industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4. Zuckerindustrie	25	1	3690	4	—	239	—	—	3933	55
	5. Kakao-, Schokoladen-, Zuckerwaren- und Konfi- turenindustrie	4	1	82	1	—	345	—	—	428	49
	6. Fleischerei	2	—	90	1	—	9	—	—	100	—
	7. Fischindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8. Molkerei, Butter- u. Käse- herstellung	1	—	64	1	—	2	1	—	68	—
	9. Herstellung v. pflanzlichen Ölen und Fetten, Marga- rine und Kunstbutterfett	1	—	64	1	—	4	—	—	69	—
	10. Herstellung v. Obst- u. Ge- müsekonserv. (einschl. Mar- melade und Konfitüre)	47	11	655	3	—	5097	11	—	5766	847
	11. Stärkeindustrie u. Herstel- lung v. Erfrischungsmitteln, Dörrgemüse u. dgl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	12. Kaffeerösterei und Kaffee- Erfrischherstellung	2	—	30	—	—	41	—	—	71	—
	13. Mälzerei und Brauerei	4	1	363	—	—	55	—	—	418	49
	14. Herstellung von Wein, Branntwein, Mineral- wasser u. dgl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	15. Tabakindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVII	Bekleidungsindustrie										
	1. Kleider- u. Wäscheherstel- lung und sonstige Näheri	6	—	173	1	—	409	13	—	596	—
	2. Kürschnerei und Rauch- warenzurichtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3/5. Hütenmacheri, Hut- macheri (einschl. Strohhut- macheri) und Strohstoffher- stellung sowie Putzmacheri u. Herstellung v. Hutformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Streichung der 50-Be-
teilnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmers		Betriebsbeschäftigungen						
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den in der Betriebsjahr neu hinzugef. Betrieben *	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Betriebsjahr neu hinzugef. Betrieben *					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt
männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich					männlich	weiblich	männlich	weiblich	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25
82	—	—	23	—	—	105	—	961	—	2	2	805	51	82	23	961
17	—	—	3	—	—	20	—	121	—	2	1	101	—	17	3	121
292	—	—	26	—	—	318	3	4251	58	25	25	3694	239	292	26	4251
31	1	—	21	—	—	53	6	481	55	6	4	83	345	32	21	481
39	—	—	6	—	—	45	—	145	—	8	2	91	9	39	6	145
6	—	—	4	—	—	10	—	78	—	1	1	65	3	6	4	78
17	—	—	8	—	—	25	—	94	—	1	1	65	4	17	8	94
256	6	—	114	6	—	382	54	6148	901	103	47	658	5108	262	120	6148
75	—	—	25	—	—	100	—	171	—	4	2	30	41	75	25	171
63	—	—	13	—	—	76	4	494	53	6	4	363	55	63	13	494
175	8	—	132	4	—	319	—	915	—	13	6	174	422	183	136	915

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen*	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugek. Betrieben**
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	6. Herstellung von künstlichen Blumen u. Früchten, Putzfedern und Perlenkränzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7/8. Herstellung von Korsetten und Leibbinden sowie von Kravatten, Gürteln, Hosenträgern u. Strumpfhaltern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9. Handschuhmacherei (ausgen. Stoffhandschuhindustrie)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	10. Schuhmacherei und Schuhindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	11. Zurichtung u. Aufbereitung v. Bettfedern u. Pflanzendäcken (Kapot)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	12. Perückenmacherei u. Menschenhaarverarbeitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	13. Reinigung und Wiederaufarbeitung von Textil-erzeugnissen	1	—	6	—	—	46	—	—	52	—
XVIII	Baugewerbe (einschließlich der Baunebengewerbe)										
	1. Bauingenieur-, Architektur- und Vermessungsbureaus	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Bauunternehmungen und Bauhandwerk **	5	2	498	30	—	—	—	—	528	115
	3. Baunebengewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4. Schornsteinfegergewerbe u. Reinigung von Gebäuden und Wohnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIX	Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung und -versorgung										
	1. Wassergewinnung u. -versorgung	1	—	81	—	—	—	—	—	81	—
	2. Gasgewinnung und -versorgung	2	1	114	3	—	1	—	—	118	39
	3. Elektrizitätsgewinnung u. -versorgung	4	2	283	11	—	6	—	—	300	132
	4. Fernheizwerke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XX	Handelsgewerbe										
	1. Großhandel, Ein- u. Ausfuhrhandel (ausgen. Buch- und Tabakhandel)	3	2	118	3	—	34	—	—	155	82

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufgenommen waren.

**) Hier sind in diesem Jahre nur die Betriebe gezählt, die nach § 154 der S. O. unter die ständige Aufsicht der Gewerbeaufsichtsbeamten fallen. Betriebe, welche Arbeiter lediglich an wechselnden Plätzen beschäftigen, sind unberücksichtigt geblieben.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen									
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Vergleich neu hinzugek. Betrieben *	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte							
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Vergleich neu hinzugek. Betrieben *					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt		männlich	weiblich
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	—	—	3	—	—	4	—	56	—	1	1	6	46	1	3	56			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	—	—	3	—	—	15	2	543	117	3	3	442	—	13	4	459			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1	—	—	1	—	82	—	1	1	81	—	—	1	82			
30	—	—	—	—	—	30	24	148	63	2	2	117	1	30	—	148			
180	—	—	43	—	—	223	48	523	180	6	4	294	6	180	43	523			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
313	3	—	97	1	—	414	112	569	194	4	3	121	34	316	98	569			

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	2. Einzelhandel (ausgenomm. Buch- und Tabakhandel)	8	2	154	—	—	216	12	—	382	84
	3/4. Verlagsgewerbe, Buch- handel (a. m. Kunsthandel)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	5. Handel mit Tabak und Tabakwaren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6/7. Bank- und Börsenwesen (einschl. des Immobilien- handels)	2	—	22	—	—	—	—	—	22	—
	8/14. Sonstige Zweige des Handelsgewerbes	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXI	Versicherungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXII	Verkehrswesen	2	—	52	—	—	—	—	—	52	—
XXIII	Gast- und Schankwirtschafts- gewerbe	7	2	221	9	—	201	—	—	431	93
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schaufstellungsgewerbe, ein- schließlich Filmaufnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXV	Gewerblicher Unterricht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXVI	Gesundheitswesen und hygieni- sche Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1/2. Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, off. Kran- kenpflege u. Rettungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3. Bade- u. Schwimmanstalten und Massage	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4. Barbiergewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	5. Veterinärwesen und Ab- schlachtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6/9. Apotheken, Desinfektions- anstalten und Schädlings- bekämpfung, Straßenreini- gung, Kanalisation, Müll- abfuhr und Bedürfnisan- stalten, Leichen- und Be- stattungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen		285	59	31373	834	—	12631	188	1	45027	3705

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 50-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II A aufzunehmen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben *	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben *					Arbeiter	Angestellte	Arbeiter insgesamt			
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
287	12	—	599	61	—	959	212	1341	296	17	7	142	227	266	610	1245	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
128	—	—	34	—	—	162	—	184	—	2	2	22	—	128	34	184	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
52	—	—	38	—	—	90	—	142	—	3	2	52	—	52	38	142	
32	—	—	15	—	—	47	14	478	107	7	6	195	171	25	15	406	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
5186	57	—	1835	81	—	7159	686	52186	4391	471	280	32032	12788	5199	1864	51803	

Zahl der Arbeitnehmer in den mittleren Betrieben (mit 5

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	über- haupt darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	identifizierbare unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	identifizierbare unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzuge- kommen *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
I	Gärtnerei und Tierzucht										
	1. Gärtnerei (mit Ausnahme der Landwirtschaft) . . .	11	3	53	13	—	28	3	—	97	18
	2. Nichtlandwirtschaftliche Tierzucht (einschl. Bienen- zucht)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II	Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III	Bergbau, Salinentwesen und Torfgräberei										
	1. Gewinnung v. Steinkohlen, Steinkohlenbriketts u. Koks	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Gewinnung v. Braunkohlen u. Braunkohlenbriketts . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3. Gewinnung von Erzen . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4. Salzbergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	5. Salinentwesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6. Gewinnung von Erdöl . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7. Gewinnung und Verarbeit- ung von Bernstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8. Torfgräberei und Torf- aufbereitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9. Gewinnung von Graphit, Asphalt u. bitum. Gesteinen	2	2	40	—	—	—	—	—	40	40
IV	Industrie der Steine u. Erden										
	1/2. Gewinnung u. grobe Bear- beitung v. natürl. Gesteinen (einschl. Rußminerale) . . .	55	20	633	22	—	—	—	—	655	146
	3. Feine Steinbearbeitung . .	4	1	39	1	—	—	—	—	40	5
	4. Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin . . .	8	5	43	—	—	—	—	—	43	25
	5. Kalk-, Gips-, Zerk- und Zementindustrie	23	7	535	5	—	2	—	—	542	148
	6. Betonwaren- und Beton- werksteinindustrie	4	—	95	—	—	—	—	—	95	—
	7. Ziegelindustrie und Her- stellung sonstiger künstlicher Mauersteine	31	4	740	5	—	15	1	—	761	59
	8/9. Grobkeramische Industrie (soweit nicht unter 7) . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	10. Feinkeramische Industrie .	2	1	25	5	—	—	—	—	30	8
	11. Glasindustrie (ausg. Her- stellung von Instrumenten und Spielwaren aus Glas)	5	2	30	3	—	34	11	—	78	10

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

bis 49 Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Tafel II B.

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsj. ohne neu hinzugef. Betrieben *	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	Schulentsaffene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	Schulentsaffene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben *					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt
												männlich	weiblich	männlich	weiblich	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25
4	—	—	5	1	—	10	—	107	18	2	2	9	11	4	3	27
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	40	40	3	2	40	—	—	—	40
8	—	—	1	—	—	9	1	664	147	59	52	636	—	8	1	645
2	—	—	1	—	—	3	—	43	5	2	2	27	—	2	—	29
3	—	—	—	—	—	3	2	46	27	10	8	43	—	3	—	46
37	—	—	2	—	—	39	3	581	151	30	23	540	2	37	2	581
2	—	—	—	—	—	2	—	97	—	3	3	87	—	1	—	88
23	3	—	—	—	—	26	1	787	60	37	31	745	16	26	—	787
6	—	—	—	—	—	6	2	36	10	1	1	22	—	4	—	26
2	—	—	—	—	—	2	—	80	10	6	5	33	45	2	—	80

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	identifizierte unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	identifizierte unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
V	Eisen- und Metallgewinnung										
	1. Großeisenindustrie	3	2	48	1	—	—	—	—	49	20
	2. Metallhütten und Metall- halbzeugwerke (einschließ- lich Metallgießereien)	6	3	45	3	—	—	—	—	48	17
	3. Eisen-, Stahl- u. Zement- gießereien (soweit nicht unter V, 1)	2	—	54	1	—	—	—	—	55	—
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren										
	1/2. Herstellung von Eisen- und Stahlwaren	23	5	191	21	—	50	1	—	263	28
	3. Herstellung von Metall- waren (ausgen. Eisen- und Stahlwaren)	12	3	91	15	—	7	—	—	113	41
	4. Schmiederei	7	2	38	11	—	1	—	—	50	10
	5. Schlosserei	49	10	313	100	1	—	—	—	414	56
	6. Klempnerei, Gas- u. Wasser- installationsgewerbe	33	12	171	64	—	10	—	—	245	63
VII	Maschinen-, Apparat- und Fahrzeugbau										
	1/2. Maschinenbau (auch mit Gießerei)	47	7	717	103	1	—	—	—	821	45
	3. Kessel- und Apparatbau (auch mit Gießerei)	7	2	78	5	—	1	—	—	84	15
	4. Eisenbau (Eisenkonstruk- tion)	1	—	22	1	—	—	—	—	23	—
	5. Schiffbau (einschl. Schiffs- kesselbau) und Abwrackbe- triebe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6. Bau von Land- und Luft- fahrzeugen	45	19	324	72	—	2	—	—	398	118
	7. Eisenbahnwagenbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VIII	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik										
	1. Elektrotechnische Industrie	28	8	173	26	—	36	—	—	235	46
	2. Feinmechanische u. optische Industrie	8	1	46	10	—	2	—	—	58	6
IX	Chemische Industrie										
	1/2. Chemische Großindustrie, soweit nicht besonders ge- nannt	2	—	37	—	—	2	—	—	39	—

* Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		über=haupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben*	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über=haupt	darunter in d. im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben*					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt
												männlich	weiblich	männlich	weiblich	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25
1	—	—	—	—	—	1	—	50	20	3	3	49	—	1	—	50
4	—	—	3	—	—	7	—	55	17	6	6	48	—	4	3	55
6	—	—	1	—	—	7	—	62	—	2	2	55	—	6	1	62
19	—	—	21	1	—	41	3	304	31	31	23	212	51	19	22	304
10	1	—	7	—	—	18	13	131	54	14	10	85	5	11	2	108
14	1	—	—	—	—	1	—	51	10	6	6	43	—	—	—	43
14	—	—	6	—	—	20	3	434	59	55	42	338	—	14	6	358
5	—	—	2	—	—	7	2	252	65	21	18	134	10	5	2	151
95	12	—	13	—	—	120	2	941	47	55	45	807	—	107	13	927
9	—	—	6	—	—	15	1	99	16	8	6	72	1	9	6	88
—	—	—	—	—	—	—	—	23	—	1	1	23	—	—	—	23
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27	—	—	22	1	—	50	9	448	127	50	37	338	2	22	15	377
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
86	2	—	18	—	—	56	26	291	72	17	15	105	36	12	9	162
5	—	—	11	—	—	16	2	74	7	4	4	37	—	2	6	45
4	—	—	1	—	—	5	—	44	—	3	2	37	2	4	1	44

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben *	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigt					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	Schulentslaffene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	Schulentslaffene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzugef. Betrieben *					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt	
												männlich	weiblich	männlich	weiblich		
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
2	—	—	1	—	—	3	—	19	—	1	1	2	14	2	1	19	
25	3	—	5	2	—	35	—	55	—	2	2	7	9	24	7	47	
2	—	—	3	—	—	5	5	25	25	3	2	20	—	2	3	25	
—	—	—	1	—	—	1	—	23	—	3	1	1	21	—	1	23	
18	—	—	14	1	—	33	12	69	15	8	6	13	23	18	15	69	
6	—	—	1	—	—	7	5	35	7	3	3	20	8	6	1	35	
19	2	—	15	—	—	36	—	102	—	5	5	28	35	21	12	96	
15	—	—	14	—	—	29	3	99	54	11	6	67	3	15	14	99	
—	—	—	—	—	—	—	—	17	—	1	1	17	—	—	—	17	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
7	—	—	4	—	—	11	—	30	—	3	3	6	13	7	4	30	

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	6. Teppich- und Möbelfab- rikation	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7. Webwarenherstellung, Bandweberei, Wirterei und Flechterei, Gummiweberei, Strickererei und Wirterei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8. Wirterei und Strickererei	1	1	—	—	—	4	1	—	5	5
	9. Gardinenherstellung, Spitzen- und Tüllweberei, Häutelei und Strickererei	3	1	—	—	—	16	1	—	17	5
	10. Textilveredelung und -aus- rüstung	2	1	10	—	—	12	—	—	22	6
	11. Herstellung von Seilen, Netzen, Bindfaden u. Tex- tilriemen	2	1	25	1	—	28	1	—	55	36
	12. Rohhaarverarbeitung	1	—	5	—	—	10	2	—	17	—
	13. Filzherstellung	1	—	7	—	—	—	—	—	7	—
	14. Wachs- und Ledertuch- industrie	1	—	7	—	—	—	—	—	7	—
	15. Lumpenreiß- und Sortier- anstalten	2	1	7	—	—	20	—	—	27	5
	16. Andere Zweige der Textil- industrie (Papier Textilien, Tuppa u. dergl.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XI	Papierindustrie und Viel- fältigungsgewerbe										
	1. Papierherzeugung	15	1	271	10	—	48	—	—	329	5
	2. Papierveredelung	1	—	9	—	—	—	—	—	9	—
	3. Papierverarbeitung	8	1	43	2	—	106	1	—	152	6
	4. Tapetenindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	5/6. Vielfältigungsgewerbe, auch soweit mit Verlag verbunden	52	11	578	66	—	139	—	—	783	69
	7. Photographisches Gewerbe (ausschl. Filmaufnahme)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII	Leder- und Linoleumindustrie										
	1. Herstellung von Leder	1	—	6	—	—	—	—	—	6	—
	2/3. Herstellung von Ledertreib- riemen u. technischen Leder- artikeln, sowie Sattler- waren	7	1	46	3	—	7	—	—	56	2
	4/5. Herstellung von Kunst- leder, Linoleum und Lin- trufia	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jahre	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahre	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in b. im Berichtsj. neu hinzugek. Betriebe *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XIII	Kautschukindustrie und Asbest- industrie										
	1. Herstellung von Kautschuk-, Guttapercha- und Balata- waren	5	2	30	1	—	8	2	—	41	20
	2. Herstellung v. Asbestwaren	1	—	2	—	—	3	—	—	5	—
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe										
	1. Säge- und Furnierwerke einschl. Holztränkanstalten	64	17	852	68	—	9	—	—	929	134
	2. Herstellung v. Holzbauten, Bauteilen u. Möbeln (einschließlich Modelltschlerei)	120	40	1005	180	—	17	—	—	1202	234
	3/4. Herstellung von Holzwaren (einschl. Verpackungsmittel aus Holz)	19	7	190	14	—	21	6	—	231	37
	5. Stellmacherei und Holz- wagenbau (einschl. Ka- rosserie- u. Kinderwagen- bau)	10	3	72	12	—	5	—	—	89	11
	6/7. Herstellung von Turn- und Sportgeräten (auch Sport- und Ruderbooten) und von Stöcken, Schirmen und Peitschen	3	—	35	2	—	10	—	—	47	—
	8. Herstellung v. Blei- u. Farb- stiften (auch Federhaltern)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9/10. Herstellung v. Kämmen u. Haarschmuck von Bernstein-, Elfenbein-, Meerscham-, Horn-, Bein-, Perlmutter- waren und Waren aus ähnlichen Stoffen	1	—	4	—	—	5	—	—	9	—
	11. Herstellung von Geflechten aus Holz, Stroh, Bast, Rohr, Weiden u. Binjen	1	1	3	—	—	—	—	—	3	3
	12. Borstenverarbeitung und Herstellung von Bürsten, Besen und Pinseln (auch Bürstenhölzern)	2	—	7	—	—	4	—	—	11	—
	13. Veredelung von Holz- und Schnitzwaren	1	1	5	2	—	—	—	—	7	7
	14/15. Korfschneiderei und Her- stellung von Holz- und Korfmehl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	* darunter im Berichtsj. neu hinzugekommen	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Berichtsj. neu hinzuge- kommen
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XV	Musikinstrumenten und Spiel- warenindustrie 1. Herstellung von Musik- instrumenten 2. Herstellung v. Spielwaren	3 —	1 —	53 —	4 —	— —	— —	— —	— —	57 —	2 —
XVI	Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe 1. Mühlenindustrie 2/3. Bäckerei und Backwaren- industrie sowie Teigwaren- industrie 4. Zuckerindustrie 5. Kakao-, Schokoladen-, Zuckerwaren- und Konst- tütenindustrie 6. Fleischerei 7. Fischindustrie 8. Molkerei, Butter- u. Käse- herstellung 9. Herstellung v. pflanzlichen Ölen und Fetten, Marga- rine und Kunstbutterfett 10. Herstellung v. Obst- u. Ge- müsekonserv. (einschl. Mar- melade und Konfithonig) 11. Stärkeindustrie u. Herstel- lung v. Ersatzlebensmitteln, Dörrgemüse u. dgl. 12. Kaffeerösterei und Kaffee- Ersatzherstellung 13. Mälzerei und Brauerei 14. Herstellung von Wein, Branntwein, Mineral- wasser u. dgl. 15. Tabakindustrie	12 51 2 6 23 1 16 1 20 8 5 9 11 12	2 21 — 4 7 — 8 — 5 4 2 1 2 3	108 290 60 40 172 1 85 4 47 63 25 105 62 89	1 49 1 1 — — 9 — — 2 1 — 2 7	— — — — — — — — — — — — — —	7 70 — 46 29 1 47 — 310 28 9 4 44 62	— — — 1 — — — — — — — — — 2	— — — — — — — — — — — — — —	116 409 61 88 213 2 141 4 357 91 36 110 108 160	15 97 — 51 32 — 55 — 100 45 3 7 9 15
XVII	Bekleidungsgewerbe 1. Kleider- u. Wäscheherstel- lung und sonstige Näherei 2. Kürschnerei und Rauch- warenherstellung 3/5. Hülsenmacheri, Hut- macheri (einschl. Strohhut- macheri) und Hutstoffher- stellung sowie Putzmacheri u. Herstellung v. Hutformen	56 5 17	11 — 2	133 19 10	8 5 —	— — —	331 32 125	32 — 9	— — —	504 56 144	88 — 6

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen									
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	davon in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieb*	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte							
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schuldenfreie unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schuldenfreie unter 14 Jahren	überhaupt	davon in d. im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieb*					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt			
												männlich	weiblich	männlich	weiblich				
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25			
—	—	—	4	—	—	4	3	61	5	2	2	55	—	—	1	56			
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
24	1	—	4	—	—	29	2	145	17	12	10	91	7	23	3	124			
5	—	—	17	1	—	23	9	432	106	90	49	327	69	5	18	419			
4	—	—	—	—	—	4	—	65	—	2	2	61	—	4	—	65			
12	1	—	4	—	—	17	11	105	62	5	5	38	47	11	4	100			
45	1	—	25	—	—	71	4	284	36	44	22	182	26	46	25	279			
4	—	—	—	—	—	4	—	6	—	1	1	1	1	4	—	6			
15	—	—	2	—	—	17	5	158	60	18	16	94	47	15	2	158			
2	—	—	4	—	—	6	—	10	—	1	1	4	—	2	4	10			
15	2	—	3	1	—	21	5	378	105	31	18	45	298	17	4	364			
6	—	—	2	—	—	8	5	99	50	8	7	58	28	6	2	94			
34	1	—	13	—	—	48	7	84	10	5	4	26	8	35	10	79			
15	1	—	4	—	—	20	—	130	7	9	8	100	3	16	4	123			
26	1	—	12	3	—	42	2	150	11	9	7	49	23	23	13	108			
14	2	—	2	—	—	18	—	178	15	16	12	96	64	16	2	178			
21	1	—	25	1	—	48	2	552	90	48	43	43	348	11	24	426			
2	1	—	30	—	—	33	—	89	—	5	5	24	32	3	30	89			
6	1	—	32	2	—	41	5	185	11	19	16	10	132	3	34	179			

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Ver- richtsj. neu hinzugekommen*	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in b. im Verrichtsj. neu hie- zugek. Betrieben*
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
XVIII	6. Herstellung von künstlichen Blumen u. Früchten, Putzfedern und Perlenfränsen	2	2	5	—	—	6	1	—	12	12
	7/8. Herstellung von Korsetten und Leibbinden sowie von Krawatten, Gürteln, Hosenträgern u. Strumpfbältern	1	—	1	—	—	10	—	—	11	—
	9. Sandschuhmacherei (ausgen. Stoffhandschuhindustrie)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	10. Schuhmacherei und Schuhindustrie	9	2	40	7	—	12	1	—	60	10
	11. Zurichtung u. Aufbereitung v. Bettfedern u. Pflanzendunen (Kopel)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	12. Bürstenmacherei u. Menschenhaarverarbeitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	13. Reinigung und Wiederaufarbeitung von Textil-erzeugnissen	14	3	25	2	—	111	6	—	144	16
	Baugewerbe (einschließlich der Baunebengewerbe)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1. Bauingenieur-, Architektur- und Vermessungsbureau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Bauunternehmungen und Bauhandwerk **	48	14	531	54	—	—	—	—	585	152
	3. Baunebengewerbe **	61	20	413	103	—	13	—	—	529	137
	4. Schornsteinfegergewerbe u. Reinigung von Gebäuden und Wohnungen	2	—	35	—	—	—	—	—	35	—
XIX	Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1. Wassergewinnung u. -versorgung	1	—	16	—	—	—	—	—	16	—
	2. Gasgewinnung und -versorgung	8	1	88	1	—	2	—	—	91	4
	3. Elektrizitätsgewinnung u. -versorgung	7	2	94	1	—	—	—	—	95	18
	4. Fernheizwerke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XX	Handelsgewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1. Großhandel, Ein- u. Ausfuhrhandel (ausgen. Buch- und Tabakhandel)	35	11	138	—	—	19	—	—	157	39

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Arbeitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

**) Hier sind in diesem Jahre nur die Betriebe gezählt, die nach § 154 der G. D. unter die ständige Aufsicht der Gewerbeaufsichtsbeamten fallen. Betriebe, welche Arbeiter lediglich an wechselnden Plätzen beschäftigen, sind unberücksichtigt geblieben.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		über- haupt	darunter in den im Vergleichs- u. neu hin- zugef. Betrieben *	Zahl der Beschäfti- gungen	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Vergleichs- u. neu hin- zugef. Betrieben *					männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	Arbeitnehmer insgesamt	
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
—	—	—	2	—	—	2	2	14	14	3	2	5	7	—	2	14	
2	1	—	1	—	—	4	—	15	—	2	1	1	10	3	1	15	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	4	—	—	4	—	64	10	3	3	15	12	—	1	28	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	—	4	—	—	5	—	149	16	15	12	27	107	1	4	139	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
17	—	—	5	—	—	22	3	607	155	44	38	440	—	12	5	457	
11	2	—	9	—	—	22	4	551	141	31	28	269	12	8	5	294	
3	—	—	2	—	—	5	—	40	—	2	1	29	—	3	2	34	
—	—	—	—	—	—	—	—	16	—	1	1	16	—	—	—	16	
19	—	—	1	—	—	20	1	111	5	8	7	70	2	14	1	87	
27	—	—	11	—	—	38	3	133	21	5	5	77	—	24	11	112	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
351	8	—	95	6	—	460	104	617	143	29	28	120	17	317	92	546	

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Verzeichn. neu hinzugekommen *	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Verzeichn. neu hin- zugef. Betrieben *
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
	2. Einzelhandel (ausgenomm. Buch- und Tabakhandel)	252	64	642	12	—	181	9	—	844	140
	3/4. Verlagsgewerbe, Buch- handel (a. m. Kunsthandel)	12	3	19	—	—	2	—	—	21	2
	5. Handel mit Tabak und Tabakwaren	2	1	2	—	—	1	—	—	3	1
	6/7. Bank- und Börsenwesen (einschl. des Immobilien- handels)	43	7	19	2	—	5	1	—	27	3
	8/14. Sonstige Zweige des Handelsgewerbes	10	4	46	1	—	4	—	—	51	22
XXI	Versicherungswesen	5	1	1	—	—	—	—	—	1	1
XXII	Verkehrswesen	9	3	78	2	—	—	—	—	80	13
XXIII	Gast- und Schankwirtschafts- gewerbe	147	28	618	41	—	899	34	—	1592	185
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schaufstellungsgewerbe, ein- schließlich Filmaufnahmen	13	2	61	9	—	70	—	—	140	10
XXV	Gewerblicher Unterricht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXVI	Gesundheitswesen und hygieni- sche Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1/2. Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, off. Kran- kenpflege u. Rettungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3. Bade- u. Schwimmanstalten und Massage	1	1	2	—	—	3	—	—	5	5
	4. Barbiergewerbe	33	15	77	27	—	108	28	—	240	90
	5. Baderinärwesen und Ab- bederei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6/9. Apotheken, Desinfektions- anstalten und Schädlings- bekämpfung, Straßenreini- gung, Kanalisation, Müll- abfuhr und Bedürfnisan- stalten, Leichen- und Be- tattungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Sonstiges	25	7	—	—	—	2	—	—	2	—
	Zusammen	1771	481	12297	1213	2	3381	154	—	17047	2969

*) Das sind Betriebe, welche im Berichtsjahr neu gegründet oder wegen Erreichung der 5-Ar-
beitnehmer-Grenze oder aus anderen Gründen (nachträgliche Ermittlung) gegenüber dem Vorjahre
neu in Tafel II B aufzunehmen waren.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen							
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den Betriebsabteilungen	Zahl der Beschäftigten	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	darunter in den Betriebsabteilungen					Arbeiter		Angestellte		Arbeitnehmer insgesamt	
männlich	männlich	männlich	weiblich	weiblich	weiblich	männlich	männlich	männlich	männlich	männlich	männlich	männlich	männlich	männlich	männlich	männlich	männlich
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	26
952	80	—	957	77	—	2066	375	2910	515	189	165	47	151	737	782	2107	
42	1	—	77	2	—	122	18	143	20	6	6	12	1	21	64	98	
5	1	—	4	1	—	11	4	14	5	—	—	—	—	—	—	—	
362	6	—	110	1	—	479	41	506	44	32	30	17	4	295	91	407	
33	2	—	18	—	—	53	12	104	34	6	6	40	3	23	7	73	
39	1	—	16	—	—	56	6	57	7	2	2	—	—	28	12	40	
19	—	—	7	—	—	26	5	106	18	4	3	33	—	13	3	49	
56	—	—	38	—	—	94	14	1686	199	115	77	420	590	26	20	1056	
45	—	—	15	—	—	60	3	200	13	2	2	18	18	1	3	40	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	5	5	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	240	90	5	5	16	20	—	—	36	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
66	12	—	87	8	—	173	48	175	48	10	9	—	—	37	32	69	
2984	158	—	1977	115	—	5234	823	22281	3792	1625	1325	11484	2831	2468	1604	18307	

Zahl der Arbeitnehmer in den mit 1 bis 4 Arbeitnehmern betriebenen kleinen Anlagen, in denen motorische Kraft benutzt wird oder für welche besondere Schutzvorschriften erlassen sind. Beschäftigungen dieser Betriebe.

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Vorhandene			Beschäftigte			Beschäftigungen
		Anlagen	Arbeiter	Ange-stellte	Anlagen	Arbeiter	Ange-stellte	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
I	Gärtnerei u. Tierzucht (m. Ausnahme der Landwirtschaft)	1	1	—	1	1	—	1
II	Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	—
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberlei	—	—	—	—	—	—	—
IV	Industrie der Steine u. Erden	146	324	2	95	216	2	115
V	Eisen- und Metallgewinnung	4	10	—	2	7	—	2
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	399	777	3	312	614	1	339
VII	Maschinen-, Apparate- u. Fahrzeugbau	87	197	4	48	112	2	57
VIII	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik	24	53	4	14	37	3	14
IX	Chemische Industrie	7	12	3	4	7	1	4
X	Textilindustrie	12	21	3	6	12	2	7
XI	Papierindustrie u. Verbleisfäktigungsgewerbe	20	49	1	13	30	1	14
XII	Leder- und Linoleumindustrie	6	10	—	4	7	—	4
XIII	Kautschukindustrie und Asbestindustrie	5	12	—	4	8	—	5
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe	649	1234	3	450	891	2	464
XV	Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie	2	2	—	2	2	—	2
XVI	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1528	2644	74	1249	2196	46	1530
XVII	Bekleidungs-gewerbe	345	706	8	260	519	8	282
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Bauneben-gewerbe)	254	506	2	65	127	—	68
XIX	Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	22	40	4	16	26	4	17

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Vorhandene			Beschäftigte			Be- fächti- gun- gen
		An- lagen	Ar- beiter	Ange- stellte	An- lagen	Ar- beiter	Ange- stellte	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
XX	Handelsgewerbe	52	86	20	16	26	13	18
XXI	Versicherungswesen	—	—	—	—	—	—	—
XXII	Verkehrswesen	—	—	—	—	—	—	—
XXIII	Gast- u. Schankwirtschaftsgew	157	325	10	13	27	1	17
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe, ein- schließlich Filmaufnahmen	3	8	—	1	3	—	1
XXV	Gewerblicher Unterricht . . .	—	—	—	—	—	—	—
XXVI	Gesundheitswesen u. hygieni- sche Gewerbe	9	15	—	2	2	—	2
	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen:		3732	7032	141	2577	4870	86	2963

Ermittelte Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezüge	Arbeiter				
		Übertretung formeller Vorschriften, Aushänge, Meldungsw.	Vergehen, betr. die Beschäf- tigung von			
			Erwachsenen männ- lich	weib- lich	Jugend- lichen v. 14-16 Jahren	Kindern
1	2	3	4	5	6	7
I	Gärtnerei und Tierzucht (mit Aus- nahme der Landwirtschaft)	1	1	—	—	—
II	Hochseefischerei	—	—	—	—	—
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei	2	—	—	—	—
IV	Industrie der Steine und Erden	135	33	5	11	4
V	Eisen- und Metallgewinnung	6	4	—	—	—
VI	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	158	101	12	47	1
VII	Maschinen-, Apparate- und Fahrzeug- bau	40	11	2	9	—
VIII	Elektrotechnische Industrie, Fein- mechanik und Optik	11	2	3	5	—
IX	Chemische Industrie	15	3	2	1	—
X	Textilindustrie	4	—	4	—	—
XI	Papierindustrie u. Vielfältigungs- gewerbe	33	8	6	8	1
XII	Leder- und Linoleumindustrie	3	1	—	1	—
XIII	Kautschukindustrie und Asbestindustrie	2	—	—	—	—
XIV	Holz- und Schnitzstoffgewerbe	208	87	5	24	5
XV	Musikinstrumenten- und Spielwaren- industrie	—	—	—	—	—
XVI	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	308	220	56	67	1
XVII	Bekleidungsindustrie	125	3	23	9	5
XVIII	Baugewerbe (einschl. der Bauneben- gewerbe)	25	6	1	2	—
XIX	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsge- winnung und -versorgung	12	2	—	—	—
XX	Handelsgewerbe	46	8	5	—	—
XXI	Versicherungsunternehmen	—	—	—	—	—
XXII	Verkehrswesen	—	—	—	—	—
XXIII	Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	104	60	68	4	—
XXIV	Theater-, Musik-, Sport- und Schau- stellungsgewerbe, einschl. Filmauf- nahmen	—	—	—	—	—
XXV	Gewerblicher Unterricht	—	—	—	—	—
XXVI	Gesundheitswesen und hygienische Ge- werbe	1	—	—	—	—
	Sonstiges	—	—	—	—	—
	Zusammen:	1239	550	192	188	17

Tafel IV.

über die Beschäftigung von Arbeitnehmern.

Angestellte					Anzahl der Anlagen, in welchen Zuwider- handlungen ermittelt worden sind	Anzahl der Personen, die wegen der im Berichtsjahre begangenen Zuwider- handlungen bestraft worden sind	Bestraf- ungen wegen Zu- wider- hand- lungen aus Vor- jahren	Schwe- bende Straf- ver- fahren
Übertretung formeller Vorschriften, Aushänge, Melbungsw.	Vergehen, betr. die Beschäf- tigung von		Jugend- lichen v. 14-16 Jahren	Kindern				
	Erwachsenen männ- lich	weib- lich						
8	9	10	11	12	13	14	15	16
—	—	—	—	—	1	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	2	—	—	—
3	3	2	2	—	99	3	1	—
1	1	1	—	—	4	—	—	—
6	5	5	1	—	176	5	1	1
12	9	3	3	—	51	2	—	—
4	2	1	1	—	14	—	—	1
7	3	2	—	—	19	—	—	—
4	2	2	—	—	9	1	—	—
18	3	1	—	—	26	—	1	1
—	—	—	—	—	3	—	—	—
—	—	—	—	—	2	—	—	—
15	7	1	—	—	207	10	2	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—
37	10	6	1	—	396	74	2	20
11	2	3	1	—	116	3	—	1
3	—	—	—	—	24	—	—	2
—	—	—	—	—	9	—	—	—
82	41	29	12	—	102	10	1	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	—	—	—	76	22	—	12
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	1	1	—	—
2	—	—	—	—	2	—	—	—
207	88	56	21	—	1339	131	8	43

Jahresbericht

des

Bergrevierbeamten für das Jahr 1927, erstattet auf Grund seiner Tätigkeit als Gewerbeaufsichtsbeamter auf den der Aufsicht der Bergbehörde unterstehenden Betrieben im Freistaat Braunschweig gemäß § 139b der Gewerbeordnung

(Hierzu 5 Tafeln.)

Aufsichtsdienst.

Im Personenstande der Dienststelle des Bergrevierbeamten ist im Jahre 1927 eine Aenderung eingetreten.

Nachdem infolge der Zusammenlegung der bergbaulichen Betriebe der auf Privatdienstvertrag angestellte, als technischer Hilfsarbeiter beschäftigte Bergassessor, eine seit dem Jahre 1909 mit Ausnahme der Kriegsjahre besetzt gewesene Stelle, seit dem 1. August aus Sparmaßregeln abgebaut ist, werden die Geschäfte des Bergrevierbeamten zurzeit noch wahrgenommen durch einen fachmännischen Beamten mit Hochschulbildung, einen Angestellten mit Bergschulbildung und einen Bureauangestellten. Die Anzahl der Revisionen mußte bei diesem Sachverhalte naturgemäß zurückgehen. Zudem wurde der Unterzeichnete infolge eines in Ausübung seines Dienstes gelegentlich der Befahrung einer Erzgrube durch Steinfall erlittenen Unfalles und seiner Folgen für einige Zeit dienstunfähig.

I. Arbeitnehmer im allgemeinen, Arbeiter und Angestellte.

A. Arbeitnehmer im allgemeinen.

Die Zahl der im braunschweigischen Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer hat sich im Berichtsjahre im Vergleich zum Vorjahre durchschnittlich ungefähr auf derselben Höhe gehalten. Eine geringe Zunahme im allgemeinen ist zu verzeichnen.

Im Braunkohlenbergbau ist eine geringe Verminderung der Be-

legschaftsziffern eingetreten. Diese gründet sich auf die weiter durchgeführte Konzentration der Betriebe, die im Jahre 1928 zu einem gewissen Abschlusse gelangen wird. Abgesehen von einer kleinen am Harz gelegenen Tiefbaugrube, die wegen Erschöpfung des erreichbaren Kohlevorkommens am Ende des Berichtsjahres zum Stillliegen kam, wird die ganze nicht unerhebliche Braunkohlenförderung des Freistaates (insgesamt 3 540 427 t) aus nur zwei großen Tagebauten gewonnen. Nur während der Zukerkampagne im Herbst wird ein dritter Tagebau zur Bewältigung der erhöhten Anforderungen zu Hilfe genommen.

Daselbe ist bezüglich der Braunkohlenbrikett Herstellung zu sagen; im allgemeinen decken zwei neuzeitlich eingerichtete Brikettfabriken mit günstigem Reichsbahnanschlusse den Bedarf, nur im Herbst wird eine dritte etwas abgelegene Brikettfabrik in Betrieb genommen. Diese soll im laufenden Jahre den beiden erstgenannten angegliedert werden.

Die Belegschaft der stillgelegten kleinen Tiefbaugrube im Harz konnte von dem Bergwerksbesitzer auf seiner dicht in der Nähe gelegenen Steinsfabrik weiter beschäftigt werden.

Auf den in der Nähe von Seesen—Bornhausen liegenden Braunkohlenvorkommen wurde mit Untersuchungs- und Bohrarbeiten begonnen. Von den sich dabei ergebenden Aufschlüssen wird die Entwicklung eines Bergbaus in dieser Gegend abhängig werden.

Im Steinsalz- und Kalibergbau hat die Belegschaft auf Grund des verhältnismäßig guten Steinsalzabsatzes und infolge umfangreicher Untersuchungsarbeiten in einem Kaliwerk um einiges zugenommen. Die im Braunschweigischen geförderten Steinsalze sind bekanntlich von besonders guter Beschaffenheit; die fördernden Werke erhalten daher besonders vom Steinsalzsyndikat Sonderaufträge für Lieferung besonders reiner Salze zu chemischen Zwecken und dergl. zugeteilt. Im Lande Braunschweig wurden 23,89 v. H. des Gesamtabsatzes des Deutschen Steinsalzsyndikates gefördert, insgesamt einschließlich Kali- und Salinsalzen fast 440 000 t.

Auch im Erzbergbau ist eine Zunahme der Belegschaften zu verzeichnen. Auf einem großen Werke, das bisher seine Eisenerze teils aus einem Tagebau, teils aus Tiefbau gewann, mußte der Betrieb gänzlich auf Tiefbau umgestellt werden, da der am Ausgehenden der Lagerstätte umgegangene Tagebaubetrieb wegen zu groß werdender Mächtigkeit des Deckgebirges technisch und wirtschaftlich nicht mehr durchführbar war. Der Tiefbaubetrieb erfordert naturgemäß bei der Unmöglichkeit der Verwendung großer maschineller Einrichtungen wie Vaggermaschinen vermehrte menschliche Kräfte. Die seit langem im Gange befindlichen Versuche mit untertägigen Gewinnungsmaschinen haben bisher zu einem greifbaren Ergebnisse noch nicht geführt.

Eine kleinere am Harz gelegene Eisensteingrube mit kalkigen Erzen konnte, nachdem das zugehörige Hochofenwerk sich so umgestellt hatte, daß besondere Kalkzuschläge für den Verhüttungsprozeß nicht mehr

benötigt werden, durch die damit erhöhte Anforderung kalfiger Eisenerze seine Beschäftigung verdoppeln.

Die Aufschließung tieferer Sohlen von Eisensteinlagerstätten im Harz schritt im Berichtsjahre durch Treiben eines inzwischen über 2600 Meter lang gewordenen Stollens, der die Lagerstätten 180 Meter unter der bisherigen Abbausohle antreffen wird, weiter fort.

Der allgemein bekannte bei Gittelde aus dem Oberharz mündende, viele Kilometer lange Ernst-August-Stollen, dessen letztes rund 2 Kilometer langes Ende auf braunschweigischem Gebiete liegt, muß ausgebaut werden. Da ein Durchfluß von 90 bis 100 Kubikmeter Wasser in der Minute diese Arbeiten unmittelbar hindert, wird ein Parallelstollen getrieben, der die Wassermengen umleiten wird.

Kleinere Untersuchungsarbeiten im Kupfer-, Blei- und Zinkbergbau in der Nähe von Seesen haben zu einem befriedigenden Ergebnis nicht geführt.

Einen bemerkenswerten Aufschwung hat der Asphaltkalkbergbau in der Gegend von Eschershausen genommen. Im Hinblick darauf, daß abgesehen von den zum größten Teil ausgebeuteten preussischen Vorkommen bei Zimmer-Hannover dort die einzigen, in Deutschland bisher bekannten Bitumenvorkommen zu finden sind, ist dem braunschweigischen Asphaltkalkbergbau eine weitere günstige Entwicklung für die nächste Zukunft vorherzusagen, nachdem auch neue Bohrungen eine größere Erstreckung des bitumenhaltigen Kalklagers nachgewiesen haben. Obgleich der Betrieb auf nur drei Tiefbaugruben konzentriert und eine weitgehende Mechanisierung durchgeführt wurde, konnte die Zahl der Arbeitnehmer bei einer Gesamtförderung von 117 836 t Asphaltkalken (1926: 83 966 t) erhöht werden.

In den übrigen Bergbauzweigen (Salinen, Erdölbohrungen, Sandgewinnungs- und Nebenbetrieben) sind merkliche Veränderungen in den Zahlen der Beschäftigten nicht eingetreten.

Die Durchschnittszahl sämtlicher ständig beschäftigten Arbeitnehmer betrug 4052 einschließlich 292 Angestellten gegenüber 4010 einschließlich 304 Angestellten im Jahre 1926. Hiervon waren beschäftigt im

Braunkohlenbergbau 2315 (1926: 2475),

im Salzbergbau 660 (653),

im Erzbergbau 669 (570),

und in den übrigen Bergbauzweigen 408 (312),

davon im Asphaltbergbau 192 (136).

In diesen Zahlen sind 84 Arbeiterinnen (1926: 61) und 13 jugendliche Arbeiter (11) einbegriffen. Einige der in den Tafeln II A, II B und III berücksichtigten Werke waren nicht während der ganzen Dauer des Jahres in Betrieb. Der Durchschnitt der auf ihnen beschäftigten Arbeitnehmer wurde unter sinngemäßer Anwendung der Anleitung zur Ausfüllung der Tafeln so berechnet, daß nicht das Jahr, sondern die Betriebsdauer zugrunde gelegt wurde. Im übrigen handelt es sich hierbei nur um 30 Arbeitnehmer.

Inländische Wanderarbeiter, die für eine begrenzte Dauer (z. B. Saison oder Kampagne) außerhalb ihres zuständigen Wohnortes bergbauliche Arbeiten verrichteten, wobei sie für die Dauer des Arbeitsverhältnisses am Betriebsort oder in dessen Umgebung wohnten, waren in bergbaulichen Betrieben nicht vorhanden.

Auf einer Erzgrube am Harz wurden 7 Pendelarbeiter beschäftigt, die im allgemeinen am Wochenende ihre Familien aufsuchten. Es handelt sich um 4 gelernte Hauer, 2 Lehrhauer und 1 Zimmerhauer, die in Mansfeld (Sachsen), Hohn (Anhalt), Lengehe (Hannover) und Clausthal ihren Wohnsitz haben. Ihre Beschäftigung und Löhnung war der der übrigen Arbeiter angepaßt. Sechs von ihnen wohnten im Ledigenheim, einer in selbstbeschaffter Wohnung.

Ausländische Wander- und Pendelarbeiter sind nicht beschäftigt worden.

Ausländische ständige Arbeiter waren 30 vorhanden, von denen 19 einen Befreiungsschein besaßen und 11 legitimierungspflichtig waren. 7 dieser Ausländer waren gelernte Bergarbeiter, 6 sind im Laufe der Zeit als Baggerführer, Lokomotiv- und Kesselheizer angelernt worden; 15 sind als Ungelernte in Abraumbetrieben und dergl. beschäftigt, während 2 als technische Angestellte tätig waren.

Von diesen 30 ausländischen Arbeitern stammen einer aus Italien, drei aus der Tschechoslowakei, einer aus der Ukraine, einer aus Frankreich und 24 aus Polen.

Sämtliche ausländischen Arbeiter sind verheiratet, haben sich ihre Wohnungen selbst beschafft und beziehen einzeln ihren verdienten Schicht- oder Gedingelohn.

Das Zusammenarbeiten mit den Arbeitnehmervertretungen vollzog sich im Berichtsjahre in demselben allgemeinen Rahmen wie im Jahre 1926. Die Betriebsräte beteiligten sich an den Befahrungen der Werke über und unter Tage, an den amtlichen Untersuchungen von Unfällen, in jedem Falle von schweren und tödlichen Unfällen, sowie bei den außerordentlichen Revisionen der genehmigten Seilfahrtseinrichtungen in den Förderschächten. Den gegebenen Richtlinien zur Ausführung von § 66, Ziffer 8, des Betriebsrätegesetzes entsprechend wurden auf sämtlichen Werken Besprechungen zum Zwecke der Verhütung und Bekämpfung von Unfalls- und Gesundheitsgefahren abgehalten, an denen sich die Betriebsratsmitglieder und Werkleiter fast immer vollzählig beteiligten. Den dabei aus Arbeitnehmerkreisen hervorgebrachten Anregungen wurde durchweg Folge geleistet. So wurde beispielsweise auf diesem Wege die Vergrößerung und Verbesserung zweier Kauen (Aufenthaltsräume) sowie der Neubau einer Badeeinrichtung mit Bannen und Draußen für die Belegschaftsmitglieder erreicht.

In zwei Fällen war zu dem angesetzten Termine für die Besprechung niemand erschienen. Der Betriebsrat ließ einmal mit-

teilen, daß er nichts vorzubringen hätte, zum anderen Male konnte aber wollte er für sein Nichterscheinen einen Grund nicht angeben.

Die Termine für die Besprechungen wurden stets frühzeitig — etwa 14 Tage vorher — angesetzt, um den Betriebsräten Zeit und Gelegenheit zu geben, sich vorher mit ihren Kameraden und untereinander über vorzubringende Fragen ins Benehmen setzen zu können.

In einem Falle brachte ein Betriebsratsvorsitzender vor, daß seiner Meinung nach die Vergaufsichtspersonen ihre Revisionen vorher anmeldeten. Es konnte ihm bewiesen werden, daß dieses nur bei Abnahme- und Unfalluntersuchungsterminen, Betriebsplanbesprechungen gemäß § 70 des Berggesetzes und dergleichen geschehe, im übrigen aber grundsätzlich die Revisionen angemeldet vorgenommen würden. Derselbe Betriebsrat glaubte bemerkt zu haben, daß vorhandene Betriebsmängel bei einem angemeldeten Besuche des Revisionsbeamten vorher abgestellt wurden.

Außerdem hat kaum eine Grubenfahrt stattgefunden, bei der nicht Gelegenheit genommen worden wäre, mit dem einen oder anderen Betriebsratsmitgliede Rücksprache zu halten.

Das Verhältnis zwischen Werkleitung und Betriebsräten ist nach den gemachten Beobachtungen durchweg gut.

Auf sämtlichen Werken, bis auf ein Kaliverk, sind Betriebsvertretungen vorhanden; auf diesem hat der vom Arbeitgeber bestellte Wahlvorstand ergebnislos nach § 8 der Wahlordnung zum Betriebsrätegefeß gehandelt.

Die bestehenden Tarifverträge erfuhren zum Teil bezüglich einiger Bestimmungen und der Lohn tafeln mehrfach Abänderungen. So wurde z. B. durch Schiedsspruch vom 22. April 1927 im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die tariflich vereinbarte Mehrarbeit verkürzt und auf die über acht Stunden hinausgehende Arbeitszeit ein Lohnzuschlag von 15 v. H. festgesetzt. In ähnlicher Weise wurden auch für die anderen Bergbauzweige Zuschläge für jede Mehrarbeit entsprechend § 6 a der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 tariflich vereinbart.

Ein kleinerer Betrieb, der sich dem Kalitarif angeschlossen hatte, aber höhere Stundenlöhne als in diesem vorgesehen, zahlte, glaubte, Zuschläge für die Mehrarbeit nicht zahlen zu brauchen. Die Anpassung der Lohnzahlung an die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung wurde bei ihm durchgesetzt.

Neue Arbeitsordnungen sind nicht abgeschlossen worden. Die Werkleitungen haben in einigen Fällen Bestrafungen nach der Arbeitsordnung und wegen Verstöße gegen die Vergpolizeiverordnung verhängen müssen. Auf einem größeren Eisensteinwerke erreichten diese für den braunschweigischen und preussischen Teil zusammen den Betrag von 1600 M., der an die Unterstützungskasse der betreffenden Gruben überwiesen wurde. Diese an sich hohe Summe findet ihre Erklärung darin, daß bei Verlassen der Arbeit ohne Aufkündigung seitens des Be-

legschaftsmitglied des der rückständige Lohn einbehalten wurde (§ 82 des Berggesetzes).

Der Leiter eines kleinen Betriebes mußte darauf aufmerksam gemacht werden, daß verhängte Strafgeelder nicht einfach zugunsten des Unternehmers vom Lohn abgezogen werden dürfen, sondern in eine Arbeiterunterstützungs-, Wohlfahrts- oder Knappschaftskasse zu fließen hätten.

Zu Arbeitsstreitigkeiten kam es im Braunkohlenbergbau, und zwar im gesamten mitteldeutschen Gebiete. Hier hatte ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft mit der gesetzlichen Frist zum 17. Oktober das Arbeitsverhältnis gekündigt.

Auf den braunschweigischen Braunkohlenbetrieben legten rund 92 v. H. der Gesamtbelegschaft die Arbeit nieder. Die Notstandsarbeiten wurden von Angestellten und wenigen Belegschaftsmitgliedern ausgeführt. Der Streik dauerte bis zum 22. Oktober, er wurde durch Schiedsspruch vom 21. Oktober, den der Reichsarbeitsminister am 22. Oktober für verbindlich erklärte, beigelegt. Die Erhöhung der Schichtlöhne betrug etwa 0,60 M.

Einzelne Betriebe, hauptsächlich zwei Eisenerzgruben und ein Steinsalzbergwerk, beklagten sich über Mangel an Angebot gelernter Bergleute. Eine Eisensteingrube holte sich aus dem niederschlesischen Bergbaubezirk Bergarbeiter heran, der Bedarf konnte jedoch auch dadurch nicht gedeckt werden. Für das Steinsalzbergwerk konnten selbst die um Vermittlung angerufenen Arbeitsnachweise der Anforderung nicht nachkommen, obgleich in unmittelbarer Nähe stillgelegte gleichartige Betriebe liegen.

B. Arbeiter.

Die Arbeitszeit ist fast durchweg tarifvertraglich geregelt. Ein Ueberstundenunwesen, wie es zum Teil im Jahre 1926 überhand genommen hatte, trat nicht mehr in dem Maße in Erscheinung. Wo ein Verfahren von Ueberstunden nicht zu umgehen war, wurde die Arbeitszeit an den übrigen Werktagen so geregelt, daß die tariflichen Wochenarbeitsstunden nicht überschritten wurden. Die Listen, die von den Arbeitgebern über verarbeitete Ueberstunden geführt werden müssen, wurden wiederholt revidiert. Mehrfach mußten die Eintragungen bemängelt werden, da aus ihnen unmittelbar nicht hervorging, für welche Art von Arbeiten die Ueberstunden abgeleistet werden mußten und somit die Frage der Zulässigkeit sich erst aus weiteren Nachforschungen ergeben konnte.

Eine verantwortliche Aufsichtsperson ist wegen Uebertretung der Arbeitszeitverordnung gerichtlich bestraft worden.

Die Ableistung von Sonntagschichten wird im allgemeinen — schon der erhöhten Löhne wegen — vermieden. In einem großen Betriebe läßt sich aber ohne Sonntagsarbeit nicht auskommen, denn ver-

1927. während des feiertäglichen Stillstandes
 die Wiederaufnahme des vollen Werktagsbetriebes aus-
 schließlich eilige Arbeiten dürfen natürlich hierunter
 gerechnet werden. Bei der Beurteilung dieser Frage ergaben sich
 zum Teil Meinungsverschiedenheiten zwischen Aufsichtsbehörde und
 Werkleitung. So schwebt z. B. wegen Feststellung der Zulässigkeit ver-
 fahrensloser Sonntagschichten noch ein gerichtliches Verfahren gegen drei
 Betriebsleiter und Aufsichtspersonen.

Feierschichten sind in geringem Umfange in einer Braunkohlen-
 briquetfabrik und auf zwei Steinsalzbergwerken eingelegt worden.

Ueber die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen ist zunächst das-
 selbe wie im vorjährigen Jahresberichte zu sagen; ihre Beschäftigung
 beschränkte sich auf leichtere Tätigkeit. Die Gesamtzahl der in bergbau-
 lichen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen ist von 61 auf 84 gestiegen.

Das Reichsgesetz über die Beschäftigung vor und nach der Nieder-
 kunft vom 16. Juli 1927 (RGBl. 1927, S. 184) ist durch besondere Ver-
 fügungen den Arbeitgebern bekanntgegeben worden. Es wurde außer-
 dem bei den regelmäßigen Verhandlungen mit den Betriebsräten mit
 diesen und den Betriebsleitern durchgesprochen sowie mit den Frauen
 selbst erörtert und in den Aufenthaltsräumen der Arbeiterinnen zum
 Aushang gebracht. Bei der erst kurzen Geltungsdauer des Gesetzes und
 der verhältnismäßig kleinen Zahl beschäftigter Frauen kann über be-
 sondere Erfahrungen mit diesem Gesetz noch nicht viel berichtet werden.
 Der Betriebsrat eines größeren Werkes fragte, ob und in welcher Weise
 das Gesetz bei Fehlgeburten Anwendung zu finden hätte. Nach einer
 herbeigeführten ministeriellen Entscheidung haben Fehlgeburten nicht
 als „Niederkunft“ im Sinne des § 195 a der Reichsversicherungsordnung
 zu gelten. Bei Fehlgeburten ist daher keine Wochenhilfe, sondern ledig-
 lich Krankenhilfe zu gewähren.

Es waren nur zwei Betriebe vorhanden, die je mindestens 20 Arbeit-
 nehmerinnen beschäftigten. In diesen Betrieben betrug das Verhältnis
 der Anzahl verheirateter, verwitweter und geschiedener Arbeiterinnen
 zur Gesamtzahl 37 : 41 und 10 : 24.

Verheiratete Arbeitnehmerinnen werden im allgemeinen für be-
 stimmte Arbeiten nicht bevorzugt; sie werden nach Art und Dauer nicht
 anders als unverheiratete beschäftigt. Einzelne kleinere Betriebe be-
 vorzugen verheiratete Frauen zum Reinigen der Büroräume.

Im allgemeinen ist die Beschäftigung eine regelmäßige. Ein Werk,
 das wiederholt eilige Terminaufträge zu erfüllen hat, beschäftigte von
 der gemeldeten Zahl verheirateter Arbeitnehmerinnen rund ein Drittel
 regelmäßig und zwei Drittel aushilfsweise. Außerhalb der aushilfs-
 weisen Beschäftigungsdauer wurden andere berufliche Tätigkeiten nicht
 ausgeübt, in einzelnen Fällen vielleicht Gelegenheitsarbeiten in der
 Landwirtschaft.

Auf die Versorgung des Hauswesens ist bei Regelung der acht-

stündigen Arbeitszeit keine Rücksicht genommen worden, auf Anfordern wird jedoch für größere Hausarbeit Freizeit gewährt.

Die Zahl der Erkrankungen verheirateter Frauen war nicht höher als bei unverheirateten.

Besondere seitens des Arbeitgebers getroffene Einrichtungen (Kinderhorte, Stillstuben, Ruhezimmer, Fürsorge durch Pflegerinnen) sind bei der verhältnismäßig geringen Anzahl im Bergbau beschäftigter Arbeitnehmerinnen nicht vorhanden.

Von den 13 jugendlichen Arbeitern waren 11 Lehrlinge in Werkstättenbetrieben, wo sie planmäßige Ausbildung erhalten. Die beiden übrigen jugendlichen Arbeiter wurden nur mit leichten Arbeiten beschäftigt, die einen schädigenden Einfluß auf ihre körperliche Entwicklung nicht ausüben können. Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen der Reichs-gewerbeordnung für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer sind nicht beantragt worden.

C. Angestellte.

Die Arbeitszeit der Angestellten wurde durch tarifvertragliche Vereinbarung oder z. T. durch verbindlich erklärte Schiedssprüche im Laufe des Jahres abgeändert.

Die Bezüge der Angestellten im Braunkohlenbergbau wurden durch Gehaltstafel vom 28. Oktober mit Wirkung vom 1. Oktober erhöht. Auch in den übrigen bergbaulichen Betrieben wurden die Angestelltenbezüge aufgebessert.

Auf einem größeren Eisensteinbergwerke trat ein besonders erwähnenswerter Fall bezüglich der Regelung der Arbeitszeit der Angestellten ein. Der Bergbau geht dort teils auf preussischem, teils auf braunschweigischem Gebiet um. Nach Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 trat auf diesem Betriebe der Fall ein, daß für die Arbeiterschaft eine tarifliche Verlängerung der Arbeitszeit vorlag, während dies für die nicht organisierte Angestellten-schaft desselben Betriebes nicht der Fall war. Da für die über acht Stunden beschäftigten Arbeiter Aufsicht vorhanden sein mußte, stellte der Arbeitgeber in Preußen und Braunschweig die Anträge, für die entsprechenden Aufsichtspersonen (in Preußen einige 40, in Braunschweig 6) eine der Arbeitsdauer entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit nach § 6 der Arbeitszeitverordnung zu genehmigen. Unter der Voraussetzung einer demnächst vorzunehmenden tariflichen Regelung wurde die beantragte Genehmigung bis Ende des Jahres befristet erteilt. Bald darauf und legte die gesamte Angestellten-schaft zu einem Werkverein zusammen und schloß die Satungen dieses Vereines und den mit dem Arbeitgeber abgeschlossenen Tarifvertrag vor, durch den die behördliche Genehmigung der Mehrarbeit überflüssig wurde. Gegen die auch von dem zuständigen preussischen Oberbergamte anerkannte Tariffähigkeit dieses Werkvereins erhob zunächst der preussische Minister für Handel und Gewerbe Ein-

spruch. Für den preussischen Teil trat nun die behördliche Mehrarbeitsgenehmigung wieder in Kraft. Nachdem die Frist für diese aber am 31. Dezember abgelaufen war und der Arbeitgeber unter Berufung auf die Gültigkeit des Tarifvertrages seine Angestellten weiterhin Mehrarbeit leisten ließ, ist von der preussischen Bergbehörde gerichtliche Verfolgung wegen Uebertretung der Arbeitszeitverordnung eingeleitet worden.

Nachdem das braunschweigische Ministerium sich auf denselben Standpunkt wie das preussische gestellt hat, wird die Angelegenheit auch hier in gleicher Weise weiter verfolgt.

II. Schutz der Arbeitnehmer vor Gefahren.

A. Betriebsunfälle.

Im Berichtsjahre ereigneten sich 331 Unfälle (326 im Jahre 1926), die eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen zur Folge hatten. In dieser Zahl sind die Unfälle von 7 Angestellten, 5 weiblichen und 3 jugendlichen Arbeitnehmern enthalten, die bezüglich der letzteren im übrigen nur leichter Art waren.

Es sind auch solche Unfälle mitgezählt, die wohl knappschaftlich versicherten Personen zustießen, sich aber nicht innerhalb von Betrieben ereigneten, die in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Bergbau standen, z. B. Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte innerhalb des Betriebsgeländes. Auch die Unfälle betriebsfremder Personen bei Montage- oder Abbrucharbeiten sind eingerechnet.

Ueber die Zahl, Art und Verteilung der Unfälle gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß:

	Braunkohlenbergbau		Erzbergbau		Salzbergbau		Asphaltsbergbau		Übriger Bergbau		Zusammen			
	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	1927	1926	v. G.	1927	v. G.
Anzahl der Unfälle	178	165	55	77	66	45	12	26	15	18	326	100	331	100
tödliche	3	3	2	3	1	1	—	—	—	—	6	1,84	7	2,11
mit über 13 Wochen Erwerbsunfähigkeit	8	4	5	5	3	2	—	1	—	2	16	4,91	14	4,23
mit 4 bis 13 Wochen Erwerbsunfähigkeit	53	42	15	27	23	21	4	12	2	7	97	29,75	109	32,93
mit 4 Tagen bis zu 4 Wochen Erwerbsunfähigkeit	114	116	33	42	39	21	8	13	13	9	207	63,50	201	60,73
darunter bis zu 14 Tagen Erwerbsunfähigkeit	46	63	15	20	19	9	4	7	5	6	89	27,30	105	31,72

Aus dieser Zusammenstellung fällt besonders die ziffernmäßige Zunahme der Unfälle im Asphaltkalkbergbau auf, aus der vielleicht Rückschlüsse auf eine erhöhte Steinfall-Gefahr gezogen werden könnten, die sich aus der auf dem größten Werke eingeführten neuen Abbaumethode, einem abgeänderten Pfeilerbruchbau, ergeben hätte. Dieses ist aber nicht der Fall, denn nur einer der 26 Unfälle steht mit der Abbauart im Zusammenhang, indem ein Bergmann von einem nicht fest genug verteilten, umstürzenden Stempel (Grubenholz) gestreift wurde. Aus bloßen Unfallzahlen darf man Schlüsse auf die Steigerung der Unfallgefahr nicht ziehen, es müssen vielmehr bestimmte Verhältniszahlen aufgestellt werden. Zur Beurteilung der Zu- oder Abnahme der Unfallhäufigkeit wird in erster Linie gefragt werden müssen, wie sich das Opfer zum Erfolg oder die Zahl der Unfälle zur geleisteten Förderung verhält. Stellt man demnach die Unfallziffern in Vergleich mit den Fördermengen der letzten Jahre, so ergibt die errechnete, richtigste Verhältnis- und Vergleichszahl ein anderes Bild. Wie bereits erwähnt, hat der Asphaltkalkbergbau einen großen Aufschwung genommen; seit 1924 haben sich die Fördermengen von 37 000 Tonnen auf fast 118 000 Tonnen erhöht, also mehr als verdreifacht. Auf 10 000 Tonnen Förderung berechnet ergeben sich Unfallzahlen von 2,17 bzw. 2,20. Diese geringe Erhöhung ist auf den noch ungewohnten Umgang der Bergleute mit den neuen maschinellen Einrichtungen (Bohrmaschinen, Schüttelrutschen, Kettenbahnen und dergleichen) zurückzuführen; weitere Übung und Anpassung an die maschinellen Einrichtungen läßt eine Verminderung dieser Zahl erwarten.

Interessant ist die Anwendung derselben Vergleichszahlen für denjenigen Bergbau, der die größten Fördermengen zu bewältigen hat, den Braunkohlenbergbau: Auf je 100 000 Tonnen Förderung errechnen sich die Zahlen für die letzten Jahre 1924 bis 1927 auf 6,34; 5,67; 5,18; 4,66 Unfälle.

Die meisten Unfälle ereigneten sich in der Vormittagsstunde zwischen 10 bis 11 Uhr.

Auf die Wochentage verteilten sich die Unfälle wiederum fast gleichmäßig. An den Sonntagen war ebenso wie im Vorjahre die Unfallzahl am geringsten. 60 Unfälle wurden untersucht und zwar 23 auf Antrag der verschiedenen Berufsgenossenschaften und 37 aus bergpolizeilichen Gründen.

Von den sieben tödlich verlaufenen Unglücksfällen des Jahres 1927 sind vier auf eigenes Verschulden, Unvorsichtigkeit und Nichtbeachtung bestehender Sicherheitsvorschriften zurückzuführen, einer auf die Gefahr des Bergbaues und zwei auf Zusammentreffen unglücklicher Zufälle.

Als besonderer Fall eigener Unbedachtsamkeit und menschlicher Schwäche ist der Unfall eines Tagebauarbeiters anzuführen, der mit einem Kameraden beschäftigt war, Baggerschwellen auszuwechseln. Obgleich die neben den Baggerschwellen in 240 Meter Höhe hängenden elektrischen Fahrdrähte von 500 Volt Spannung durch beider-

seils parallel dazu und 80 Zentimeter tiefer hängende, geerdete Schutzseile gegen Berührungen gesichert sind und der Verunglückte selbst die Gondelabnahme eines Zugschlaghammers unterhalb dieser Fahrdrähtleitungen unter Hinweis auf die Gefährlichkeit etwaiger Berührung mit den elektrischen Drähten unterließ, stemmte er eine Minute später ein 3,5 Meter langes eisernes Rohr, das er nur zu dem ausgesprochenen Zweck herbeigeholt hatte, um die Baggerschwelle aus dem Gefahrenbereich der elektrischen Drähte unterhalb der Schutzdrähte wegzukanteln, innerhalb dieser Schutzdrähte so hoch, daß eine Berührung mit der elektrischen Leitung erfolgte.

Zwei Gleisarbeiter, seit Jahren mit der Eigenart und den Gefahren des Bahnbetriebes bekannt, begaben sich nach der Frühstückspause von einer Weichenstellerrube nach ihrer 400 Meter entfernten Arbeitsstätte auf dem Bahnkörper. Anstatt außerhalb der beiden Gleise zu gehen oder auf dem breiten Raum zwischen beiden oder innerhalb des Gleises, auf dem ein Zug entgegenkommen konnte, ging der eine innerhalb der Schienen des Gleises, auf dem die Züge in derselben Richtung verkehren. Durch das Geräusch eines entgegenkommenden Zuges wurde das Rollen eines von rückwärts herangestoßenen Zuges übertönt und der eine Gleisarbeiter überfahren.

Aus einem Bremsberg-Umbrüche eines Eisensteinbergwerkes sollten von einer elektrischen Lokomotive die dort aufgestellten beladenen Erzwagen abgefahren werden. Der Ausgang des Umbruches war durch eine Gleissperre verriegelt, die durch den Zugbegleitmann bedient wurde, nachdem er die Wagen an die Lokomotive angekuppelt hatte. Dieser sollte nach strikter Anweisung dann den Zug bis ans Ende abgehen, auf den letzten Wagen die rote Schlusslaterne aufstecken und von dort dem Lokomotivführer das Abfahrtsignal geben. Der Zugbegleitmann blieb aber neben der Gleissperre stehen, deren Hebel er zudem noch in der Hand behielt, und wurde von entgleisten Wagen des abfahrenden Zuges an den Streckenstoß gequetscht.

Ein Mühlenmeister eines Steinsalzbergwerkes, der am Tage vorher seine Untergebenen darauf aufmerksam gemacht hatte, Eisenbahnwagen nicht an den Puffern zu schieben, stieß einen Wagen auf dem Grubenbahnhofe selbst an den Puffern und wurde zwischen den Puffern zweier Wagen so gequetscht, daß er wenige Stunden darauf seinen erlittenen Verletzungen erlag.

Ein Hauer einer Erzgrube wurde beim Schieben eines Förderwagens durch ein aus der Streckenfirste hereinbrechendes größeres Erzstück getroffen und erlitt einen Genickbruch. Er war dem unmittelbar vorher erfolgten Auftrage der Aufsichtsperson, unter die gefährdet erscheinende Stelle der Strecke eine Spreize zu stellen, nicht nachgekommen.

Beim Auswechseln einer zölligen Kette in einem unterirdisch verlegten 650 Meter langen Förderflachen eines Braunkohlentagebaues löste sich aus einem Zusammenwirken mehrerer Zufälle ein Förderwagen aus seiner Festlegung, lief die über 300 Meter lange, mit

6,6 v. H. einfallende Straße hinab, erfaßte unten einen bei der Arbeit mitbeschäftigten und vor der Gefahr ausreißenden Heizer und quetschte ihn zu Tode. Den übrigen unten beschäftigten Kameraden, die sich an die Seite gestellt hatten, geschah nichts.

Bei der Abmontage von Maschinenteilen einer Erzaufbereitungsanlage war eine 4 Meter lange, 9 Zentimeter starke Welle über einer Öffnung im Bühnenboden des zweiten Stockwerkes auf zwei Rundhölzern von 16 Zentimeter Durchmesser verlagert. Als ein Arbeiter die Kette eines Flaschenzuges zum Hinablassen um die Welle schlingen wollte, brach das eine Rundholz durch, der Arbeiter stürzte kopfüber auf den 4,20 Meter tiefer liegenden Zementfußboden und erlitt einen Schädelbruch. Das Rundholz brannte an äußerlich nicht erkennbarer Kernfäule von 9 Zentimeter Durchmesser.

Auf Grund der Untersuchung einiger Unfälle wurden Verbesserungen und Schutzvorkehrungen an Betriebseinrichtungen angeordnet. In derselben Weise wurde verfahren, wenn eine Revision Mängel im Zustande der Grubenbaue, Betriebseinrichtungen und Arbeitsräume ergab. Sämtliche angeordneten Verbesserungen wurden anstandslos eingerichtet, vorgefundene Mängel unverzüglich abgestellt.

Auf einem großen Braunkohlentagebau mit ausgedehntem Grubenbahnnetz läßt es sich betriebstechnisch nicht anders durchführen, als daß die Kohlen- oder Abraumzüge in einer der beiden Fahrtrichtungen von der Lokomotive geschoben werden. Nach einer älteren bergpolizeilichen Vorschrift soll der erste Wagen geschobener Züge von einem Bremser besetzt sein, der bei Annäherung des Zuges an Personen, Wegübergänge oder dergleichen zu läuten hat. Da nun die Praxis der letzten Jahre ergeben hat, daß die Tätigkeit dieser Bremser eine mit Gefahren verbundene ist, war schon seit Jahren von der Besetzung des Bremserpostens abgesehen worden. Hierdurch ergaben sich aber, obgleich das Betreten der Bahnanlagen allgemein verboten oder nur auf besonderen geschulten Uebergängen gestattet ist, doch für andere Personen eine neue Gefahr, da das verhältnismäßig leise Heranrollen eines Zuges unter Umständen überhört wird. Es sind deshalb sämtliche ersten Wagen geschobener Züge mit helltönenden Glocken versehen worden, die an einem federnden Stahlbügel hängen und durch die Ersütterungen während der Fahrt zum Tönen gebracht werden und somit Unaufmerksame warnen.

Sämtliche Werke haben die von der Reichsarbeitsverwaltung und der Unfallbild G. m. b. H. neu herausgegebenen Unfallverhütungsbilder beschafft. Diese wurden fast durchweg in zweckmäßiger Weise in Wechselrahmen den Belegschaftsmitgliedern an Stellen, wo sie nicht übersehen werden können, vor Augen gebracht.

Seitens mehrerer Arbeitgeber im Braunkohlen- und Erzbergbau sind im Verfolge bergpolizeilicher Vorschriften besondere Betriebsvorschriften und Dienstsanweisungen für einzelne Arbeiterklassen oder be-

stimmte Berrichtungen erlassen worden; sie haben bergbehörbliche Genehmigung gefunden und sollen einmal Betriebsregeln sein, zum anderen aber, und zwar nicht zum geringsten Teile, der Verhütung von Unfällen dienen.

B. Gesundheitschädliche Einflüsse.

Von Seuchen und Epidemien sind die Belegschaften im allgemeinen verschont geblieben. Nur im Februar ließ der Gesundheitszustand auf einigen Werken infolge zahlreicher Grippeerkrankungen zu wünschen übrig. Während im allgemeinen auf 100 angelegte Arbeiter im Jahresdurchschnitt 2,1 bis 5,2 Kranke entfielen, stieg dieser Hundertsatz im Februar auf 11.1.

Die äußerst strenge Kälte Ende des Jahres war für die Tagebauarbeiter ungünstig, die Werkleitungen sorgten jedoch in anerkennenswerter Weise für Aufstellung von Kofzöfen und gut geheizte Aufenthaltshuden.

Spritzverfahren wird nur im Betriebe der Staatlichen Saline angewendet, und zwar zur Zustandsetzung der Eisenbetonsiedepfannen. Zur Reinigung der Eiseneinlagen wird getrockneter Sand und zur Zustandsetzung Beton benutzt. Der schadhafte Beton wird durch Preßluftwerkzeuge abgestemmt, die Eiseneinlagen werden durch Sandstrahl entrostet. Die Arbeiter tragen dabei Schutzbrillen und schützen die Haut durch Tücher. Beim Aufbringen des Betons mittels Preßluft werden ebenfalls Schutzbrillen getragen. Gesundheitschädigungen sind dabei nicht eingetreten.

In einer großen Zimmereiwerkstätte wurde zur Entfernung des schädlichen Holzstaubes und der Sägespäne eine umfangreiche, sehr gut arbeitende Entstaubungsanlage mit Hochdruckerhaustor eingerichtet. Das in einem Werkstättenbetriebe neu aufgebaute Sandstrahlgebläse ist mit allen erforderlichen Schutzvorrichtungen versehen. Hervorzuheben ist auch der durch umfangreiche Absaugungsvorrichtungen bewirkte völlig kohlenstaubfreie Zustand der in Betrieb befindlichen Brifettfabriken.

Zu erwähnen ist außerdem die auf einem großen Erzbergwerk jetzt allgemein eingeführte Benutzung des sogenannten Preßluftabbauhammers. Die Handhabung dieses Hammers geht leicht und handlich vonstatten. Sie beschleunigt einmal die Arbeit des Brechens der Erze außerordentlich und trägt zu einer erhöhten Gewinnung groberer Erzstücke bei, zum anderen aber ist diese Einrichtung bei den Bergleuten besonders auch deshalb sehr beliebt, weil sie die Gedingelöhne in steigendem Maße beeinflusst und die körperlichen Anstrengungen wesentlich herabmindert.

Auf einem großen Tagebau wurde eine besondere, hygienisch einwandfreie Badeanstalt mit 75 Einzelzellen (Brausen) eingerichtet und allen Arbeitnehmern zur Verfügung gestellt.

III. Wirtschaftliche und sittliche Zustände.

Die Lohnhöhen in den einzelnen Bergbauzweigen sind in nachstehender Tabelle zusammengestellt.

Der Gesamtverdienst (Leistungslohn + Soziallohn + Zuschläge für Ueberarbeit) eines erwachsenen männlichen Arbeiters betrug im Durchschnitt:

	1926 RM	I. Bierteljahr 1927 RM	II. Bierteljahr 1927 RM	III. Bierteljahr 1927 RM	IV. Bierteljahr 1927 RM	Durch- schnitt 1927 RM
Braunkohlen- bergbau . . .	6,58	6,45	6,70	6,67	7,32	6,79
Erzbergbau . . .	5,69	6,48	6,68	6,85	7,21	6,81
Salzbergbau . . .	5,76	6,08	6,11	6,46	6,72	6,34
Asphaltbergbau	5,93	6,06	6,52	6,66	6,58	6,46
übriger Bergbau	5,76	5,59	5,90	5,76	6,19	5,86

Die weiblichen und jugendlichen Arbeiter verdienten durchschnittlich in der Schicht:

	Weibliche		Jugendliche	
	1926 RM	1927 RM	1926 RM	1927 RM
Braunkohlenbergbau . . .	3,00	3,84	2,35—2,46	1,95—2,31
Erzbergbau	3,45	3,75	1,84—3,30	2,42—2,63
Salzbergbau	2,85	3,55	1,18—1,52	1,65—2,80
Anderer Bergbau	2,85	3,62	1,18—1,52	—

Die reinen Gedingelöhne (Leistungslohne der im Gedinge oder Afford beschäftigten Arbeiter) schwankten zwischen 5,50 M und 9,89 M (1926: 5,13 M und 8,46 M).

Als Entschädigung für jede Urlaubsschicht wurden gezahlt im Braunkohlenbergbau 6,14 M, in den Salz- und Erzbetrieben 6,50 M bzw. 5,76 M, im Asphaltbergbau 5,86 M und in den übrigen Bergbauzweigen 5,70 M.

Fast sämtliche Betriebe beschafften für ihre Belegschaften Feuerungsmaterial und gaben dieses zum Selbstkostenpreise, der erheblich unter dem Kleinhandelspreise liegt, an ihre Belegschaftsmitglieder ab.

Der Einkauf von Lebensmitteln erstreckte sich in der Hauptsache nur auf die Beschaffung von frischen Seefischen, Marinaden und Kartoffeln.

Von allen größeren Unternehmern sind wiederum im Laufe des Jahres Beamten- und Arbeiterwohnungen gebaut worden.

Die Nachfrage nach Werkwohnungen war wieder sehr rege. Nur wenigen der neuangelegten Arbeiter konnten aber Werkwohnungen zu-

gewiesen werden, weil es nicht möglich war, zahlreiche werkfremde Personen zu veranlassen, die Wohnungen zu räumen. Die Miet-einigungsämter haben in verschiedenen Fällen entschieden, daß die Woh-nungen geräumt werden müßten, machten jedoch die Räumung von der Ges-tellung von Ersatzwohnungen abhängig.

Wie im Jahre 1926 wurde auch im Berichtsjahre die Verschiebung der Belegschaftsmitglieder in den Werkwohnungen weiter durchgeführt, und zwar derart, daß die produktiv tätigen Arbeiter in den in der Nähe der Arbeitsstelle liegenden Wohnungen, Invaliden und Witwen in den entfernter liegenden Wohnungen untergebracht wurden.

Bereinzelt sind auch zinsfreie Darlehen für den Bau von Arbeiter-wohnungen gewährt worden.

Bei dem Wohnungsmangel wurden zur Unterbringung unver-heirateter Bergleute (größtenteils Fördermänner) Ledigenheime einge-richtet.

In einer dem Bergwerksbesitzer gehörenden Gastwirtschaft erhielten diese Belegschaftsmitglieder gegen billiges Entgelt Mittagessen. Im übrigen erfolgte die Verpflegung in den Ledigenheimen selbst.

Auf sämtlichen Werken sind für erste Hilfeleistung bei Unfällen und für plötzlich eintretende Erkrankungen ausgebildete Sanitäter vorhanden, denen in besonders dafür eingerichteten Räumen das nötige Sanitäts-gerät und einfachere Medikamente zur Verfügung stehen.

In den untertägigen Betrieben sind überall Verbandsmaterialien in besonderen Behältern vorrätig.

Neuerdings ist angeregt worden, den vorhandenen Sanitätern ärzt-liche Ausbildung in Lobelin-Einspritzungen zuteil werden zu lassen.

Die Hütte wertet die Einlagen der Werksparkasse auf die volle Höhe der Friedenseinlage auf. Diese Aufwertung vollzieht sich im Laufe von 5 Jahren mit je 20 v. H. der ursprünglichen Einlagen. Da die Einlagensumme 1500 M. betragen hat, so ergibt sich je Jahr ein Auf-wertungsbetrag von 300 M. Die hierdurch der Gesellschaft entstehende Belastung macht jährlich 1 500 000 M. aus.

Braun schweig, den 24. Februar 1928.

Goeblisch,
Bergrat.

Tafel I.**Besichtigungen gewerblicher Anlagen und Unfalluntersuchungen.**

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Gesamtzahl der Besichtigungen	Darunter Be- sichtigungen		Zahl der			Unfalluntersuchungen	Be- merkungen
			in der Nacht	an Sonn- u. Feiertagen	einmal	zweimal	drei oder mehrmals		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	262	8	13	1	5	33	60	drei vorübergehend stillliegende Betriebe sind nicht befahren worden.
	Zusammen	262	8	13	1	5	33	60	

Zahl der Arbeitnehmer in den großen Betrieben (mit 50

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter in Betrieben, neu hinzugekommen	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. in Berichtsj. neu hin- zugek. Betrieben
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei										
	1. Gewinnung v. Steinkohlen, Steinkohlenbriketts u. Holz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Gewinnung v. Braunkohlen und Braunkohlenbriketts	9	—	2080	8	—	8	—	—	2096	—
	3. Gewinnung von Erzen	4	—	558	2	—	1	—	—	561	—
	4. Salzbergbau	4	—	539	3	—	34	—	—	576	—
	5. Salinenwesen	1	—	127	—	—	41	—	—	168	—
	6. Gewinnung von Erdöl	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—
	7. Gewinnung und Verarbeit- ung von Bernstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8. Torfgräberei und Torfauf- bereitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9. Gewinnung von Graphit, Asphalt u. bitum. Gesteinen	2	1	158	—	—	—	—	—	158	54
	Zusammen:	20	1	3462	13	—	84	—	—	3550	54

und mehr Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Tafel II A

Angestellte							Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen								
männlich			weiblich			zusammen		überhaupt	darunter in den im Berichtsjahr neu hinzugef. Betrieben	Zahl der Beschäftigten	Zahl der Beschäftigten in den beschäftigten Betrieben	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte					Arbeitnehmer insgesamt
über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jahren	schulentlassene unter 14 Jahren	überhaupt	Arbeiter					Angestellte					
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
155	—	—	8	—	—	163	—	2259	—	87	9	2088	8	155	8	2259	
29	—	—	—	—	—	29	—	590	—	39	4	560	1	29	—	590	
48	—	—	1	—	—	49	—	625	—	37	4	542	34	48	1	625	
16	3	—	1	—	—	20	—	188	—	5	1	127	41	19	1	188	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
7	—	—	—	—	—	7	1	165	55	27	2	158	—	7	—	165	
255	3	—	10	—	—	268	1	3827	55	195	20	3475	84	258	10	3827	

Zahl der Arbeitnehmer in den mittleren Betrieben (mit 5

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebezweige	Zahl der Betriebe		Arbeiter							
		über- haupt	darunter im Verzeich- niß neu hinzugekommen	männlich			weiblich			zusammen	
				über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulpflichtige unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. im Verzeich- niß neu hin- zugef. Betrieben
1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10a	10b
III	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei										
	1. Gewinnung v. Steinkohlen, Steinkohlenbriketts u. Koks	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2. Gewinnung v. Braunkohlen und Braunkohlenbriketts	3	1	49	—	—	—	—	—	49	7
	3. Gewinnung von Erzen	4	1	68	—	—	—	—	—	68	14
	4. Salzbergbau	2	—	32	—	—	—	—	—	32	—
	5. Salinenwesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6. Gewinnung von Erdöl	2	1	20	—	—	—	—	—	20	12
	7. Gewinnung und Verarbeit- ung von Bernstein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	8. Torfgräberei und Torfauf- bereitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9. Gewinnung von Graphit, Asphalt u. bitum. Gesteinen	2	1	21	—	—	—	—	—	21	15
	Zusammen:	13	4	190	—	—	—	—	—	190	48

bis 49 Arbeitnehmern). Beschäftigungen dieser Betriebe.

Tafel II B.

Angestellte								Gesamtzahl d. Arbeitnehmer		Betriebsbeschäftigungen						
männlich			weiblich			zusammen		über- haupt	in den in Berichtsjahr neu hin- zugef. Betrieben	Zahl der Beschäfti- gungen	Zahl der beschäftigten Betriebe	in den beschäftigten Betrieben beschäftigte				
über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über 16 Jahre	von 14-16 Jah- ren	schulentlassene unter 14 Jahren	über- haupt	darunter in d. in Berichtsj. neu hin- zugef. Betrieben					männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	Arbeitnehmer insgesamt
11	12	13	14	15	16	17a	17b	18a	18b	19	20	21	22	23	24	25
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3	—	—	—	—	—	3	—	52	7	7	3	49	—	3	—	52
11	—	—	—	—	—	11	3	79	17	14	4	68	—	11	—	79
3	—	—	—	—	—	3	—	35	—	14	2	32	—	3	—	35
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	—	—	—	—	—	4	2	24	14	13	2	20	—	4	—	24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	—	—	—	—	—	2	1	23	16	8	2	21	—	2	—	23
23	—	—	—	—	—	23	6	213	54	56	13	190	—	23	—	213

**Zahl der Arbeitnehmer in den mit 1 bis 4 Arbeitnehmern betriebenen
besondere Schutzvorschriften erlassen**

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Vorhandene		
		Anlagen	Arbeiter	Angestellte
1	2	3	4	5
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei	9	11	1
	Zusammen:	9	11	1

Ermittelte Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen

Gruppe	Bezeichnung der Gewerbebranche	Arbeiter				
		Übertretung formeller Vorschriften, Aushänge, Melbung usw.	Vergehen, betr. die Beschäf- tigung von			
			Erwachsenen männ- lich	weib- lich	Jugend- lichen v. 14-16 Jahren	Kindern
1	2	3	4	5	6	7
III	Bergbau, Salinenwesen und Torf- gräberei	—	2	—	—	—
	Zusammen:	—	2	—	—	—

Tafel III.

Kleinen Anlagen, in denen motorische Kraft benutzt wird oder für welche sind. Besichtigungen dieser Betriebe.

Besichtigte			Besichtigungen	
Anlagen	Arbeiter	Angestellte		
6	7 *	8	9	10
6	11	1	11	
6	11	1	11	

Tafel IV.

über die Beschäftigung von Arbeitnehmern.

[illegible]

